



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 81. Sitzung - endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 14. Januar 2016, 11.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- H. K., BND, Referatsleiter T2A (Beweisbeschluss Z-96)	4
- Ernst Uhrlau, Präsident BND a. D. (Beweisbeschluss Z-18)	47

* Hinweis: Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1

**Nur zur dienstlichen Verwendung****Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Dr. Tim Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Zimmermann, Dr. Jens
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Fischer, Sebastian D. Haun, Fabian Lochner, Martin Puglisi, Livia Wodrich, Anja
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Bauer, Nikolaus Dähne, Dr. Harald Etzkorn, Irene Hanke, Christian Diego Heyer, Christian Schlucke, Lisa
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Busold, Christian Grunert, Marlene Kant, Martina Leopold, Nils Pohl, Jörn

**Nur zur dienstlichen Verwendung****Beauftragte von Mitgliedern der Bundesregierung**

Bundeskanzleramt	Heinemann, Martin Kämmerer, Marie Neist, Dennis Pabst, Daniel Pachabeyan, Maria Wolff, Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Brandt, Dr. Karsten Darge, Dr. Tobias Matthes, Thomas Weiss, Jochen
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Kirchner, Heino Unterlöhner, Dr. Ulrike
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart
Bundesministerium für Verteidigung	Henschen, Elmar Theis, Björn Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd
BKA	Jurna, Tassilo

Beauftragte von Mitgliedern des Bundesrates

LV Hessen	Steinbach, Arvid
-----------	------------------



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.03 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 81. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Vertreter der Presse darf ich an dieser Stelle ganz herzlich begrüßen und freue mich, dass Sie auch im neuen Jahr wieder so ausführlich Bericht erstatten. Es sind ja die üblichen Verdächtigen, aber auch einige neue Gesichter habe ich gesehen; das freut mich auch.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen. Diejenigen, die jetzt regelmäßig hier sind, kennen die schon, aber es sind ja, wie gesagt, ein paar neue Gesichter dabei; da muss ich das noch mal sagen. Als Allererstes, bevor ich zu den bekannten Dingen komme, gratuliere ich - - Nein, jetzt ist er nicht da. Dann mache ich das gleich; dann kommt es erst später.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen des Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigsten Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

- H. K., BND, Referatsleiter T2A
(Beweisbeschluss Z-96)
- Ernst Uhlrau, Präsident BND a. D.
(Beweisbeschluss Z-18)

Der Beweisbeschluss Z-96 stammt vom 02.07.2015 und der Beweisbeschluss Z-18 vom 08.05.2014. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung der Zeugen H. K. und Ernst Uhlrau, Präsident des Bundesnachrichtendienstes a. D.

Zunächst wird der Zeuge H. K. öffentlich, im Anschluss daran nichtöffentlich vernommen. Danach, voraussichtlich gegen 13.30 Uhr, wahrscheinlich 14 Uhr, findet die öffentliche Vernehmung des Zeugen Ernst Uhlrau statt, der sich gegebenenfalls eine nichtöffentliche Vernehmung dieses Zeugen anschließt.

Vernehmung des Zeugen H. K.

Als Erstes begrüßen darf ich unseren Zeugen Herrn H. K.

Zuerst wünsche ich Ihnen alles Gute für das neue Jahr, bedanke mich, dass Sie auch heute wieder bei uns sind. Es ist ja nicht das erste Mal. Sie sind jetzt schon zum wiederholten Mal hier, haben sich nicht der Mühe geschaut, und dafür danke ich Ihnen ganz herzlich. Sie sind am 18. Dezember 2015 geladen worden; da ist Ihnen die Ladung zugegangen. Ich stelle damit fest, Sie sind ordnungsgemäß geladen, und freue mich, dass Sie bei uns sind.

Sie wissen noch von der letzten Vernehmung, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient auch diesmal wieder ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll wird Ihnen dann, sobald es fertig ist, zugeschickt, und Sie haben dann 14 Tage die Möglichkeit, dementsprechende Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen, uns das Ganze wieder zurückzuschicken. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge H. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wunderbar. - Ist Ihnen eigentlich schon mal ein Protokoll zugestellt worden?

Zeuge H. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat das geklappt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Ja, wunderbar, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na also, dann klappt das so, was ich immer sage.

Zeuge H. K.: - am 23. Dezember.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist ja schön, dass ich das auch erfahre. - Sie sind von einem Rechtsbeistand begleitet. Herr Rechtsanwalt Eisenberg, ob Sie sich erneut, auch in diesem Jahr einmal kurz vorstellen?

RA Johannes Eisenberg: Ja, Rechtsanwalt Eisenberg.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Aus Berlin, wenn ich mich recht erinnere. Auch Ihnen ganz herzlich ein frohes neues Jahr 2016! Schön, dass Sie auch in diesem Jahr wieder bei uns sind.

Herr H. K., da Sie ja schon zweimal bei uns waren und das letzte Mal vor fünf Wochen und dort ausführlich belehrt worden sind und jetzt auch von einem Rechtsbeistand begleitet sind, frage ich mal: Halten Sie es für notwendig, dass Sie erneut belehrt werden, oder sind Ihnen die Dinge, die Sie hier beachten müssen, insbesondere die Wahrheitspflicht, noch bekannt?

Zeuge H. K.: Mein Gedächtnis reicht so weit zurück.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist gut. Hoffentlich heute auch noch ein bisschen weiter.

Zeuge H. K.: Ja, hoffentlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau, das freut uns dann. Aber, Herr Rechtsanwalt, Sie haben auch keine Bedenken, wenn ich jetzt keine neue Belehrung vornehme.

RA Johannes Eisenberg: Nein, da bin ich total einverstanden mit, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das freut mich.

RA Johannes Eisenberg: - wenn ich das hier so sagen darf, so frei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Absolut.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sie waren ja auch gefragt, und das klappt heute wie am Fließband. Super, ich bin total begeistert. - Ich gehe auch davon aus, Herr H. K., dass Ihnen der Ablauf der Vernehmung noch in Erinnerung ist; von daher brauche ich jetzt auch das Prozedere nicht mehr erklären, und wir können direkt in die Vernehmung einsteigen, sodass wir die Zeit auch richtig nutzen - richtig?

Zeuge H. K.: So, wenn es denn sein muss.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte?

Zeuge H. K.: Wenn es denn sein muss.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Ja, bitte, ist doch auch die letzten Male alles gut gegangen. - So, ich darf Sie aber trotzdem noch mal bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und ladungsfähiger Anschrift vorzustellen. Das muss schon sein; theoretisch könnte sich ja was geändert haben. Zumindest an zwei Punkten kann sich was ändern: am Alter und an der ladungsfähigen Anschrift.

Zeuge H. K.: Die sind noch dieselben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kurz noch mal mit - - Initialen reichen dann, H. K.

Zeuge H. K.: Ja, ja, die sind immer noch - - Keine Änderung.

(RA Johannes Eisenberg:
Keine Änderungen!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach, keine Änderungen. Entschuldigung, ich habe es nicht gehört. Alles klar. - Gut, wir würden dann anfangen, und zwar, da ich keine Fragen stelle zu Beginn, fangen wir an mit der Fraktion der Union. - Frau Kollegin Warken beginnt mit Fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, wir haben derzeit keine Fragen an den Zeugen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann würden wir zur Fraktion Die Linke kommen. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, guten Morgen, Herr H. K.! Wir haben noch Fragen. - Wann gab es aus Ihrer Erinnerung heraus erstmals Nachfragen, welche und wie viele Daten vom BND an die NSA bzw. SUSLAG übermittelt werden?

Zeuge H. K.: Ehrlich gesagt, keine Ahnung, wann es zum ersten Mal war. Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): War es denn irgendwann mal so, dass jemand gefragt hat: „Wie viel Daten übermitteln wir?“?

Zeuge H. K.: Wir an die SUSLAG oder wie?

Martina Renner (DIE LINKE): Entweder an die NSA oder an die SUSLAG. Der BND - - Sie können ja auch davon - -

Zeuge H. K.: Kann ich mich nicht erinnern, sorry.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es so Nachfragen?

Zeuge H. K.: Von wem?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das -

Zeuge H. K.: Ja, nein, ich kann mich da nicht dran - -

Martina Renner (DIE LINKE): - ist ja erst mal offen. Aus dem Haus, aus dem Bundeskanzleramt, aus - - der Präsident - -

Zeuge H. K.: Nein, ich kann mich da nicht dran erinnern; das tut mir leid. Ich wüsste nicht, dass es da irgendwelche Nachfragen der Art gab; aber ich kann es Ihnen beim besten Willen momentan so nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Dann möchte ich Ihnen gerne einen stillen Vorhalt machen, und zwar ist das die Unterlage MAT A BND-1/11m Anlage 7 Blatt 62, Tagebuchnummer 89/14. Stiller Vorhalt heißt, ich kann das nicht verlesen, Sie schauen sich das an, und ich kann Ihnen danach Fragen stellen.

Zeuge H. K.: Wunderbar.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
und sein Rechtsbeistand
nehmen Einblick)

Martina Renner (DIE LINKE): So, also, das ist eine E-Mail, die offenbar auch an Sie ging.

Zeuge H. K.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein?

Zeuge H. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Doch.

Zeuge H. K.: Nein, die ging von W. K. an usw.; was hier dasteht.

(RA Johannes Eisenberg:
Das müssen Sie gar nicht
sagen! Das ist doch
geheim!)

- Ach so, ja gut, ich habe es gar nicht - - Aber die ging nicht an mich.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind da nicht unter den Empfängern aufgeführt.

Zeuge H. K.: Nein, nein, nein, nein. Es gibt noch weitere, die mit K. anfangen. Ich bin es nicht.

(RD Philipp Wolff (BK)
nimmt Einblick in die dem
Zeugen vorgelegten
Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich halte mal ganz kurz die Uhr an.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich gucke nur mal in eine bestimmte Richtung, ob es da - - Herr Wolff?

(Der Zeuge blickt zu RD
Philipp Wolff (BK))

RD Philipp Wolff (BK): Also, der Adressat ist er definitiv nicht; das ergibt sich aber auch aus dem Kürzel oben, wenn das jetzt das Aktenstück ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): Dann taucht ein K. in der Mail auf; das ist er auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Also, bei dieser Kommunikation waren Sie nicht involviert.

Zeuge H. K.: Definitiv nicht beteiligt.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber es gab ja offenbar in 2013 eine Kommunikation zur Frage, wie viel Daten ausgeleitet werden. Erinnern Sie sich daran, dass da mal nachgefragt wurde?

Zeuge H. K.: Vom Hörensagen, aber nicht an Zeit und dann die personellen Gegebenheiten.

Martina Renner (DIE LINKE): Also - -

Zeuge H. K.: Ich war ja da nicht beteiligt dran, und es ist auch nicht in meinem Aufgabenbereich, hier diese Probleme zu bearbeiten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ihr Aufgabenbereich T1E - -

Zeuge H. K.: T2A.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge H. K.: T1E war früher.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber dazu will ich jetzt noch mal fragen: T1E. - Welche Daten

wurden denn dort an ausländische Nachrichtendienste übermittelt?

Zeuge H. K.: Keine. Als ich damals T1E war, keine.

Martina Renner (DIE LINKE): Und auch nicht über Pullach, also ich meine jetzt -

Zeuge H. K.: Nein, nein, -

Martina Renner (DIE LINKE): - auch keine - -

Zeuge H. K.: - gerade nicht über Pullach, weil T1E ja in Pullach sitzt.

Martina Renner (DIE LINKE): Welche Abteilungen haben denn alle mit ausländischen Nachrichtendiensten Daten ausgetauscht?

Zeuge H. K.: Abteilungen?

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. Unterabteilungen.

(Der Zeuge blickt zu
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge H. K.: Ja, Austausch von Informationen erfolgt normalerweise durch T1E und durch T2 - - Nein, T1 und T2; ich streiche E.

(Der Zeuge blickt zu
RD Philipp Wolff (BK))

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Und woher stammen diese Daten?

Zeuge H. K.: Aus den Erfassungen logischerweise.

Martina Renner (DIE LINKE): Aus welchen Erfassungen?

Zeuge H. K.: Aus den Ansätzen, die T1 betreibt.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist Kabel, -

Zeuge H. K.: Ja, Kabel -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): - Satellit - -

Zeuge H. K.: - und die Erfassungsstellen, die in Deutschland verteilt sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Und im Ausland.

Zeuge H. K.: Ja, auch.

Martina Renner (DIE LINKE): Und ist zu dieser Erfassung jemals gefragt worden, um wie viele Daten es sich handelt, die an ausländische Dienste weitergegeben wurden?

Zeuge H. K.: Das ist genau das, was ich Ihnen nicht sagen kann, -

Martina Renner (DIE LINKE): Das - -

Zeuge H. K.: - weil ich es nicht weiß.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es denn so etwas wie eine Vorschrift, dass man die Ausleitung von Daten dokumentiert?

(Der Zeuge blickt zu
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge H. K.: Meines Wissens so nicht, weil, wenn Sie alle Daten dokumentieren müssten, die Sie dann austauschten, dann haben Sie eine riesige Datenhaltung.

Martina Renner (DIE LINKE): Was heißt denn „so nicht“? In welcher Form gibt es denn die Dokumentationspflicht?

Zeuge H. K.: Ja, wir wissen, wer was bekommt.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer was bekommt. Wie viel?

Zeuge H. K.: Ja, wie viel nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer was bekommt, heißt: welche Strecken, welche Zielländer, welche Art von Kommunikation? Was wird erfasst in der Dokumentation?

Zeuge H. K.: Basierend auf den Selektoren.

Martina Renner (DIE LINKE): Basierend auf den Selektoren.

Zeuge H. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das verstehe ich nicht.

Zeuge H. K.: Ganz einfach, wenn die - -

(Der Zeuge blickt zu
RD Philipp Wolff (BK))

RD Philipp Wolff (BK): Details jetzt - - Wenn wir jetzt wirklich über die Details der Datenhaltung und was man da dokumentiert reden, dann bitte in eingestufte Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich will wissen, ob man dokumentiert die Art der Daten, die Herkunft der Erfassung, welche Strecken zum Beispiel dafür genutzt werden, welche Zielländer es betrifft und Ähnliches. Wird das dokumentiert?

(Der Zeuge blickt zu
RD Philipp Wolff (BK))

- Sie müssen nicht Herrn Wolff antworten, sondern mir.

Zeuge H. K.: Ich glaube, da müssen wir in der zweiten Stunde drüber reden.

Martina Renner (DIE LINKE): Wieso denn? Die Dokumentation ist doch nicht Methodenschutz. Methodenschutz kann sich doch nur auf die Erfassung selbst beziehen und nicht auf die Dokumentationspflicht

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

nach Bundesverfassungsschutzgesetz und Bundesdatenschutzgesetz. Was hat denn das mit Methodenschutz bitte zu tun? Nullto.

RD Philipp Wolff (BK): Also, ganz grundsätzlich kann man eine Aussage machen. Wenn es jetzt konkret darum geht: „Ich dokumentiere A, B, C, D, E, F, G“, das nur in eingestufte Sitzung; aber



Nur zur dienstlichen Verwendung

ganz grundsätzlich kann man eine Aussage, glaube ich, in öffentlicher Sitzung machen.

Zeuge H. K.: Grundsätzlich ist es so, dass wir die einzelnen übergebenen Daten nicht dokumentieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, also, noch mal meine Frage: Wird dokumentiert, um welche Art von Daten es sich handelt? Rohdaten, Metadaten, Inhaltsdaten?

(Der Zeuge blickt zu
RD Philipp Wolff (BK))

Ja? Nein?

Zeuge H. K.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wird dokumentiert, aus welcher Art von Erfassung die Daten stammen? Kabel, Satellit, Thuraya - keine Ahnung, was Sie so alles machen -, Kurzwelle.

Zeuge H. K.: Wir wissen, wo es herkommt, aber es wird nicht separat dokumentiert, weil es - -

Martina Renner (DIE LINKE): Da steht dann drauf: Es kommt aus Schöningen, Rheinhausen, Bad Aibling.

Zeuge H. K.: Ja, ja, das steht - -

Martina Renner (DIE LINKE): Die Außenstelle wird dokumentiert.

Zeuge H. K.: Ja, aber das wird nicht weitervermittelt an die Abnehmer.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber in den Außenstellen werden ja unterschiedliche Erfassungsarten durchgeführt, teilweise Kabel und Kurzwelle parallel. Da kann man also nicht sehen, aus welcher Art von Erfassung die Daten stammen.

Zeuge H. K.: Doch, doch.

Martina Renner (DIE LINKE): Doch.

Zeuge H. K.: Doch, doch, doch, das kann man schon sehen, -

Martina Renner (DIE LINKE): Das kann man - -

Zeuge H. K.: - aber nicht diejenigen, die es nachher bekommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich rede ja jetzt vom BND. Die Dokumentationspflicht -

Zeuge H. K.: Ja, wir sehen das schon.

Martina Renner (DIE LINKE): - im Haus.

Zeuge H. K.: Ja, ja, doch, doch. Wir wissen es schon.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sehen, welche Art von Erfassung es ist.

Zeuge H. K.: Ja, dann habe ich Sie falsch verstanden am Anfang.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir - -

Martina Renner (DIE LINKE): Und kann man auch sehen, welcher Satellit, welche Strecke dort genutzt wird, von wann die Daten sind, -

Zeuge H. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - auf welcher Grundlage sie erfasst werden, G 10 oder Routine? Das kann man alles dort rauslesen.

Zeuge H. K.: Alles, alles, alles, alles.

Martina Renner (DIE LINKE): So, und die letzte Frage: Wird dann auch erfasst, wie viele Daten übermittelt werden?

Zeuge H. K.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, es wird die Art der Daten, die Herkunft erfasst, aber nicht die Menge. Und dafür gibt es einen Grund oder keinen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Dafür gibt es sicherlich keinen Grund.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Zeuge H. K.: Da gibt es keinen Grund, denke ich.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Martina Renner (DIE LINKE): Das hat man vergessen.

Zeuge H. K.: Nein, es ist einfach so, dass alle Daten, die ausgetauscht werden, ja auf Selektoren basieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Und bei Metadaten?

Zeuge H. K.: Ja, Metadaten nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, die beruhen ja nicht auf Selektoren. Da kann man ja dann über die Menge reden, oder?

Zeuge H. K.: Bei Metadaten - wie der Austausch läuft, habe ich, glaube ich, schon mal gesagt - kann ich Ihnen nicht sagen, was da hier an wen geht, weil das nicht in meinem Bereich stattfindet.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber in der Dokumentation, ja, über die Sie anscheinend Kenntnis haben, spielt - -

Zeuge H. K.: Rudimentär.

Martina Renner (DIE LINKE): Da haben Sie ja eben durchaus Ausführungen gemacht zu Fragen, wie die Dokumentation aussieht. Dort wird die Menge nicht erfasst - richtig?

(Der Zeuge nickt)

Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt kämen wir zur Fraktion der SPD. Gibt es Fragen noch im öffentlichen Teil?

(Dr. Jens Zimmermann
(SPD) schüttelt den Kopf)

- Nein. Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Herr K., habe ich das richtig in Erinnerung: Sie sind wieder, teilweise jedenfalls, also zeitweise, im Dienst -

Zeuge H. K.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - in Pullach?

Zeuge H. K.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, wie lange, also nur ein paar Stunden oder, also, wie hier nur zwei Stunden oder einen halben Tag oder eine Woche, oder wie?

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Ich will nur wissen, welche Kenntnisse Sie da haben. Also, gehen Sie da nur mal vorbei und gucken nach dem Rechten, oder sind Sie da - -

Zeuge H. K.: Nein, nein, nein, nein. Ich arbeite seit Mitte, Ende November wieder einigermaßen normal.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. - Nun habe ich in der Zeitung gelesen vor ein paar Tagen, in der *Süddeutschen Zeitung*, dass die USA mit dem Bundesnachrichtendienst in Bad Aibling wieder intensiv zusammenarbeiten, also, wie gehabt, so ungefähr - warten Sie mal Herr Wolff, warten Sie mal die Frage ab! -, aber dass jetzt sichergestellt ist, dass die einzelnen Selektoren, die da eingespeist werden sollen, jeweils eine Erläuterung oder so was haben und - -

Zeuge H. K.: Ich habe Sie nicht verstanden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge H. K.: Ich habe Sie gerade nicht verstanden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass zu den einzelnen Selektoren, die genutzt werden sollen von der NSA, jeweils eine Erläuterung - - also irgendwas dazu gesagt wird, eine Begründung oder etwas Ähnliches. Nun weiß ich ja, dass wir für den Augenblick nicht fragen sollen - das wird sich vielleicht noch ändern -; aber ich habe eine Frage zu der Vergangenheit jetzt. Beziehen sich diese Erläuterungen - die sollen sich angeblich jetzt, so habe ich das jedenfalls verstanden in der *Süddeutschen Zeitung*, auf alle Selektoren beziehen, die da noch genutzt werden - auch auf diese 38 000 und ein paar Zerquetschte Selektoren, von denen wir davon ausgehen und auch der BND ja offenbar davon ausging, dass die verboten waren oder, ich sage es mal etwas milde, dass die bemakelt gewesen sind? Sind zu diesen Selektoren, um die es die ganze Zeit geht, womit sich auch der Herr Graulich beschäftigt hat, jetzt nachträglich Erläuterungen gegeben worden?

Zeuge H. K.: Also, zu diesen Selektoren kann ich Ihnen deshalb nichts sagen, weil ich nicht weiß, in welche -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bisschen or - - Wenn Sie die Hand da haben, dann verstehe - -

Zeuge H. K.: Zu diesen Selektoren kann ich Ihnen deshalb nichts sagen, weil ich nicht weiß, um welche Selektoren es sich handelt, und - - ja.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr K., ich nehme mal an, bei Ihnen im Dienst - - Diese Selektoren sind ja ausgesondert worden, rausgenommen worden; die haben zu großer Aufregung im Jahr 2015 hier geführt. Ich kann mir vorstellen, dass auch bei Ihnen im

Dienst ein Interesse daran besteht, zu diesen Selektoren eine Erklärung „Wie war das gemeint? Wie sind die zu erklären?“ von den Urhebern der Selektoren, also von der NSA, zu bekommen. Deshalb: Ich frage Sie jetzt noch gar nicht nach den Einzelheiten, ich will nur wissen, ob dazu jetzt in den neuen Vereinbarungen irgendwie was gesagt worden ist. Oder bezieht sich das alles nur auf die Zukunft, oder wie? Können Sie diese bemakelten Selektoren jetzt wieder einsetzen vielleicht?

(Der Zeuge blickt zu
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge H. K.: Ja, sorry, also es ist aus meiner Sicht nicht Untersuchungsgegenstand.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Ja, aber uns interessiert doch nun ganz dringend: Wie konnte sowas passieren?

Zeuge H. K.: Ach, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn jetzt - - Vielleicht gibt es eine harmlose Erklärung dafür. Man soll ja nichts ausschließen. Da sagen Sie trotzdem: Dazu wird nicht Stellung genommen.

(Der Zeuge blickt zu
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge H. K.: Ich möchte dazu keine Erklärung abgeben, egal wie.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Möchten keine
Erklärung abgeben!)

Also, ich kann auch nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können auch nicht. Sie wissen darüber nichts. Ich habe jetzt nur ein leichtes Augenzwinkern festgestellt. Wie war das zu verstehen?

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Man hört so ein
Brabbeln von Eisenberg!

Zeuge H. K.: Ich kann Ihnen dazu nichts sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Wie? Sie schweigen einfach, oder
wie?

(RA Johannes Eisenberg:
Hat er ja schon gesagt! Das
ist nicht Untersuchungs-
gegenstand!)

Zeuge H. K.: Ich möchte - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Das ist nicht seine
Entscheidung!)

Ich kann dazu nichts sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Bitte?

Zeuge H. K.: Ich kann dazu nichts sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Ja, kann, weil Sie nicht dürfen oder
weil Sie nichts wissen?

Zeuge H. K.: Ich sage dazu nichts.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Bitte?

Zeuge H. K.: Ich sage dazu nichts.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Na, aber das müssen Sie doch schon
sagen.

(RA Johannes Eisenberg:
Warum denn?)

- Warum Sie nichts sagen?

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist ja nicht Unter-
suchungsgegenstand!)

Ich meine, sonst brauchen wir ja gar nicht mehr
weiterbohren oder vielleicht jetzt noch zusätz-
liche Akten anfordern, wenn Sie nicht können,
weil Sie gar nichts davon wissen. Kann ja sein,
dass Ihnen das nicht bekannt geworden ist, aber
Sie können doch sagen: „Ich weiß dazu nichts“,
oder Sie können sagen: „Ich weiß was, ist mir
aber zu wenig“, oder Sie können sagen: „Ich darf
nicht“ oder „Ich will nicht“.

(RA Johannes Eisenberg: Er
muss nicht!)

Die vier Möglichkeiten biete ich Ihnen an.

(RA Johannes Eisenberg: Er
muss nicht, kann er noch
auch sagen! - Gegenruf des
Abg. Dr. Konstantin von
Notz (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Er muss schon!)

- Er muss hier aussagen grundsätzlich.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein, weil es nicht Unter-
suchungsgegenstand ist!
Dann muss er nicht, Herr
Dr. von Notz! Ist ja nicht
Untersuchungsgegenstand -
Gegenruf des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Niemand muss
müssen, ja genau! -
RA Johannes Eisenberg: Er
muss nicht jedenfalls! Sie
müssen manchmal, das er-
zwingt die Biologie! -
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Ja! Nathan der
Weise ist an Ihnen verloren
gegangen!)

Also, Sie sagen, Sie schweigen dazu.

Zeuge H. K.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist Aussageverweigerung!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das wird problematisch.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Also, man muss schon einen Grund dazu nennen, einen klaren Grund, damit wir sagen können:

(RA Johannes Eisenberg: Ja, aber mehr als fünfmal das sagen, wenn man kein Rederecht hat, geht ja nicht!)

Das ist berechtigt oder nicht berechtigt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff möchte gern ergänzen

(Nina Warken (CDU/CSU): Ergänzen!)

und wahrscheinlich darauf hinweisen, dass der Zeuge bisher schon gesagt hat, dass es nicht untersuchungsgegenständlich ist aus seiner Sicht.

RD Philipp Wolff (BK): Genau, und ich will auch darauf hinweisen, dass ich das dem Zeugen ja schon gesagt habe. Und es ist nicht untersuchungsgegenständlich, weil genau diese Begründungen, es wäre ein aktueller Vorgang - - Da gehe ich davon aus, dass Sie einen aktuellen Vorgang meinen, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): - und das wird im PKGr sicher berichtet; dann werden Sie es auch erfahren, Herr Ströbele.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, es wurde im PKGr nicht berichtet!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wolff, das bestärkt uns in unserer Auffassung, dass wir den Auftrag erweitern müssen oder ergänzen, klar. - Also nehmen wir mal an, da ist jetzt eine Erklärung für alles drin. Der Untersuchungsausschuss, der Deutsche Bundestag darf das aber nicht wissen, welche Erklärung es gibt. Da liegt es ja auf der Hand, dass wir geradezu die Verpflichtung haben, das zu versuchen. Vielleicht erklärt sich ja alles ganz normal.

RD Philipp Wolff (BK): Kann ja sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, kann ja sein. Genau.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist auch gut für Klagen, die wir gerade führen!)

Gut. Also, ich will jetzt meine Zeit nicht - - Sie sagen dazu nichts; Sie schweigen, weil Sie sagen, das gehört nicht dazu, selbst wenn es für die Interpretation dessen, was damals gewesen ist, von großer Bedeutung ist. Also, dann habe ich eine andere Frage.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Haben Sie Beratungsbedarf?

Zeuge H. K.: Nein, passt schon.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Gut.

(RA Johannes Eisenberg: Doch! Warte mal kurz! Halten Sie mal die Uhr an! - Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist doch Beratungsbedarf? Dann mache ich kurz - - Dann stoppe ich kurz die Zeit, ja.

(Der Zeuge, sein Rechtsbeistand und RD Philipp



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wolff (BK) beraten sich am
Rande des Sitzungssaales)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dürfen wir das Ergebnis der Beratungen erfahren?

RD Philipp Wolff (BK): Die Frage aktueller Erläuterungen ist nicht Untersuchungsgegenstand.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, also wird weiter geschwiegen, sagt der Zeuge, habe ich daraus entnommen, oder?

(Der Zeuge nickt)

Herr K., dann eine ganz andere Frage: Jetzt kommen wir wieder in das Jahr 2013. Haben Sie im Sommer 2013 die Medienberichterstattung über die veröffentlichten Snowden-Papiere und was das mit dem BND zu tun haben könnte und Ähnliches verfolgt?

Zeuge H. K.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten Sie von Anfragen, die Abgeordnete des Deutschen Bundestages zu diesem Thema gestellt haben, und Sondersitzungen des PKGr und Ähnlichem?

Zeuge H. K.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie den Eindruck, das ist doch von großem Interesse in der Öffentlichkeit und auch im Parlament?

Zeuge H. K.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Waren Sie selber damit befasst, mit der Beantwortung von Fragen?

Zeuge H. K.: Mit ein paar einzelnen Segmenten, aber sonst generell nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt „einzelne Segmente“?

Zeuge H. K.: Ja, einzelne Fragen aus diesem Fragenkonvolut.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Wie viele waren das ungefähr, mit denen Sie befasst waren?

Zeuge H. K.: Kann ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, 3, 5, 10, 20?

Zeuge H. K.: Ja, genau, so 3, 5, 10, so was in der Größenordnung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 3, 5, 10. Okay. - Können Sie sich noch erinnern, um was es da ging?

Zeuge H. K.: Speziell, was die Fragen anbetrifft, nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, was die Fragen - - und, was Sie vielleicht dazu beitragen konnten oder nicht.

Zeuge H. K.: Nein, kann ich mich nicht, weil es ist schon jetzt gute zweieinhalb Jahre her, und ich kann mich nicht an jedes einzelne Detail, das ich damals gelesen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht einzelne Details, da kommen wir ja gleich drauf. Überhaupt grundsätzlich, wissen Sie noch: Was wollten die fragen? Welche Akten oder Dateien haben Sie angeguckt?

Zeuge H. K.: Ich weiß zwar, dass die Fragen da waren und dass wir die auch beantwortet haben, aber um was es ganz genau expressis verbis ging - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, vielleicht ungenau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ungenau müssten wir es in der nächsten Runde klären, weil die Zeit um ist. Dann ist jetzt erst wieder die Fraktion Die Linke dran mit Fragen. Herr Kollege



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hahn oder Frau Kollegin Renner, einer von beiden. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr H. K., das Thema „Kleine Anfragen“ würde mich auch interessieren. Ich habe vor kurzem in einer schriftlichen Frage die Bundesregierung gebeten, mir mitzuteilen, welche Kleinen Anfragen aus den vergangenen Jahren zur Frage Kooperationsprojekte „Selektoren“ und Ähnliches aus heutiger Sicht fehlerhaft beantwortet wurden. Das hatte die Bundesregierung selbst im April in einer Pressemitteilung angekündigt, dass sie so eine Evaluation vornimmt, und im Ergebnis muss bei sechs Antworten auf Kleine Anfragen verschiedener Fraktionen eingeräumt werden, dass diese nicht korrekt beantwortet wurden. Ist Ihnen diese Evaluation bekannt?

Zeuge H. K.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie kommt es denn, dass aus heutiger Sicht Kleine Anfragen falsch beantwortet wurden?

Zeuge H. K.: Wenn ich Hellseher wäre, wäre ich wahrscheinlich nicht hier.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, es gibt ja -

Zeuge H. K.: Ich kann es Ihnen beim besten Willen nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): - verschiedene Möglichkeiten, ja. Ist denkbar, dass man zu einem bestimmten Zeitpunkt einfach nicht über die Informationen verfügt und dann etwas aufschreibt, was nicht richtig ist, oder gab es Hinweise, dass zum Beispiel in Kleinen Anfragen besonders brisante Informationen erfragt werden, zu denen man eben Antworten gibt, die wenigstens ein Stück weit neben der Wahrheit liegen?

Zeuge H. K.: Kann ich mir nicht vorstellen, absolut nicht. De facto weiß ich es aber nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen es nicht mehr. Wie wird denn -

Zeuge H. K.: Nein, ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge H. K.: Ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass es irgendwo in der Richtung bezüglich - -

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich denn an einen Vorgang erinnern zum Beispiel, dass Sie eine Antwort formuliert haben - Sie waren ja daran beteiligt, auf Teilfragen Antworten zu formulieren - und es danach eine Abänderung der Antwort gegeben hat?

Zeuge H. K.: Nicht dass ich wüsste.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, so einen Vorgang gab es nicht, dass eine Antwort, die von Ihnen formuliert wurde, dann noch mal abgeändert wurde.

Zeuge H. K.: Wenn irgendjemand von uns irgendwas schreibt und wenn der Ausgang dann irgendwann stattfindet, ist es nicht immer so, dass man dann genau das endgültige Papier sieht. Aber soweit ich weiß und soweit - - das, was wir gemacht haben, wurde auch so weitertransportiert. Also, bezüglich Ihrer Frage: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, die Antworten, die von Ihnen formuliert wurden, sind auch so dann den Abgeordneten mitgeteilt worden.

Zeuge H. K.: Soweit ich - -

Martina Renner (DIE LINKE): Da gab es keine Eingriffe mehr in die Antwort.

Zeuge H. K.: Soweit ich mich erinnern kann, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wer war noch an der Beantwortung von Kleinen Anfragen beteiligt neben Ihnen?

Zeuge H. K.: Es ist ja so, dass jeder irgendwo aus seinem Bereich raus die Fragen mit beantwortet. De facto beantwortet diese Anfragen bei uns der Stab. Ich bin nicht der Stab, bin auch nicht zugehörig zum Stab. Demzufolge -

Martina Renner (DIE LINKE): Liefern Sie nur zu.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: - werden Fragmente dieser Antworten an den Stab geliefert; der formuliert dann die endgültige Antwort, und somit ist das Problem quasi abgearbeitet. Und deshalb bin ich auch nicht derjenige, der hier Auskunft geben kann, wie hier was gelaufen ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will noch mal zu den Selektoren fragen. Sie hatten berichtet - ich beziehe mich auf das Protokoll Nummer 77 Seite 32 -, dass W. K. von D. B. über problematische Selektoren informiert wurde, und dann sei auch die NSA informiert worden. Von wem wurde - -

Zeuge H. K.: Bitte wer sei informiert worden?

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie hatten ausgeführt hier, dass W. K. von D. B. über problematische Selektoren informiert wurde, und dann sei auch die NSA informiert worden.

Zeuge H. K.: Ja, so wie ich das weiß.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Von wem wurde die NSA informiert und in welcher Form?

Zeuge H. K.: Das ist ganz genau das, was wir letztes Mal auch schon wieder -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge H. K.: - diskutiert haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das - -

Zeuge H. K.: W. K. und D. B., und wie es abgelaufen ist, weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer war denn dafür zuständig, mit der NSA solche Dinge zu besprechen?

Zeuge H. K.: Eigentlich im Großen und Ganzen W. K. und D. B.

Martina Renner (DIE LINKE): Im großen Ganzen.

Zeuge H. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie haben die das gemacht in der Regel? Per E-Mail, per Videoschalte, per Besuch?

Zeuge H. K.: Per Besuch normalerweise.

Martina Renner (DIE LINKE): Besuch ohne protokollarische Niederlegung. Vier-Augen-Gespräch.

Zeuge H. K.: So, wie ich das sehe, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das ist gut.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Das ist eine gute Methode. Das heißt, darüber wird es - -

Zeuge H. K.: Aber ich kann nicht hingehen und meinem Vorgesetzten sagen: Du musst ein Protokoll schreiben.

Martina Renner (DIE LINKE): Woher wissen Sie denn dann, dass die NSA informiert wurde, wenn es darüber kein Protokoll gibt?

Zeuge H. K.: Weil da im Nachgang drüber geredet wurde nochmals ganz kurz, -

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Zeuge H. K.: - aber nicht en détail.

Martina Renner (DIE LINKE): Was hat man denn geredet?

Zeuge H. K.: Dass die informiert wurden.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer hat Ihnen das erzählt?

Zeuge H. K.: D. B.

Martina Renner (DIE LINKE): D. B. hat gesagt: Ich war bei der NSA.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Wir haben - - Nein, nicht: „Ich war bei der NSA“, sondern: „Wir haben mit denen geredet.“ Und deshalb kann ich nicht mehr ganz genau sagen, wie das abgelaufen ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie hat er das erzählt? Also „Die waren sauer“, „Die haben eingesehen“?

Zeuge H. K.: Nein, das war nur ein Kommentar: Wir haben mit ihnen geredet, und es wird quasi abgestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Es wird abgestellt. Warum hat man solche Besprechungen mit der NSA nicht dokumentiert?

Zeuge H. K.: Fragen Sie D. B.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Zeuge H. K.: Fragen Sie D. B., weil ich war ja nicht dabei. Sorry, es tut mir leid, aber - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist bei allen Kooperationen mit ausländischen Nachrichtendiensten so, dass man so was nicht niederlegt.

Zeuge H. K.: Nein, es ist normalerweise so, dass man bei Besprechungen ein Protokoll fertigt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Deswegen frage ich ja, was Ihre Meinung ist, warum man es in dem Falle nicht gemacht hat.

Zeuge H. K.: Das wird ab und zu nicht gemacht, weil wenn man nur ein kleines Problem hat - - Gut, hier, -

Martina Renner (DIE LINKE): Das war ja kein kleines Problem; -

Zeuge H. K.: - das ist kein kleines Problem.

Martina Renner (DIE LINKE): - das war ein Riesenkoller.

Zeuge H. K.: Ja, ja, das ist schon richtig; aber es wird ab und zu gemacht, wenn man kurz mit-

einander telefoniert oder wenn man kurz miteinander redet, dass dann nicht separat noch ein Protokoll gefertigt wird. Es passiert schon.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer entscheidet denn darüber, wann man so ein Protokoll niederlegt und wann nicht? Der, der telefoniert?

Zeuge H. K.: Derjenige, der mit dem anderen redet. Und dann passiert es halt - - Ja, wahrscheinlich ist es - - Vielleicht ist es in Vergessenheit geraten. Ich kann es Ihnen beim besten Willen nicht mitteilen, weil es mir nicht bekannt ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann hat man einen Vermerk anzufertigen?

Zeuge H. K.: Bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Wann hat man einen Vermerk anzufertigen?

Zeuge H. K.: Wenn Besprechungen angesagt sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Richtig. Welche Ausnahmen gibt es?

Zeuge H. K.: Eigentlich keine.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Zeuge H. K.: Und trotzdem passiert - -

Martina Renner (DIE LINKE): Warum macht man in dem Fall eine Ausnahme?

Zeuge H. K.: Es passiert. Ist halt passiert. Ich kann es Ihnen nicht erläutern; ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wo Menschen sind, da passieren Fehler, oder - -

Zeuge H. K.: Ja, gut, überall, wo gearbeitet wird, passieren Fehler.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Kann es sein, dass wenn Vorgänge besonders brisant sind und man sich bewusst ist, dass es hier möglicherweise auch rechtswidrige Verfahren gab, die im



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nachgang zu Problemen führen mit der Öffentlichkeit, mit dem Parlament, mit dem Bundeskanzleramt, mit wem auch immer, man dann kein Protokoll anlegt, um diesen Vorgang nicht zu dokumentieren?

Zeuge H. K.: Nein, das glaube ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann das sein? Sie glauben das nicht.

Zeuge H. K.: Wissen Sie, was möglich ist und was ist, das sind unter Umständen zwei Paar Stiefel. Aber ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie selbst mal über einen Vorgang, der wichtig ist, keinen Vermerk angelegt?

Zeuge H. K.: Das ist mir ganz sicher passiert, aber ich kann da kein Beispiel jetzt nennen. Weil manchmal ist es einfach so in der Hektik des Geschäfts, dann erinnert man sich einen Monat oder zwei Monate später und macht dann kurz noch einen Vermerk, und der ist sicherlich nicht mehr so 100 Prozent korrekt, wie er gewesen wäre, wenn man es sofort gemacht hätte.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist es mal vorgekommen in Ihrer Dienstzeit, dass Vorgesetzte zu Ihnen gekommen sind und gesagt haben, es müssten bestimmte Vorgänge vernichtet werden, -

Zeuge H. K.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - Akten vernichtet werden, -

Zeuge H. K.: Nein, nein, nie.

Martina Renner (DIE LINKE): - Unterlagen auf dem Rechner gelöscht werden?

Zeuge H. K.: Nein, im Gegenteil.

Martina Renner (DIE LINKE): „Im Gegenteil“ heißt?

Zeuge H. K.: Ja, gut, das Lösungsverbot von Informationen und von Daten - - dass wir mittlerweile alles aufbewahren, um nachvollziehen zu können, was gelaufen ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Einen Vorgang, dass etwas auf Anweisung gelöscht wurde, kennen Sie nicht?

Zeuge H. K.: Nein, kenne ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt wäre die Zeit um. Ich würde aber vielleicht doch noch mal gerne einen Vertreter der Bundesregierung bitten, uns mal objektiv darzustellen, wie die Rechtslage bei Bundesbehörden ist, Vermerke zu erstellen. Weil ich würde mich sehr täuschen, wenn es so ist, wie es gerade gesagt worden ist, dass über jedes Gespräch ein Vermerk zu erstellen ist. Ich glaube, dann hätten wir eine Riesenwelle in den Bundesbehörden. Da wird nämlich nicht über jedes Gespräch ein Vermerk erstellt. Ich glaube, da könnten wir jetzt die ganze Bank hier auflösen, wahrscheinlich. Das kann so nicht sein, wie es gerade gesagt worden ist.

Kann jemand die aktuelle Erlass- und Rechtslage mal darstellen über die Erstellung von Vermerken? Denn so kann es nicht sein; sorry. Sonst reden wir hier über Dinge, die - - Das ist jetzt kein Vorwurf an Sie, nur, so - -

MR Torsten Akmann (BMI): Also, es werden nicht zu jedem Gespräch Vermerke erstellt, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Richtig.

MR Torsten Akmann (BMI): - sondern nur zu wesentlichen Gesprächen oder zu wesentlichen Inhalten. Ansonsten können wir dazu noch mal nachtragen; aber so ad hoc, wie Sie sagen, können wir die Erlasslage jetzt nicht darstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer entscheidet, wo es wesentlich ist? Wann ist ein Gespräch wesentlich?

MR Torsten Akmann (BMI): Das entscheidet der Bearbeiter selber.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wenn das die Rechtslage ist, Herr Vorsitzender - wenn ich das mal ergänzen darf -, dass es sozusagen von dem Gutdünken des Bearbeiters abhängt, ob ein Vermerk erstellt wird oder nicht, dann wird natürlich überhaupt keinen unangenehmen Sachverhalt mehr ein Vermerk erstellt. Das kann die Rechtslage auch nicht sein.

Also, vielleicht könnte Herr Akmann uns erklären, ob das ein Vorgang wäre, über den man hätte einen Vermerk erstellen müssen. Das wäre mal interessant.

MR Torsten Akmann (BMI): Ich war nun gerade - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gerade waren Sie doch ein sachverständiger Zeuge und haben uns die Dinge schön erläutert.

MR Torsten Akmann (BMI): Nein - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So war es doch.

MR Torsten Akmann (BMI): Ich war kein sachverständiger Zeuge.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir können noch mal gucken, ob wir nachliefern können, ob es da eine Erlasslage gibt, ob es da irgendwie eine Konkretisierung gibt, und das möglichst schnell auch nachliefern, damit wir eine Konkretisierung haben, wann ein Vermerk zu erstellen ist oder nicht. Ich habe da selbst eine Überlegung; das wird wahrscheinlich wie bei der Bewertung, ob ein besonderes Vorkommnis zum Beispiel vorliegt, sein, dass man Rahmenumstände bewerten muss und dass derjenige, der einen Vermerk erstellt, die Gesamtschau der Dinge bewerten muss. Aber wenn wir da mal eine konkrete Anknüpfung kriegen könnten, wäre das, glaube ich, sehr hilfreich.

MR Torsten Akmann (BMI): Das machen wir. Aber ich will das noch mal ganz kurz ergänzen: Es obliegt nicht immer nur alleine dem Bearbeiter. Das habe ich eben gesagt; richtig. Aber wenn er natürlich gebeten wird, das zu tun, von seinem Vorgesetzten, muss er es natürlich auch machen. Das ist doch ganz klar, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. Und er muss es machen, wenn es ein relevanter Vorgang ist. Das ist auch ganz klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch dran.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, vielen Dank. - Herr K., frohes neues Jahr! Ich will noch mal anfangen mit der Vernehmung vom letzten Mal. Da haben Sie - ich sage es mal etwas vage - der Bedeutung nach gesagt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dass für die jeweilige Übermittlung von Daten, zum Beispiel an die NSA, der Sachbearbeiter selbst verantwortlich ist.

(Der Zeuge spricht mit
seinem Rechtsbeistand)

- Herr Eisenberg kann jetzt gar nicht wissen, was ich frage. Deswegen hören Sie dem mal einen Moment nicht zu. - Also, ist das so, dass der Sachbearbeiter für die Weiterleitung der Daten an andere Dienste, zum Beispiel die NSA, selbst verantwortlich ist?

Zeuge H. K.: Dürfte ich das mal vielleicht protokollmäßig sehen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann Ihnen die Stelle gerne sagen, und dann kann das Ausschusssekretariat Ihnen das Protokoll vorlegen: Stenografisches Protokoll vom 17.12.2015, Tagebuchnummer 221/16 - Geheim -, Seite 4.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er,
sein Rechtsbeistand und
RD Philipp Wolff (BK)
nehmen Einblick)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Vielen Dank. - Und wo jetzt?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seite 4.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Man könnte auf einen Absatz verweisen oder so, um es zu konkretisieren, aber nicht vorlesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben ihn gefunden - oder? Das ist die Frage der Kollegin Warken, die zweite Frage auf der Seite, linke Spalte, und dann Ihre Antwort - die mit „Nein“ beginnt.

Zeuge H. K.: Ach, da.

(RA Johannes Eisenberg:
Aber das ist doch Geheim -
oder?)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Oje, Herr Eisenberg.

(RA Johannes Eisenberg: Da
steht drauf: „Geheim“! -
Zuruf: Das ist alles geheim
hier!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Darum ist es auch der Vorhalt in dieser Form, weil er es ja nicht vorlesen darf, der Kollege von Notz.

(RA Johannes Eisenberg: Ja,
soll er das jetzt ungeheim
beantworten?)

Zeuge H. K.: Ich muss es zuerst mal lesen können in Ruhe.

(Der Zeuge liest in den ihm
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Ja, gut, okay. Und jetzt?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, ist das so?

Zeuge H. K.: So wie ich das gesagt habe, ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Das ist interessant. Gilt das für jedwede Datenübermittlung - abgesehen von G 10?

Zeuge H. K.: Entschuldigung. - Übermittlung von welchen Daten jetzt? Selektoren, oder was?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jedweden Daten.

Zeuge H. K.: Nein, wir haben ja damals - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Telekommunikation - -

Zeuge H. K.: Ja, wir haben ja damals über entsprechende Produkte geredet und über Nachrichten, die von den Sachbearbeitern bearbeitet werden und dann später an die Auswertung weitergeleitet werden. Was hier ausgetauscht wird an die befreundeten oder kooperierenden Nachrichtendienste -

(Lachen des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN))

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge H. K.: - „befreundet“ ist vielleicht ein falscher Ausdruck; also, an die kooperierenden Nachrichtendienste -, das ist thematisch immer klar definiert und eingegrenzt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber es macht der jeweilige Sachbearbeiter.

Zeuge H. K.: Ja, weil der steht in der Thematik entsprechend drin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das mag ja sein. Aber deswegen: Wenn ich Sie frage, welche Abteilung die Daten weiterleitet oder ob das über Pullach geht, dann zucken Sie nur mit den Schultern, weil der jeweilige Sachbearbeiter diese Daten weiterleitet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Das steht auch drin: Der Sachbearbeiter leitet die entsprechenden Informationen an die Auswertung weiter. Wir können zum Beispiel auch nicht sagen, welche Informationen dann von der Auswertung an die entsprechenden anderen NDs abgeleitet oder weitergegeben werden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also stimmt das nicht?

Zeuge H. K.: Was stimmt nicht?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, der Sachbearbeiter leitet die Daten nicht an den AND weiter, sondern an die - -

Zeuge H. K.: Nein. Es kommt thematisch drauf an, um was es sich - - um welche Informationen es sich hier handelt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um Treffer von Selektoren.

Zeuge H. K.: Ja, klar. Erfassung von bestimmten Selektoren, also Inhalte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Inhalte. Die leitet er direkt weiter?

Zeuge H. K.: Aber nicht ohne Grund.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das sage ich ja auch gar nicht. - So. Aber er leitet sie selbst weiter an den AND?

Zeuge H. K.: Er muss entscheiden, und er entscheidet auch, und - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist interessant. - Okay.

Zeuge H. K.: Zusammen mit seinem Sachgebietsleiter, das ist ... (akustisch unverständlich) mit dem Gruppenleiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit dem spricht er das ab?

Zeuge H. K.: Jawohl.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das haben Sie nicht gesagt.

Zeuge H. K.: Das habe ich aber gesagt - das steht drin -, wer da weiter entscheidet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, genau. „Und dem Gruppenleiter“, genau. Okay. Aber die machen das sozusagen da gemeinsam - die Inhalte. Und was ist mit den Rohnachrichten?

Zeuge H. K.: Die Rohnachrichten - das habe ich auch irgendwo in einem der Protokolle gesagt, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge H. K.: - die laufen nicht bei der Nachrichtentbearbeitung auf.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

Zeuge H. K.: Die werden von T1 erfasst und entsprechend der Selektoren dann an - - weitergeroutet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, es gibt ja auch Metadaten, die nicht, die gerade eben nicht mit den Selektoren zusammenhängen.

Zeuge H. K.: Wie es mit den Metadaten läuft - habe ich auch schon mal hier erzählt -, kann ich Ihnen soweit nicht sagen, weil ich nicht weiß, wie die Außenstellen bzw. wie T1 diese Metadaten routet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer routet die?

Zeuge H. K.: T1.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): T1 routet die?

Zeuge H. K.: Ja. Weil da, wo die Metadaten - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wohin routet T1 die?

(RA Johannes Eisenberg:
Das weiß er gar nicht!)

Zeuge H. K.: Wo sie sie hinschicken, das kann ich Ihnen nicht sagen, weil die ... (akustisch unverständlich)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über welche Leitung routen die das denn, oder über welches System? Haben Sie schon mal was von ZEVKO gehört?

Zeuge H. K.: Ja, aber fragen Sie mich nicht, was das jetzt ausgeschrieben heißt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das - nein - ist ja gar nicht so interessant. Aber ist ZEVKO das System, über das diese Metadaten weitergeleitet werden?

Zeuge H. K.: Glaube ich nicht. Ich kann es Ihnen nicht sagen; ich weiß es nicht. Weil, das sind T1-Tools.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): T1-Tools. - Wen müssen wir denn fragen? Wer kann uns das beantworten?

Zeuge H. K.: Höchstwahrscheinlich W. K.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): W. K. - Gut, den hören wir auch noch ein viertes oder fünftes Mal.

Jetzt noch mal zu den - sozusagen - Dokumentationen, die stattfinden oder nicht stattfinden. Da habe ich einmal eine Frage an Herrn Wolff bezüglich Ihrer Aussagen zu den Fragen, die eben von Frau Renner gestellt wurden. Wo finde ich denn in den Akten diese Dokumentationen? Ich habe das so verstanden, dass Herr K. gesagt hat: Strecken, Zeiten, Länder - also Zeiten, von wann bis wann welche Strecke abgegriffen wurde -, die sind beim Bundesnachrichtendienst erfasst. Ich finde das aber in all unseren Akten nicht. Und das gehört ja wohl zum Untersuchungsgegenstand. Deswegen, Herr Wolff, können Sie mir

kurz sagen, wo ich das finde, was Herr K. hier beschreibt?

RD Philipp Wolff (BK): Also, wir haben ja Aktenstellen benannt, wo tatsächlich dargelegt wird, was festgehalten wird. Die haben Sie wahrscheinlich auch gesehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die habe ich gesehen; da steht nichts Relevantes drin. Da stehen keine Strecken, da stehen keine Zeiten, da stehen - - Das sind Antworten auf Anfragen während der Snowden-Hoch-Zeit. Da wird irgendwie - - Da versucht der BND, irgendwie Zahlen zusammenzumischen, dass man irgendwie auf 500 Millionen kommt. - So, und jetzt frage ich Sie: Wo sind die Dinge, die H. K. beschreibt?

RD Philipp Wolff (BK): Da wird es ganz generell darum gehen: Zu welchem Zeitpunkt war welcher Satellit wie ausgerichtet? Nur ist das - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nicht nur Satelliten. Welche Strecken? Es geht ja auch um Kabel. Deswegen: Frau Polzin - ich sage das noch mal - hat das ja auch beschrieben, dass das dokumentiert wird. Und ich frage mich: Wo sind die Akten?

RD Philipp Wolff (BK): Es kann rekonstruiert werden wahrscheinlich. Ob es dokumentiert wird - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, sie hat gesagt - - Nein, nein, nein. Da ging es um die Datenmengen, Herr Wolff. Sie hat gesagt, dass dokumentiert worden ist. Und das sagt H. K. auch. Der hat eben genau beschrieben - -

RD Philipp Wolff (BK): Nein - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der hat gesagt: „Die Mengen nicht“, aber er sagt: die Strecken, die Zeiten, der Erfassungsort, die Erfassungsart. Das sagt er. Und diese Dinge sind nicht in unseren Akten. Und ich habe eine Theorie, warum das so ist, und ich sage Ihnen:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn Sie uns diese Akten vorenthalten, ist das skandalös.

Deswegen frage ich Sie: Bei den vielen Hunderttausend Seiten, die wir haben, wo sind diese Informationen, die der BND - vermeintlich nach § 19 III; auch wenn ich denken würde, dass das nicht ausreicht, was er gemacht hat, aber - - Wo sind diese Akten? Sind die geschreddert? Liegen die bei Ihnen im Bundeskanzleramt? Helfen Sie mir. Denn ich würde sie mir gerne angucken und würde sie jetzt H. K. gerne vorhalten.

RD Philipp Wolff (BK): Also, zum einen gehe ich nicht davon aus - - Ich glaube, wir reden über ein unterschiedliches Verständnis von Dokumentation. Ich glaube, Sie stellen sich vor, es gibt einen Dokumentationsaktenvorhalt, da stehen dann Zeitpunkte und ich weiß nicht was drin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

RD Philipp Wolff (BK): Ich gehe nicht davon aus, dass es so was gibt. Ich glaube aber, dass man es entsprechend rekonstruieren kann. Aber ich glaube, das weiß das - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Datei wird es das doch geben. - Ja, und das muss halt mal jemand ausdrucken. Wie wäre es mal damit? Ja? Das ist wie bei den Selektoren; da muss halt mal jemand auf „Print“ drücken. - So.

Vielleicht, Herr K., können Sie uns helfen: Wie sieht das denn aus, diese Dokumentation, die Sie beschrieben haben? Wie muss man sich das vorstellen? Ist das eine Tabelle, oder ist das ein Logbuch, in das man das reinschreibt? Wer dokumentiert das, welche Abteilung? Ist das eine zentrale Datei?

(Der Zeuge blickt zu RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge H. K.: Nein. Wir wissen, auf welchen Strecken wir uns bewegen, und wir wissen, seit wann wir da drauf sind. Und das ist es im Großen und Ganzen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Wir wissen“ heißt: Das ist in Ihrem Kopf, oder: Das steht irgendwo?

Zeuge H. K.: Das wird sicher irgendwo stehen, aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wo?

Zeuge H. K.: Ja, das weiß ich doch nicht. Ich bin nicht T1.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, Sie sind nicht T1. Aber Sie sind ein in diesem Bereich lange agierender, Verantwortung tragender Beamter, und ich erwarte von Ihnen, dass Sie mir sagen können, auch wenn Sie selbst diese Dinge nicht eingetragen haben, wo das steht.

Zeuge H. K.: Ich kann es Ihnen nicht sagen, weil ich es einfach nicht weiß. Simpel gesagt: Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann vielleicht irgendjemand vom Bundesnachrichtendienst, der hier uns jeden Donnerstag betreut, sagen, wo das steht, diese relevante Information?

(RD Philipp Wolff (BK)
berät sich mit Mitarbeitern
des BND)

RD Philipp Wolff (BK): Wir können gerne noch mal versuchen, das zu erklären. Das sage ich auch zu. Die Vertreter des Bundesnachrichtendienstes hier sind auch nicht aus der entsprechenden Abteilung; insofern können sie das auch jetzt nicht hier ad hoc beantworten. Ich glaube, es besteht tatsächlich - das, was ich schon vorhin gesagt habe - ein gewisses Missverständnis, was möglicherweise rekonstruierbar ist und was in Akten vorgehalten wird. Aber wir können das gerne noch mal erläutern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde vorschlagen, weil wir in einer Zeugenverneh-



Nur zur dienstlichen Verwendung

mung sind, dass wir jetzt erst den Zeugen vernehmen und seine Informationen ausschöpfen und dann überlegen, ob wir einen entsprechenden Zeugen, der das erklären kann, auch mit Wahrheitspflicht, hier laden, statt jetzt so eine „grundwabernde“, sage ich mal, Wissensbereicherung hier zu versuchen. Also, das würde ich schon lieber über Zeugen mit Wahrheitspflicht durchführen. - Ist das okay, Kollege von Notz? - Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, es geht im Kern, Herr Vorsitzender, um die Frage, ob eben man dokumentiert hat, ich meine, welche Strecken man abgefischt hat. Das ist natürlich die entscheidende Frage im Hinblick darauf, wie gut- oder bösgläubig man in der Kooperation mit der NSA war. Und es spricht vieles dafür, dass die Strecken genau zeigen, dass man wusste, dass man in Europa halt Daten abgreift für die NSA.

Und dass wir ausgerechnet diese Informationen nicht haben und dass das ausgerechnet - - Alle Sachen werden ja hier für uns - - Ja, also, wenn Sie sagen, Herr Wolff, „Akten vorhalten und uns Sachen irgendwie rekonstruieren“ - alle Akten, die wir haben, werden extra für diesen Untersuchungsausschuss zusammengebastelt - ja? Und da wundere ich mich, dass das nun ausgerechnet nicht zusammengebastelt wird für uns. Da scheint irgendwie was Relevantes drinzustehen.

Und deswegen - - Wirklich: Ja, es sind alle Fristen verstrichen; das ist alles von unseren Beweisbeschlüssen voll erfasst. Und deswegen kann man sich nur wundern. Frau Polzin hat das hier glaubhaft vermittelt, dass es diese Dokumentationen gibt, und der Zeuge K. eben auch. Sie sagen: „Ja, wir haben das aufgeschrieben.“

Und daran hängt ja die ganze Geschichte - ja? Also, insofern ist es eine relevante Frage, Herr Vorsitzender. Und dass hier irgendwas wabert, das liegt eben an der Bundesregierung, die hier offensichtlich bestimmte Akten nicht weitergibt. - Okay. Aber wenn wir da dann - - Nächste Woche, oder wann kann man damit rechnen?

RD Philipp Wolff (BK): Die Frage ist, wie man das jetzt klären will. Ich habe es jetzt so verstanden, dass man es über einen Zeugen klären kann. Das kann man sicher machen. Ich glaube, das wäre auch am sinnvollsten, weil man das erklären kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich will die Akten haben.

RD Philipp Wolff (BK): Aber, Herr von Notz, ich habe Ihnen gerade gesagt, ich gehe nicht davon aus, dass es eine Akte gibt,

(Zuruf)

auf der steht: So und so ist das. - Ich gehe davon aus - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre schlimm, wenn Sie davon ausgehen würden, weil Sie uns nämlich sonst Akten vorenthalten hätten, von denen Sie wissen, dass es sie gibt.

RD Philipp Wolff (BK): Das müsste man sich im Einzelfall anschauen. Davon gehe ich auch nicht aus, dass ich Ihnen Akten vorenthalte oder der BND uns Akten vorenthält.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich auch nicht. - So.

RD Philipp Wolff (BK): Wie gesagt, es mag einen Datenbestand geben. Aber das ist, glaube ich, sehr komplex, das jetzt hier auf, wie der Vorsitzende sagt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, diesen Datenbestand, Herr Wolff, hätten wir gerne. Und ich wäre bereit, diese Sitzung zu unterbrechen, um gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen einen Beweisbeschluss zu fassen, dass Sie da so eine gewisse Rechtssicherheit bekommen, dass wir ein lebhaftes Interesse an diesen Datenbeständen haben.

RD Philipp Wolff (BK): Wir haben doch - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sollen wir das so machen, oder sagen Sie uns: „Ich besorge Ihnen den Datenbestand“?

RD Philipp Wolff (BK): Ich kann Ihnen das nicht zusagen, wie gesagt, weil ich es auch selber nicht weiß. Ich muss es - - Ich müsste mich selber erst schlaumachen. Ich kann nicht etwas zusagen, was sich meiner Kenntnis derzeit entzieht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, mein Vorschlag, auch aufgrund der Zeit, weil der Zeuge auch nur eine begrenzte Zeit hat: Wir haben ja nach unserem Zeugen H. K. eine Beratungssitzung. Ich rege nur jetzt schon mal an, dass wir es in formalen Bahnen klären, entweder mit Zeugen, die uns über den entsprechenden Bestand Bericht erstatten können, oder über einen Beweisbeschluss, wenn es zur Vorlage von Akten dient. Darum ging meine Wortäußerung eben, dass es nicht wabern solle.

Jetzt würde ich vorschlagen, dass wir mit der Zeugenbefragung weitermachen, denn wir haben nur noch eine von zwei Stunden. Ist das okay?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dann können wir in der Beratungssitzung gleich an der Stelle schauen, wie wir das am klügsten lösen. Die Fragezeit, eure ist schon deutlich überschritten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe auch angehalten zwischendrin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kämen jetzt wieder zur Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, Herr H. K., ich will noch mal auf die Selektoren zurückkommen

und an das anknüpfen, was Kollege Ströbele vorhin gefragt hat, da ja jetzt die Amerikaner angeblich oder tatsächlich Begründungen liefern für Nummern, für Selektoren, die gesteuert werden sollen, und der BND nun also dadurch möglicherweise weiß, was dahintersteht. Bevor Herr Wolff gleich wieder aufspringt, frage ich das bezogen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das Wissen aus dem PKGr, oder woher ist das Wissen?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, der Kollege Ströbele hat die Quelle genannt.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus der
Süddeutschen!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre schön, wenn das hier eingebracht worden wäre.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man muss auch über
die Feiertage Zeitung
lesen!)

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die *Süddeutsche Zeitung*. - So, und genau darum geht es mir jetzt. Ich möchte Sie gerne fragen: Zu wie vielen Selektoren, die die NSA gesteuert haben wollte, ist damals eine Begründung gegeben worden? Da stand also dahinter ein Vermerk oder ein Wort oder eine Erläuterung zu diesem Selektor. Zu wie vielen - - Wie viel Prozent der amerikanischen Selektoren waren mit Begründung?

Zeuge H. K.: Es waren sehr viele, zu den Terror-sachverhalten, also zu potenziellen Terroristen. Aber es war insgesamt gesehen nicht ausreichend, sodass wir für jeden Selektor nachvollziehen konnten, was de facto dahintersteht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, Sie konnten nicht zu jedem Selektor nachvollziehen, worum es geht?

Zeuge H. K.: Ja, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge H. K.: Genau. Also - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Trotzdem noch mal die Frage: Wie viel Prozent, wenn Sie 1 000 Selektoren bekommen haben, hatten davon eine Begründung?

Zeuge H. K.: Wenn ich Ihnen jetzt sage: 5 Prozent, kann das genauso falsch sein, wie wenn ich sage: 95 Prozent. Wobei das - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, das müssen Sie doch wissen, wenn Sie eine Seite aufschlagen, ob da mehr als die Hälfte einen Vermerk haben oder ob es nur ganz vereinzelte Vermerke waren.

Zeuge H. K.: Wenn Sie eine elektronische Tabelle durchscrollen und dann so einen kleinen Cursor am Rande haben - also, eine riesig lange Tabelle, eine riesig lange Liste -, und wenn Sie dann immer wieder dazwischen was sehen, können Sie nicht abschätzen, wie viel Prozent das insgesamt ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, waren bei der Mehrheit der Selektoren Anmerkungen, oder waren das eher weniger? Das muss man ja wohl sagen können.

Zeuge H. K.: Eher weniger.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Eher weniger als - - Gut, also dann - - Weniger als die Hälfte ist das ja dann logischerweise im Umkehrschluss.

Ich möchte Sie aber dort noch mal weiter fragen: Haben Sie denn das geprüft? Haben Sie in irgendeiner Weise geprüft, was die Amerikaner Ihnen dort gesagt haben - wenn wir jetzt bei der NSA bleiben als Begründung? Haben Sie das irgendwie geprüft, ob das stimmt?

Zeuge H. K.: Sie meinen jetzt die Selektoren, die mit - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die eine Deutung hatten. Haben Sie das jemals geprüft, ob die überhaupt stimmt?

Zeuge H. K.: Wir - - Also, die Nachrichtensarbeiter haben sicherlich von Zeit zu Zeit geschaut, wer da dahintersteckt, weil wir ja auf ähnlichen Selektoren - - auch auf den gleichen Selektoren ja teilweise auch saßen, weil ja, wenn Sie jetzt einen bestimmten - - Nehmen Sie einen bestimmten Terroristen, dann hat er normalerweise ein oder zwei oder mehrere Kommunikationsmittel, und die sind im Laufe der Zeit allen oder fast allen Nachrichtendiensten bekannt. Demzufolge konnten Sie auch nachvollziehen, dass das korrekt ist, was da steht. Bei anderen können Sie es nicht, weil Sie keine Erfassung dazu haben. Und wenn Sie keine Erfassungen haben, können Sie es auch nicht verifizieren.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, das heißt, wenn da - -

Zeuge H. K.: Selbst wenn da was steht, von dem Sie sagen: „Ja gut, das kann vielleicht sein“, oder: „Es kann nicht sein“ - - Aber wenn Sie keine Ergebnisse generieren können mit ihren eigenen Erfassungen, können Sie nicht verifizieren, ob das korrekt ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, wenn die Amerikaner Ihnen die Handynummer des Ausschussvorsitzenden geschickt hätten und dahinter geschrieben hätten: „Geldwäsche“ oder „Proliferation“, dann würde der eben gesteuert?

Zeuge H. K.: Nein, dann wäre das zwar ein Ansatz gewesen von den Amerikanern, der zu plump war, weil seine Handynummer ja mit 0049 beginnt und das ganz automatisiert schon rausfliegt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na ja, er hat auch noch ein französisches Handy, der Ausschussvorsitzende, möglicherweise.

Zeuge H. K.: Ja, wenn er dann wieder deutsch redet, dann schauen wir auch gezielt hin und lösen das unmittelbar und sofort.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Meine Frage geht darum, ob Sie jemals prüfen konnten - - Wenn die Amerikaner Ihnen eine Telefonnummer, egal mit welcher Vorwahl - die deutschen können wir da mal rausnehmen - geben und schreiben eine Begründung dahinter - Waffenhandel, Geldwäsche, Terrorismusverdacht -, können Sie jemals prüfen, welche Person dahintersteht? Haben Sie das geprüft? Ruft da mal jemand an und guckt mal, wer überhaupt da drangeht, an das Handy?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Zeuge H. K.: Wir gehen doch nicht hin und rufen die Probanden an, ob sie derjenige sind, der von den Amerikanern uns mitgeteilt wurde. So geht's nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): So geht's nicht. - Wie geht's dann? Sie kriegen von den Amerikanern eine Telefonnummer mit einer Begründung, die zu den üblichen Regularien passt, und steuern die. Sie können jede Telefonnummer von den Amerikanern kriegen, jede Begründung. Und ich frage Sie: Wie prüfen Sie das, ob Sie nicht die Nummer vom spanischen Ministerpräsidenten - - oder ob Sie nicht den Verteidigungsminister von Polen dort steuern - was auch immer? Wie prüfen Sie das?

Zeuge H. K.: In den letzten Jahren war es dann halt einfach so, dass wir hingegangen sind und geschaut haben: Ist das überhaupt plausibel? Passt der Mensch, passt die - - also Name zur entsprechenden Einwahl? Wenn das so weit zusammenpasst und auch der entsprechende Themenbereich dazu, dann hat dieses Teil so gute Chancen auch gehabt, dass es problemlos durchrutscht.

Unsere Selektions- - oder, ja, unsere Möglichkeiten, die Selektoren zu eliminieren, sind ja, was wir schon besprochen haben - - basieren ja auf den DAFIS-Tools 1, 2 und 3. Und darüber hinaus, um keine Deutschen zu erfassen - - Darüber hinaus muss man sich dann, wenn man eine Erfassung hat, darauf verlassen, dass die Nachrichtens bearbeiter auch erkennen, wer sich dahinter verbirgt. Es kann zum Beispiel, wenn wir jetzt in Afghanistan jemanden nehmen - - Es

kann schon sein, dass einer, der dann da am Telefon ist - weil das passiert auch von Zeit zu Zeit, ganz speziell im Bereich Drogenhandel und auch im Terrorismusbereich; das ist überall das-selbe - - dass die von Zeit zu Zeit halt ihre Telefonnummern - - ihre Telefone weitergeben und auf die Art und Weise dann nachher ein anderer Teilnehmer an diesem speziellen Telefon hängt. Und dann müssen Sie es wieder frisch verifizieren, ob das überhaupt stimmt.

Aber die Massen, die da drinstehen - - Sie können nicht Tausende und Abertausende Selektoren so einzeln überprüfen und nachvollziehen, ganz speziell nicht, wenn Sie keinen Teilnehmer dahinter haben - - also nur, wenn Sie nur den schieren Selektor haben, könnten - - Sie können ja nicht diesen Menschen anrufen und sagen: Bist du derjenige, und hast du was mit Drogenhandel, hast du was mit Terrorismus zu tun? - So.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, aber mit der Begründung, die Sie jetzt geben, können die Amerikaner jede Nummer Ihnen geben, und Sie steuern die einfach. Weil anrufen können Sie ihn nicht; Sie wissen nicht, ob das stimmt, ob die Begründung stimmt, Sie prüfen es auch nicht. Also, jede Nummer, die Sie kriegen - - Bei 50 Prozent geben die gar keine Begründung an, bei über 50 Prozent, und bei den anderen, wo sie eine Begründung geben, können Sie das weder prüfen und prüfen das auch nicht, aber Sie steuern sie erst mal. Das ist doch die Quintessenz dessen, was Sie jetzt gesagt haben.

Zeuge H. K.: Ja, so ungefähr ist es, ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): So ungefähr ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Damit wäre auch die Zeit eigentlich um. - Dann wären wir jetzt bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr K., wir waren ja bei den Anfragen der Abgeordneten, wo Sie nicht mehr so genau wussten, um was es da geht. Und da wollte ich nur wissen, was das Ungenaue war, was Sie viel-



Nur zur dienstlichen Verwendung

leicht noch wissen. Also, was war denn Gegenstand dieser Fragen? Was wollten die wissen, die Abgeordneten? Kann man das vielleicht so zusammenfassen, dass die einfach mal wissen wollten, was an den Behauptungen in den Dokumenten von Edward Snowden so dran war, die einzelne Sachen dann nachgefragt haben? - So, jetzt, ohne dass es darum ging.

Zeuge H. K.: Natürlich. Aber auf der anderen Seite ist es ja so: Sie wissen doch selbst ganz genau, was da drin stand. Und ich kann mich persönlich nicht daran erinnern, welche Fragensegmente ich da zu beantworten hatte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Waren unter den Fragen auch welche des Abgeordneten Ströbele oder des Abgeordneten Oppermann, die Sie bearbeitet haben?

Zeuge H. K.: Mag sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge H. K.: Mag sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mag sein.

Zeuge H. K.: Nageln Sie mich nicht fest. Mag sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen nicht aufgefallen - oder nicht mehr in Erinnerung?

Zeuge H. K.: Habe ich vielleicht verdrängt oder so.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verdrängt, aha. - Ist Ihnen aufgefallen - - Kannten Sie mal den Fragen- - - Das war ja ein ganzer Fragenkatalog, den der damalige Geschäftsführer der SPD-Fraktion, also der größeren Oppositionsfraktion, an die Bundesregierung gestellt hatte, wo eine ganze Reihe von Fragen aufgelistet waren. Haben Sie das mal gesehen? Also, dass es da sehr viele Fragen gab dazu?

Zeuge H. K.: Ich habe Ihnen ja vorhin gesagt: Diese Fragen laufen auf beim Stab, und der Stab bearbeitet die und erwartet zu bestimmten Fragen bestimmte Zuarbeiten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge H. K.: Und deshalb mag das sein. Es mögen Dutzende oder sonst was Fragen gewesen sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge H. K.: Die sind nicht bei mir aufgeschlagen, weil wir arbeiten nur zu bestimmten Fragen zu.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Aber mir geht es jetzt auch gar nicht im Augenblick um die Einzelfragen; das könnte man extra noch mal raussuchen, wo Sie dann - wir können das ja zum Teil in den Akten nachvollziehen - möglicherweise beteiligt waren an der Beantwortung, sondern mir geht es jetzt generell darum: Hatten Sie als Bundesnachrichtendienst oder Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes in dem Bereich den Eindruck, da gibt es doch ein ganz, ganz erhebliches Interesse des Parlaments an der Aufklärung verschiedener Fragen und der Grundfrage - die ich gerade schon benannt habe -: „Was ist dran an diesen Dokumenten?“ Also, was da in diesen Dokumenten ist. Hatten wir die richtig verstanden? Sind die echt? Oder werden da unsinnige Behauptungen aufgestellt, die Sie eigentlich widerlegen können oder an denen nichts dran ist?

Zeuge H. K.: Dass die Fragen, die im Parlament kamen, entsprechend wichtig waren, das konnten wir ja auch ganz normal aus den Medien entnehmen. Logisch ist es für das Parlament wichtig, dass Sie passend informiert sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und jetzt kommt Ihr Mitarbeiter Dr. T. - so haben Sie das ja geschildert - irgendwann im August, Anfang August, zu Ihnen und sagt: Ich habe da Selektoren nachgeguckt, auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

aus dem Grunde, um mal zu sehen: Was ist denn eigentlich dran? Finden wir da irgendwas, was irgendwie da nicht reingehört und was das bestätigt, was der Snowden oder was die Dokumente von Snowden behaupten? - Er kommt zu Ihnen und sagt: Ich habe da eine ganze Reihe von Selektoren gefunden. - So haben Sie es ja auch gesagt.

Und der Herr Dr. T. hat das ja auch - - der hat uns ja hier auch Auskunft dazu gegeben; auch Herr D. B. hat uns dazu Auskunft gegeben. Und die haben gesagt: Das hat eigentlich bestätigt - jetzt nicht alle Teile, aber Teile von dem -, was in den Dokumenten Snowdens behauptet wurde. - Das sehen Sie auch so.

Zeuge H. K.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und nun - deshalb habe ich Sie da nach den Umständen gefragt; also, ganz großes Interesse im Parlament, ganz großes Interesse im Bundesnachrichtendienst, wahrscheinlich auch großes Interesse, weil eine PKG-Sitzung nach der anderen, das haben Sie wahrscheinlich auch gelesen, im Kanzleramt - findet der was. Und da sitzt jetzt Herr K. - also Sie - und hört: Oh, wir haben Bestätigung bekommen aus den Selektoren, die wir da rausgefunden haben. - Haben Sie da nicht - Sie selber, Sie persönlich - einen Grund gehabt, zu sagen: „Das müssen wir ganz schnell nach oben weitermelden“? Also vielleicht nicht gleich ins Bundeskanzleramt, weil das nicht über Sie geht, aber an Ihre vorgesetzte Stelle, und möglichst dem Präsidenten gleich einen Sondertermin machen, oder irgendwas.

Zeuge H. K.: Herr Ströbele, das hatten wir letztes Mal schon. Dr. T. kam zu mir und hat mir berichtet, was hier gelaufen ist. Und Sie kennen ja auch meine Aussagen vom letzten Mal. Ich habe ihm gesagt - aufgrund dessen, dass der Auftrag direkt von D. B. an ihn ging und er das auch so entsprechend bearbeitet hat -, er möchte doch bitte umgehend D. B. informieren, weil es halt entsprechende Wichtigkeit hat; da haben Sie schon recht. Und dann ging der nächste Kreislauf los, den wir vorhin schon behandelt hatten, dass

D. B. und W. K. ja dann gesagt haben: „Gut, wir reden“, und ich war dann aus dem -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reden mit den Amerikanern?

Zeuge H. K.: - ja - Klub eigentlich wieder draußen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. - Und Sie haben ja vorhin auch die Frage „Haben Sie eine Rückmeldung bekommen, ob mit den Amerikanern geredet worden ist?“ bejaht und haben gesagt: Ja; Sie wissen allerdings nicht - Sie waren ja nicht dabei -, was. - Haben Sie denn auch mal nachgefragt bei D. B. oder bei Herrn Dr. T.: „Habt ihr das eigentlich auch bei uns nach oben gemeldet, oder habt ihr nur irgendwie heimlich ein bisschen mit den Amerikanern darüber geredet?“? Ich meine, das war doch eigentlich noch nahe liegender, als mit den Amerikanern darüber zu reden, dass jetzt - - Alle wollen wissen: „Was ist da eigentlich dran? Was wird da - - Das beschäftigt jedenfalls Teile des Fachpublikums, die sich mit so was beschäftigen, im Parlament, in der Öffentlichkeit; in den Medien große Berichterstattung. Und Sie haben nun so einen Fund und sagen nur: Geh zu D. B.; der wird schon das Notwendige tun. - Hat man da nicht mal darüber gesprochen: „Ist das jetzt geschehen? Wen hast du da unterrichtet? Vielleicht müssen wir dem Präsidenten selber noch mal einen Vortrag machen oder einen Vermerk zusammenfassen und den da hochschicken“ oder Ähnliches? Verstehen Sie, das verstehe ich nicht. Es kann ja Gründe geben - aber die hätte ich gerne von Ihnen gehört -, warum das nicht weitergemeldet worden ist - angeblich. Oder ist es doch weitergemeldet worden?

Zeuge H. K.: Das ist genau das, was ich ja so weit nicht weiß. Das war auch Gegenstand der letzten Sitzung. - Ich habe ja mit D. B. kurz darüber geredet gehabt, und D. B. hat ja gesagt: Wir klären das. - Und es ist in seinem Aufgabenbereich. Es geht uns quasi nichts mehr an. Und Dr. T. - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was, „es geht uns nichts an“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Ja, nein, es ist in seinem Verantwortungsbereich. Er klärt das mit W. K., mit den Amerikanern, und ich schätze, auch mit dem Abteilungsleiter. Wie er das dann anschließend, weil es seine Aufgabe ist, weitermeldet nach oben - das war auch Gegenstand der letzten Diskussion am 17. Dezember -, das - - Wenn er es unterlassen hat, kann ich nichts dazu sagen, weil ich kann ihm nicht vorschreiben, dass er den Präsidenten informieren muss. Und dann ist halt da ein Fehler passiert. Aber es ist nicht in meiner Aufgabe, meinem Chef zu sagen: Du musst das machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat er Ihnen gesagt: „Ich kläre das mit BK“? BK ist das Bundeskanzleramt.

Zeuge H. K.: Mit W. K. Also, W. - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, W. K.

Zeuge H. K.: Ja, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja, nicht BK, sondern W. K. - Ja, bei einzelnen Buchstaben ist das immer schwierig.

Zeuge H. K.: Wir wissen, von wem wir reden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Okay, und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wieder wechseln. - Wir kommen zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Ich möchte noch mal anschließen an das, was mein Kollege Dr. Hahn erfragt hat. Da ging es ja um die Nichtlesbarkeit oder Nichtverständlichkeit von Deutungen. Mich würde noch mal interessieren: Sie haben in einer Vernehmung auf Fragen der Kollegin Warken gesagt, dass es auch Selektoren gebe, die man nicht erkennen kann. Und an einer anderen Stelle sagen Sie aus - das zitiere ich noch mal -:

Wenn er was nicht erkennen kann als unzulässigen Selektor, weil es bestimmte Kombinationen von Buchstaben und Zahlen sind, dann kann er es auch nicht prüfen.

Zeuge H. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): So. Das sind ja zwei verschiedene Dinge. Einmal würde ich gerne zuerst fragen: Was meinen Sie mit Selektoren, die wir nicht erkennen können?

Zeuge H. K.: Also, zu Selektoren, die er nicht erkennen kann: In den DAFIS-Stufen sind leitungsvermittelte Selektoren drin wie zum Beispiel Einwahlen usw. usf. Aber Selektoren, die er nicht erkennen kann, sind zum Beispiel - -

(Zuruf von RD Philipp Wolff (BK))

- Okay. Dann - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, also, Herr Wolff, wir haben hier darüber geredet mit den anderen Zeugen. Es werden gesteuert IMEI, IMSI, Skype, Chatprotokolle, Messenger-Systeme, Daten aus sozialen Netzwerken usw. Das haben wir alles schon durchgekauft. Jetzt kommen Sie mir nicht damit, dass wir dazu nicht sprechen können.

(RA Johannes Eisenberg:
Nicht in öffentlicher
Sitzung!)

Gerätekennungen - - Ach.

RD Philipp Wolff (BK): Damit komme ich natürlich. Weil jetzt geht es ja auch um die Machbarkeit und das, was man erkennen kann und was man nicht erkennen kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): Das haben wir nicht in öffentlicher Sitzung besprochen, -

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann machen wir es - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): - definitiv nicht, -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

RD Philipp Wolff (BK): - weil dies auch nachrichtendienstliche Fähigkeiten betrifft, -

Martina Renner (DIE LINKE): Unfähigkeiten eher.

RD Philipp Wolff (BK): - die wirklich eine Auswirkung haben. - Wie bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Eher Unfähigkeiten als Fähigkeiten, würde ich es nennen.

RD Philipp Wolff (BK): Das ist jetzt Ihre Bewertung, Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): Es geht primär mal um nachrichtendienstliche Fähigkeiten.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Dann reden wir mal nicht darüber, was man nicht erkennen kann, sondern: Was kann man denn eindeutig erkennen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube - -

Zeuge H. K.: Wenn ich jetzt sage: „normale Selektoren“, dann fragen Sie wieder: Was sind normale Selektoren?

Martina Renner (DIE LINKE): Also, eine Telefonnummer - - Wir reden - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zumal ist das der reziproke Bereich von dem, den man nicht erkennen kann.

Zeuge H. K.: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, hallo! - Also, wir reden über paketvermittelte Kommunikation - -

Zeuge H. K.: Paket- und leitungsvermittelt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja. Aber ich rede jetzt mal über paketvermittelte, weil dass man Telefonnummern und Faxnummern erkennt, würde ich jetzt mal für gesetzt halten. Das schafft selbst der BND. - So, jetzt reden wir über paketvermittelte. Da können Sie eine E-Mail erkennen. Wie sieht es aus mit einer IMSI? - Auch? Eine IMEI?

RD Philipp Wolff (BK): Da bitte ich einfach, die Angaben in eingestufter Sitzung zu machen.

Zeuge H. K.: Da sind wir jetzt wieder da, wo wir vorher waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie hoch ist der Anteil der Selektoren, die durch die NSA geliefert wurden, die man nicht erkennen konnte?

Zeuge H. K.: Oh, da müssen Sie wieder T1 fragen, was sie so erkennen können und was sie nicht erkennen können im Rahmen der Erfassung.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben ja aber auf Frau Warkens Fragen hin hier Ausführungen gemacht, dass es bestimmte Selektoren gibt, Kombination von Buchstaben und Zahlen, die man nicht prüfen kann. Anscheinend haben Sie ja Kenntnis darüber.

Zeuge H. K.: Ja, zum Beispiel Hashwerte.

Martina Renner (DIE LINKE): Hashwerte, gut. Wie hoch ist der Anteil von Selektoren - -

Zeuge H. K.: Weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Wann ist denn das Problem aufgetaucht, dass da Selektoren-Hashwerte sind, die man nicht versteht?

Zeuge H. K.: Meines Wissens im Rahmen der Arbeiten des Dr. T.

(Zuruf: Hat vorher nie einer geguckt?)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Vorher hat nie jemand gemerkt: Da läuft irgendwas drüber, Zahlen- und Buchstabenkombinationen, wo wir nicht wissen, was es - -

Zeuge H. K.: Kann ich Ihnen nicht sagen. Aber bei mir, in meinem Bereich, nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Also vor der Prüfung von Dr. T. hat man nicht gemerkt, dass es Selektoren gibt, die man nicht versteht.

Zeuge H. K.: Das kann ich so nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Aber Sie - -

Zeuge H. K.: Und das können wir auch so nicht definieren, weil andere Bereiche andere Erkenntnisse haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. - Was hat man denn dann veranlasst daraufhin, als man darüber gesprochen hat, dass es da Selektoren gibt, die man nicht versteht?

Zeuge H. K.: Wir sind hingegangen und haben uns zuerst kurzgeschlossen mit der Erfassungsstelle und haben dann versucht, Deutungen zu finden.

Martina Renner (DIE LINKE): Und haben Sie die gefunden?

Zeuge H. K.: Ja, nicht immer und nicht überall.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. - Und dann?

Zeuge H. K.: Ja, mittlerweile gehen wir hin und - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, dann, damals, 2013. Wir reden jetzt über den Untersuchungszeitraum, nicht, was heute ist.

Zeuge H. K.: Aha.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann sind die weitergelaufen, oder hat man die dann rausgefiltert?

Zeuge H. K.: So wie mir bekannt ist, wurden die dann quasi rausgefiltert und rausgefiltert - soweit mir bekannt ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Selektoren, die man nicht verstanden hat, auch wenn man versucht hat, ihnen eine Deutung zuzuordnen, hat man dann 2013 entfernt.

Zeuge H. K.: Nein, die hatten keine Deutung.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, die hatten keine. Aber man hat ja versucht, irgendwas zu finden, was es sein kann, und wenn es nicht ging, dann - - Das heißt, die müssen in der Ablehnungsliste sein, die Dr. Graulich angeguckt hat?

Zeuge H. K.: Bitte? Die - -

Martina Renner (DIE LINKE): Dann müssen die ja in der Ablehnungsliste sein, die Dr. Graulich angesehen hat.

Zeuge H. K.: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Da müssen sich ja dann massenhaft Selektoren drin finden von moderneren Kommunikationsarten - würde ich es jetzt mal nennen -, die der BND nicht verstanden hat 2013 und dann herausgenommen hat.

Zeuge H. K.: Keine Ahnung. Keine Ahnung. Weiß ich nicht.

(RA Johannes Eisenberg: Er kennt die Liste nicht!)

Ich kenne die Liste nicht. Ich weiß nicht, was da drinsteht.

(RA Johannes Eisenberg: Fragen Sie Herrn Graulich!)

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. - Kann es sein, dass diese Prüfung dieser Selektoren, die man nicht versteht, nur in Bad Aibling stattgefunden hat und nicht in Pullach?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Ich weiß das nicht, ob das in Bad Aibling und/oder - oder/und - in Pullach stattgefunden hat. Weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn diese nur in Bad Aibling entfernt wurden, kann es sein, dass darüber gar keine Dokumentation vorliegt, dass diese damals - -

Zeuge H. K.: Ich bin in Pullach. Ich arbeite in Pullach, und ich kann -

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann machen wir es andersrum.

Zeuge H. K.: - es nicht sagen, was in Bad Aibling gemacht wird.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hatten aber dazu Kenntnis; sonst hätten Sie ja diese Sachen nicht auf die Fragen von Frau Warken ausgeführt, dass es diese Kombination von Buchstaben und Zahlen gab, die man nicht versteht. - So.

Zeuge H. K.: Nicht basierend auf Erkenntnissen aus Bad Aibling, sondern basierend auf unseren eigenen Problemen, die wir erkannt und gesehen haben, -

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Zeuge H. K.: - siehe zum Beispiel Dr. T.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Dann möchte ich wissen, ob unter den damals in die Ablehnungslisten gelangten Selektoren auch solche waren, die dort hineingeraten sind, nicht nur weil man festgestellt hat, dass das Ziel unzulässig ist hinsichtlich des Auftragsprofils des BND, sondern die auch dort hineingelangt sind, weil man sie schlichtweg nicht versteht.

Zeuge H. K.: Auch das kann ich Ihnen aus dem jetzigen Wissen raus bzw. aus der damaligen Situation raus nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann es sein, dass Selektoren, die man nicht versteht, weiter gesteuert wurden?

Zeuge H. K.: Fragen Sie mich - - T1.

Martina Renner (DIE LINKE): Da waren Sie ja befasst an diesem ganzen Vorgang. Das müssen Sie doch wissen. Da wird - -

Zeuge H. K.: Ja, ich habe - - Wir - - Wenn der Dr. T. bestimmte Mengen von Selektoren analysiert - - Das Traurige an der Sache ist, dass wir jetzt nicht mehr nachvollziehen können, was das alles war, weil das einfach ein anderes Problem ist. Wenn er also diese Sachen analysiert und wir sehen, dass bestimmte Sachen, die da drinstehen, wir zu dem Zeitpunkt vorher so weit nicht erkennen konnten und dass wir tatsächlich auch noch ein paar drin haben, die wir so nicht erkennen können, dann weiß ich nicht, was in der Erfassungsstelle gelaufen ist. Wenn ich in Pullach was erkenne, heißt das nicht, dass dann in der Erfassungsstelle die jetzt den Hahn zudrehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Die Erfassungsstelle für diese Selektoren, über die wir jetzt reden, die man nicht versteht, ist einzig und allein Bad Aibling oder auch andere Außenstellen?

Zeuge H. K.: Einzig und allein Bad Aibling.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Es kann also sein, dass man in Pullach sieht: „Ich verstehe den Selektor nicht“, aber Bad Aibling ihn weiter steuert? Das war Ihre letzte Aussage.

Zeuge H. K.: Ja, aber das weiß ich nicht. Das habe ich auch gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber es ist möglich?

Zeuge H. K.: Wissen Sie - das habe ich schon öfters gesagt -, möglich ist vieles, und ich kann mir auch vieles vorstellen - und Sie sich vielleicht noch mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Keine Ahnung. - Ich möchte - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht in der nächsten Runde?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, dann kann ich gerne in der nächsten Runde da weitermachen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Super. - Okay, dann sind wir wieder bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer möchte? - Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich setze das jetzt auch wieder fort; es ist ein bisschen albern - nicht das Fortsetzen, sondern dass das immer wieder von vorne angefangen werden muss.

(Unruhe)

- Gibt es da was? - Nein. - Sie haben ja jetzt gesagt - das haben Sie noch mal geschildert -, wie das war mit Herrn Dr. T. und D. B. Jetzt sind Sie ja wieder im Dienst dort, haben Sie gesagt. Haben Sie denn danach, jetzt, also nachdem Sie die beiden wiedergetroffen haben im Bundesnachrichtendienst, mal mit denen darüber geredet: „Sag mal“ - also insbesondere mit dem D. B. -, „damals hast du mir - - haben wir doch besprochen oder darüber gesprochen, dass du das weitermelden wirst. Und das war ja dann deine Aufgabe. Warum hast du das eigentlich nicht gemacht?“? Da stelle ich mir vor, dass Sie das auch umtreibt, ganz genauso wie mich, und dass Sie nun die Gelegenheit haben, mit Ihrem Kollegen mal darüber zu reden. Oder ist da gar nicht drüber geredet worden?

Zeuge H. K.: Erstens ist D. B. nicht mehr da, wo er vorher war, und ich habe nur noch ganz selten Kontakt mit ihm, und zweitens denke ich: Ist das überhaupt Untersuchungsgegenstand?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein!)

Ich rätele - ich hoffe, auch andere rätseln - immer noch darüber: „Warum ist das nicht an die dafür zuständigen Stellen weitergemeldet worden?“, und suche nach Erklärungen, warum das

so war. Herr D. B. konnte uns da nicht sehr viel weiterhelfen.

(Zuruf: Er wollte es auch nicht!)

- Zum Teil wollte er es auch nicht.

Zeuge H. K.: Kann ich Ihnen nichts dazu sagen, wie und warum D. B. hier so reagiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich meine, ich habe jetzt erst mal gefragt: Haben Sie mit ihm mal darüber geredet? Das liegt doch nahe; das ist doch ein Vorgang, der den Ausschuss beschäftigt, der die Öffentlichkeit beschäftigt oder Teile der Öffentlichkeit. Und jetzt trifft man die Kollegen wieder, irgendwie auf dem Flur oder in der Kantine, oder wo auch immer Sie ihn getroffen haben. Da sagt man: Sag doch mal, warum hast du das eigentlich damals nicht gemacht? Wolltest du alle verschonen damit, oder was war da?

Zeuge H. K.: Nein, habe ich nicht; habe ich mit D. B. nicht drüber geredet, nur das eine Mal, wo er dann - was wir vorhin schon diskutiert hatten - gesagt hat, es würde kommuniziert oder es würde kommuniziert mit der NSA. Aber sonst habe ich mit D. B. über diesen Sachverhalt nicht mehr geredet - auch er nicht mit mir.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eigenartig, ja. - Wie oft haben Sie ihn denn gesehen inzwischen oder gesprochen?

Zeuge H. K.: Ach, ich sehe den momentan alle zwei Wochen vielleicht einmal.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, nie - - Das war nie Thema? - Gut.

Zeuge H. K.: Nein - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will da nicht weiter - - Wenn Sie das sagen - das ist Ihre Aussage; ich bin nicht dabei - -

Zeuge H. K.: Ach - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben wir das erst mal so zur Kenntnis genommen.

Nun ging es ja immer um die NSA-Selektoren. Inzwischen kennen wir ja die BND-Selektoren, die ja auch schon Gegenstand von verschiedenen Berichterstattungen gewesen sind. Wie lief das denn da ganz genau? Ist Ihnen da auch irgendwann mal was mitgeteilt worden dazu?

(Der Zeuge wendet sich an
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge H. K.: Nein, nein, ich denke, zu den BND-Selektoren habe ich keine Aussagegenehmigung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Auch nicht, ob Ihnen darüber mal was mitgeteilt worden ist, dass es so was gibt?

Zeuge H. K.: Dass es BND-Selektoren gibt?

(Zuruf: Dass es Probleme
gibt!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dass die gefunden wurden.

Zeuge H. K.: ... (akustisch unverständlich) auch Selektoren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ob die im selben Vorgang vielleicht gefunden worden sind - also damals, bei der Prüfung; mir geht es jetzt wieder um 2013, August 2013.

Zeuge H. K.: In dieser Liste gab es keine BND-Selektoren. Das war ja - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge H. K.: In dieser Liste gab es keine BND-Selektoren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht in dieser Liste, in einer anderen Liste. 2013, August.

Zeuge H. K.: Ich denke, wir reden über die BND-Selektoren und nicht über die - - über die NSA-Selektoren und nicht über die BND-Selektoren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und ob da gleichzeitig oder einen Tag später oder eine Woche später noch mal eine Liste gefunden worden ist -

Zeuge H. K.: Nein, der Dr. T. hat nur - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - von verbotenen oder bemakelten Selektoren.

Zeuge H. K.: Nein, nein, nein. Dr. T. hat nur die NSA-Selektoren angeschaut.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge H. K.: Dr. T. hat nur die NSA-Selektoren angeschaut -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge H. K.: - und analysiert. Weil wir kennen unsere Selektoren ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind Sie sicher?

Zeuge H. K.: Ja, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat er Ihnen das gesagt, oder - - Sie sagen, Dr. T. hat nur NSA-Selektoren angeschaut. Er war nie am Auffinden anderer Selektoren beteiligt und D. B. auch nicht.

Zeuge H. K.: Ich weiß nicht, wo Sie hinwollen. Weil - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben ja - - Wissen Sie, da ist eine Liste gefunden worden, die zwar nicht weitergemeldet worden ist, aber zu Gesprächen mit der NSA geführt hat. Und nun steht die Behauptung im Raum, dass noch eine weitere Liste gefunden



Nur zur dienstlichen Verwendung

worden ist, auch Selektoren, die mindestens bemakelt sind. Und Sie sagen, diese weitere Liste hat jedenfalls Herr T. B. [sic!] nicht gefunden. - Wissen Sie über diese zweite Liste überhaupt irgendwas? Von damals, außer jetzt aus der Zeit - -

Zeuge H. K.: Nein, ich höre von einer zweiten Liste jetzt gerade von Ihnen. Weil ich weiß nicht, was das für eine zweite Liste sein soll.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, diese BND-Selektoren.

Zeuge H. K.: Ja, und?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die problematischen!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die uns intensiv schon beschäftigt haben.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand und blickt zu RD Philipp Wolff (BK) - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, da gibt es eine Meldung!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ja, die Sie intensiv schon beschäftigt haben, aber nicht hier, Herr Ströbele. Und deswegen hat der Zeuge hier zu den BND-Selektoren auch keine Aussagegenehmigung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, er hat ja auch schon was gesagt. Er hat ja gesagt, Dr. T. hat keine weitere Liste gefunden.

RD Philipp Wolff (BK): Deswegen wiederhole ich: Er hat dazu keine Aussagegenehmigung. Er hat das auch nur in Abgrenzung zu den NSA-Selektoren gesagt; -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): - dazu hat er eine Aussagegenehmigung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber er hat zu dem anderen - - Also, er hat ja selber gesagt,

(RA Johannes Eisenberg:
Hat er doch gar nicht gesagt!)

dass er keine weitere gefunden hat. Und jetzt wollen wir ja wissen, ob das stimmt, weil -

Zeuge H. K.: So nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wir haben Anhaltspunkte, dass das nicht stimmt. Ich weiß nicht, was ich die ganze Zeit immer gelesen habe und mit was ich mich wochenlang beschäftige; aber vielleicht hat er ja wirklich nichts gefunden.

Zeuge H. K.: Herr Dr. T. hat lediglich NSA-Selektoren in der Liste angeschaut. Die BND-Selektoren - das habe ich letztes Mal auch so gesagt - brauchen wir nicht zu suchen; wir haben unsere eigenen Selektoren und wissen, welches die sind. Und es gibt keinen Grund - oder es gab keinen Grund - dazu, unsere eigenen Sachen zu kontrollieren und anzuschauen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, das ist ganz sicher nicht richtig! Also, das ist hundertprozentig falsch, was Sie sagen!)

- Das mag jetzt, aus der jetzigen Zeit, so sein;

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, in der Tat!)

aber in der Zeit, zu diesem Zeitpunkt, als das Problem virulent war, war es nicht von Bedeutung, unsere eigenen Selektoren zu durchforsten.

(Zuruf: Das ist doch gemacht worden!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis zu welchem Zeitpunkt reden Sie denn?

Zeuge H. K.: Ja, als der Dr. T. die NSA-Selektoren angeschaut hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, August 2013.

Zeuge H. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann, November 2013?

Zeuge H. K.: Ja, gut, da - - Es entwickelt sich alles.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist Untersuchungszeitraum. Ja, das entwickelt sich, in der Tat. Das zeigt, wie dringend wir unseren Untersuchungsauftrag erweitern müssen.

Zeuge H. K.: Aber das war nicht der Dr. T., weil das ist dann das andere Problem.

(RA Johannes Eisenberg:
Warum fragen Sie die
ganze Zeit nach dem
Dr. T.?)

RA Johannes Eisenberg: Herr Vorsitzender, man muss doch mal sehen: Der Zeuge wird ja hier geradezu

(Zuruf: Herr Kollege!)

ständig in Widersprüche hereingefragt, die sich aus einer vernünftigen Beurteilung dessen, was er tatsächlich gesagt hat, gar nicht rechtfertigen lassen. Er ist nach Dr. T. gefragt worden; dazu hat er gesagt, er hat keine Kenntnis dazu, dass Dr. T. einen anderen Auftrag hatte, als diese genannten Selektoren zu untersuchen. Und daraus wird jetzt gemacht, dass er behauptet hätte, es seien keine anderen Selektoren untersucht worden. Das geht doch nicht!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, Herr Kollege von Notz fragt weiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe keine Frage gestellt, Herr Vorsitzender.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich kann diese Frage nur verlängern: Im November dieses berühmten Jahres 2013 sollen die im August gefundenen BND-Selektoren - bemakelten - Gegenstand einer Besprechung im Kanzleramt gewesen sein, wo der damalige Chef des Kanzleramtes gesagt haben soll, die sollen jetzt auf jeden Fall raus, die sollen nicht mehr angewandt werden. Da können Sie doch nicht sagen, es ist keine Liste gefunden worden. Warum muss dann eine solche Anweisung im Kanzleramt gegeben werden?

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

Zeuge H. K.: Wir haben - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff vielleicht dazu? Herr Wolff meldet sich.

RD Philipp Wolff (BK): Ja, auch die Verlängerung der Frage macht sie nicht untersuchungsgegenständlicher, Herr Ströbele. Da will ich den Zeugen nur drauf hinweisen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da schließen Sie sich jetzt dem Herrn Wolff an und sagen dazu, Sie wollen auch nichts korrigieren.

(RA Johannes Eisenberg:
Hat er bisher gar nicht
gesagt!)

Wir haben ja Ihre Aussage. Die kriegen wir ja in wenigen Tagen, und dann werden wir noch mal gucken, ob das stimmte, was Sie da gesagt haben, oder nicht. Also, Sie können ja jetzt auch noch was korrigieren, können ja was richtigstellen, können sagen: Da ist zwar was gefunden worden, aber das will ich jetzt nicht oder darf ich nicht oder will ich jetzt hier nicht sagen. - Aber es hörte sich vorhin ganz anders an.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Aus meiner Sicht sind das zwei verschiedene Vorgänge.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge H. K.: Und worüber ich bisher geredet habe, ist der Vorgang Dr. T. Und der andere Vorgang ist davon komplett zu separieren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): T. hat damit nichts zu tun.

Zeuge H. K.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Überhaupt nicht.

Zeuge H. K.: Aus meiner Sicht nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und D. B. auch nicht.

Zeuge H. K.: Das kann ich nicht sagen. Ich bin nicht D. B.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, jetzt müssten wir wieder wechseln zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Wir machen mit den Selektoren weiter. Kennen Sie diese Ablehnungslisten? NSA-Selektoren? Ich will gar nicht dahin, wo Herr Ströbele hinwill.

(Vereinzelt Heiterkeit -
Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Wir halten uns an
die Regeln!)

Zeuge H. K.: Ich habe von ihr gehört.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein - kennen Sie sie?

Zeuge H. K.: Ich - -

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie die mal gesehen?

Zeuge H. K.: Ich habe sie nie angeschaut, und ich habe sie also wirklich nie bewusst gesehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Was ist das denn?

Zeuge H. K.: Ich kenne die nur vom Hörensagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Sie hatten sie nie als Datei, als Ausdruck oder irgendwie in der Hand, auf dem Rechner, auf dem Schreibtisch, in der Schublade, in einer Besprechung als Vorlage?

Zeuge H. K.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Kennen die gar nicht.

Zeuge H. K.: Ich habe von ihr gehört.

Martina Renner (DIE LINKE): Nur gehört.

Zeuge H. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das gilt für alle Zeiten, für alle Verwendungen: Sie kennen die Ablehnungsliste nicht.

Zeuge H. K.: Was heißt „für alle Zeiten, für alle Verwendungen“? Diese Ablehnungsliste, die ist ja noch nicht so alt und so lang. - Ja, aus der Sicht: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Bis heute: Sie kennen sie nicht.

Zeuge H. K.: Ich habe sie nicht angeschaut.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, Sie haben sie doch gehabt und nur nicht angeschaut.

Zeuge H. K.: Nein, ich habe - - Wenn ich sie nicht an- -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich möchte jetzt - - Ja?

Zeuge H. K.: Wenn ich sage: „Ich habe sie nicht angeschaut“, heißt das nicht, dass ich sie besessen habe oder gehabt habe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge H. K.: Weil das eine impliziert das andere nicht unbedingt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Also, Sie hatten die Ablehnungsliste nie als Papier oder Datei, als Vorlage. - Okay.

Zeuge H. K.: Ich habe vielleicht mal Teile dieser Liste gehabt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah! - Oh, das hat aber lange gedauert.

Zeuge H. K.: Ja, Sie reden von der ganzen Liste.

(Lachen des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das ist so tricky, wie unsere Anfragen beantwortet werden - immer so halb neben der Wahrheit und irgendwie dennoch so, dass der Abgeordnete hinter die Fichte geführt wird. - So, okay. Sie hatten einen Teil der Liste. Welchen Teil denn?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von A bis F! -
Heiterkeit - Der Zeuge
wendet sich an RD Philipp
Wolff (BK))

Zeuge H. K.: Sorry.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, welchen Teil der Liste?

Zeuge H. K.: Ich habe einen Teil bekommen, wo ich das letzte Mal - -

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu Herr Wolff.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann er erst mal
aussagen dazu?)

- Nein, nein, wahrscheinlich eben nicht.

Zeuge H. K.: Bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Hallo?

(Zuruf: Es geht um die
NSA-Liste!)

Es geht ja um die NSA-Liste - nicht?

RD Philipp Wolff (BK): Nur um klarzustellen, was der Zeuge mich gefragt hat - das ist eine durchaus berechtigte Frage -: Er hat mich gefragt: Das ist doch nicht der Zeitraum? - Es geht natürlich um die NSA-Liste. Die NSA-Selektoren sind grundsätzlich auch untersuchungsgegenständlich. Aber wenn es jetzt natürlich um die Aufarbeitung im - - ab März 2015 geht, dann ist das durchaus nachvollziehbar, dass der Zeuge mich fragt: Ist das untersuchungsgegenständlich? - Und das ist tatsächlich nicht untersuchungsgegenständlich. Dazu haben wir vorgetragen; das wissen Sie auch. Aber der Sachverhalt an sich ist nicht untersuchungsgegenständlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Soweit der Zeuge jetzt ohne Anerkennung einer Rechtspflicht doch etwas sagen kann, würde ich nicht monieren, ansonsten, wenn die Gegenstände und hier die Liste Rückschlüsse in den Untersuchungszeitraum ermöglichen, dann wären sie nach meiner Meinung untersuchungsausschussgegenständlich.

RD Philipp Wolff (BK): Deswegen habe ich auch den Zeugen zu dem Zeitpunkt nicht unterbrochen. Aber ich habe gemerkt, dass das irgendwie Fragen aufwirft und unklar ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will doch jetzt nur wissen, welchen Teil der Liste er kennt.

Zeuge H. K.: Ich kann nicht sagen, welcher Teil der Liste das ist. Der Herr Dr. von Notz hat mir letztes Mal bei der geheimen Sitzung eine Frage



Nur zur dienstlichen Verwendung

gestellt. Und in diesem Zusammenhang habe ich ein paar Teile gesehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge H. K.: Und deshalb kann ich jetzt sagen: Ja, ein paar Segmente habe ich mittlerweile so gesehen, aber nicht das komplette Teil.

(Zuruf: Aber jetzt erst,
nicht damals?)

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt erst, nach Ihrer letzten Aussage? - Mhm. Weil - und dann komme ich zurück auf das Thema, das wir vorhin hatten - ich Sie ja gefragt habe, ob auf dieser Ablehnungsliste auch Selektoren sind, die dort hinaufgeraten sind, weil man sie einfach schlichtweg nicht lesen kann, oder ob dort nur Selektoren drauf sind, bei denen man festgestellt hat, dass sie nicht in das Auftragsprofil des BND passen.

Zeuge H. K.: Und jetzt muss ich Ihnen wieder sagen: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil Sie haben da draufgeguckt, aber haben sich das nicht gemerkt?

Zeuge H. K.: Ja, ich habe ein paar gesehen, aber die waren für mich nicht unlesbar.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren das alles - - Genau, die waren alles E-Mails und Telefonnummern und Faxnummern?

Zeuge H. K.: E-Mail-Adressen.

Martina Renner (DIE LINKE): E-Mail-Adressen, ja, ja. Meine ich ja. Nicht IMEI, sondern E-Mail. - Gut, die waren alle lesbar? Das, was Sie gesehen haben, war alles lesbar?

Zeuge H. K.: Diejenigen, die ich angeschaut habe, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge H. K.: Beziehungsweise dieses Fragment, das ich gesehen habe als Muster, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Wo sind dann die hingeraten, die man aussortiert hat, weil man sie nicht lesen kann?

Zeuge H. K.: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir auch nicht. Das ist höchst -

Zeuge H. K.: Schlecht.

Martina Renner (DIE LINKE): - spannend. Man stellt also 2013 fest, dass dort Selektoren sind, die man nicht versteht, lässt sie entweder weiterlaufen - eine Vermutung -, sagt: „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“, oder man nimmt sie heraus; sie kommen aber anscheinend nicht in die Ablehnungsliste, sondern werden gelöscht? Was passiert mit den nicht lesbaren Selektoren?

Zeuge H. K.: Ich weiß nicht, was 3D30 damit gemacht hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Das müssen ja viele sein,

(Zuruf: Millionen!)

- Millionen.

Zeuge H. K.: Wenn ich den Umfang nicht kenne, kann ich nicht sagen Ja oder Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Dr. T. hat etwas dazu ausgesagt, wie hoch der Anteil etwa war, die er nicht Ländern zuordnen konnte. Das war schon eine ganz schöne Baustelle irgendwie, Hausnummer, die da nicht klar war. Und wenn man jetzt davon ausgeht, dass die auch in irgendeiner Form bearbeitet wurden, ist es auf jeden Fall eine Anzahl, die höher ist als diejenige, die wir aus der Ablehnungsliste kennen. - Hm?

Zeuge H. K.: Mag sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge H. K.: Mir aber nicht bekannt so.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Und hat man darüber auch die NSA informiert, dass sie Selektoren liefern, die man nicht versteht?

Zeuge H. K.: Das wiederum kann ich Ihnen genauso wenig sagen wie den Gesprächsinhalt des D. B. mit der NSA.

Martina Renner (DIE LINKE): Würden Sie sagen, die Problematik der nicht lesbaren Selektoren ist behoben, wenn die NSA hintendran eine Deutung schreibt und schreibt dann hin: „Geldwäsche“? Muss ich sie lesen können, oder reicht mir die Deutung?

Zeuge H. K.: Kann ich nicht sagen, weiß ich nicht, wie unsere Erfasser das sehen, dieses Problem, und wie sie bestimmte Sachen interpretieren, oder ob sie sie überhaupt irgendwie analysieren können. Ich kann es nicht sagen; ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, es können Selektoren gesteuert sein jetzt nach der Wiederanschaltung - ich nehme das jetzt nur; keine Frage, nur eine Feststellung -, die man nicht lesen kann, die zwar jetzt mit einer Deutung versehen sind, aber die man weiterhin nicht versteht.

Zeuge H. K.: Das ist Ihre Feststellung, wie Sie gerade sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, ich versuche das ja nur

(Zuruf: Kann sein!)

- genau - für mich so festzustellen. - Hat sich diese Problematik der nicht lesbaren Selektoren nach Sommer 2013 noch mal gestellt? Können Sie sich da noch mal an weitere Gespräche dazu erinnern? Oder ist das immer nur der Vorgang, über den wir hier reden - Dr. T., D. B., Sie?

Zeuge H. K.: Immer nur der Vorgang, über den wir ja schon geredet haben. Und ich kann mich nicht dran erinnern, dass sich da dieses Problem nochmals so gestellt hat. - Aber ich kann nicht

sagen, ob das nicht Diskussionsgegenstand irgendwo in Bad Aibling war. Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. Also, es könnte sein, dass auch nach Sommer 2013 diese Frage in Bad Aibling weiter diskutiert wurde, dass man dort was nicht versteht?

Zeuge H. K.: Alles ist möglich.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat denn - - Hat das denn noch mal in irgendeiner Form eine Rolle gespielt, dass das noch mal in einer Besprechung aufgerufen wurde, in einer E-Mail gestanden ist, dass man gesagt hat: „Wir machen Fortschritte; wir können - - Der Bereich der nicht lesbaren Selektoren hat sich verkleinert; wir sind mittlerweile bei 20 Prozent“? Ist irgendwas danach noch mal zu diesem Thema „nicht lesbare Selektoren“ aus Ihrer Erinnerung heraus passiert?

Zeuge H. K.: Nein, nicht soweit mir erinnerlich ist.

Martina Renner (DIE LINKE): DAFIS-Filter, Stufe 1 - waren da auch US-amerikanische und britische Telefonnummern darunter?

Zeuge H. K.: Nein, das sind nur deutsche.

Martina Renner (DIE LINKE): Das sind nur deutsche. - Nun hat man ja in dem Memorandum auch vereinbart, dass man sozusagen gegenseitige Schutzpflichten übt. Wie hat man denn sichergestellt, dass keine US-amerikanischen Telefonnummern gesteuert werden?

Zeuge H. K.: Die Amerikaner schauen schon peinlich genau darauf, dass keine Selektoren, keine eigenen Selektoren aus ihrem Land oder von Five Eyes drin sind. Und die schauen auch - - Wir schauen auch darauf, dass die keine einstellen; genauso schauen die drauf, dass wir keine einstellen. Das ist eine gegenseitige Kontrolle.

Martina Renner (DIE LINKE): Das hat ja bei den BND-Selektoren nicht hundertprozentig geklappt - nicht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Ja, gut.

Martina Renner (DIE LINKE): Nicht ganz. Da kann man ja vieles lesen über Ziele in den USA von Institutionen, die dort beherbergt sind, also so - - Na ja, also, es war mehr die Regel als die Ausnahme, würde ich sagen.

Ich glaube das so nicht. Ich sage Ihnen noch ein anderes Argument: Der BND geht für die CIA an einen US-amerikanischen Anbieter in Deutschland in einer Operation, bei dem höchstwahrscheinlich auch US-amerikanische Verkehre draufliegen. Kann es nicht doch sein, dass die USA auch Interesse an Zielen im eigenen Land oder zu eigenen Bürgern hatten?

Zeuge H. K.: Das mag sein, aber das ist nicht meine Problemstellung, und das ist das Problem der Amerikaner, wie sie das machen.

(Zuruf: Sie haben doch zugeliefert!)

Aber dazu kann ich Ihnen absolut gar nichts sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber hätte man dann nicht beim DAFIS-Filter eben auch Vorkehrungen treffen müssen, dass US-amerikanische bzw. britische Telefonnummern und Ziele nicht gesteuert werden?

Zeuge H. K.: Warum soll man das in DAFIS einsteuern?

Martina Renner (DIE LINKE): Weil das am - - Weil das die einfachste - - Ich sage mal, das ist die billigste Art - DAFIS 1 - ja? Einfach über die Vorwahl - ja? Das ist die billigste Art, so was auszuschließen. Ist ganz unkompliziert.

Zeuge H. K.: Ja, das mag vielleicht sein, aber das wird halt nicht so gemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Sind mal Meldungen aufgetaucht, die die USA betrafen?

Zeuge H. K.: In welchem Zeitraum?

Martina Renner (DIE LINKE): Oh, das ist immer mit diesen Gegenfragen - - Das nervt.

Zeuge H. K.: Nein, sorry, also - - Ja, nein - -

Martina Renner (DIE LINKE): Im Untersuchungszeitraum.

Zeuge H. K.: Ja, okay, okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich muss mir das doch nicht - - Ich kann doch nicht wissen, was Sie mir antworten werden, und den Zeitraum schon sozusagen vorausschauend, antizipierend, eingrenzen.

Zeuge H. K.: Entschuldigung; es tut mir leid, wenn ich Sie jetzt da hier - - Im Rahmen von proliferationsrelevanten Vorgängen ist es sicherlich passiert, dass wir - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt meldet sich Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Zu Einzelheiten von Meldungsinhalten bitte ich dann lediglich in eingestufte Sitzung Stellung zu nehmen, und das natürlich auch nur, soweit es um die gemeinsame Erfassung mit der NSA geht.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es ging doch jetzt nicht um Inhalte von der Meldung! Der soll mal den Satz zu Ende sagen!)

Martina Renner (DIE LINKE): Also, es gab Meldungen, die haben sich -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danach müssten wir auch wieder zur nächsten Fraktion kommen.

Martina Renner (DIE LINKE): - auch auf die USA bezogen. Diese sind auf Grundlage von NSA-Selektoren zustande gekommen? - Das ist meine Frage.

Zeuge H. K.: Das kann ich Ihnen nicht sagen; das weiß ich nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Kann man das - - Das kann auch auf Grundlage von BND-Selektoren sein? - Okay. Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Jetzt kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr K., noch mal zu Herrn Dr. T. und dieser Prüfung, weil es da ja viele Widersprüche gibt, unter anderem die Anzahl. Und vielleicht können Sie doch ein bisschen Licht in den Nebel bringen. Herr Dr. T. hat 8 Millionen Selektoren aus Bad Aibling bekommen. Gesteuert wurden in Bad Aibling aber wohl 13 Millionen - macht eine Differenz von 5 Millionen Selektoren. So. Jetzt ist die interessante Frage: Wie kann das sein, wenn man diese Bestände überprüfen will, und warum gibt man dem Dr. T. nur 8 Millionen? Haben Sie eine Idee?

Zeuge H. K.: Nein, habe ich keine Idee dazu. Aber - - Aus unserer Sicht hat er den entsprechenden Datenbestand bekommen. Wenn sich das im Nachhinein rausgestellt hat, dass es nicht alles ist, habe ich keine plausible Erklärung dafür.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht können wir uns das beide plausibel erarbeiten. Wie wäre es, wenn Bad Aibling sagt: „Na ja, wir geben dem Dr. T. sowieso nur Selektoren, die er überprüfen kann, und die, die wir nicht lesen können, die kann der arme Kerl ja auch nicht lesen, und dann geben wir ihm die gar nicht“? Könnte das diese Diskrepanz erzeugen?

Zeuge H. K.: Kann ich Ihnen dazu nichts sagen, weil ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Können“ im Sinne von faktisch können, oder „können“ im Sinne von dürfen, oder weil Sie es nicht wissen, oder vergessen haben, oder - -

Zeuge H. K.: Nein, „können“ in Form von einfach nicht wissen, weil - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren in den von Herrn Dr. T. geprüften Selektoren die nicht lesbaren Selektoren der NSA?

Zeuge H. K.: Freilich waren da Selektoren drin, so wie ich das sehe, die nicht interpretierbar waren.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nicht interpretierbar oder nicht lesbar?)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht interpretierbar oder nicht lesbar?

Zeuge H. K.: Ja, der Dr. T. hat ja einige herausgefunden; demzufolge waren da schon welche drin, die zuvor nicht interpretierbar waren. Aber ich weiß nicht, wie 3D30, also Bad Aibling, wie Bad Aibling - - oder was Bad Aibling ihm übermittelt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht hundertprozentig, aber Sie werden ja eine Idee haben. Warum musste denn D. B. mit den Amerikanern sprechen, oder W. K.?

Zeuge H. K.: Der - - Ja, gut, D. B. - das haben wir aber schon gehabt -, weil der Dr. T. herausgefunden hat, dass da Selektoren drin sind, die eigentlich nicht reingehören -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und?

Zeuge H. K.: - und es eigentlich nicht geht, dass die bei uns Selektoren, die wir bis zu diesem Zeitpunkt nicht erkannt haben, mit Deutschland-bezug zum Beispiel - - dass es nicht geht, dass die in der Erfassung stehen, dass die aktiv gest- -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum nimmt nicht einfach Bad Aibling die raus? Warum muss man nicht mit Bad Aibling sprechen?

Zeuge H. K.: Wahrscheinlich haben es die Leute in Bad Aibling auch nicht erkannt, weil - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, klar. Aber warum muss man die Amerikaner ansprechen und denen sagen, dass diese Selektoren nicht mehr gesteuert werden können?

Zeuge H. K.: Weil immer wieder - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer macht denn die Steuerung?

Zeuge H. K.: Na, langsam. Weil immer wieder Selektoren - der wöchentliche Abgleich -, weil immer wieder Selektoren auftauchen, bedingt durch die Steuerung der Amerikaner. Selbst wenn sie die vielleicht ein paar Wochen vorher rausgeschmissen haben, passiert es immer wieder, dass die wieder reinkommen. Und deshalb ist es sehr wohl sinnvoll, mit denen zu kommunizieren, um denen zu sagen: Das gehört raus. - Weil sonst tauchen die wieder auf.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wenn man ein paar Tausend Begriffe hat, dann kann man ja nicht einfach ein Telefonat führen, dann muss man denen ja eine Mail schicken und irgendwie sagen: „Das sind die Dinge, die wir nicht mehr haben wollen“, oder so. Oder eine Liste mit „Zeile 57 bis 40 057 bitte rausnehmen“, oder so.

Zeuge H. K.: Da sollten Sie wieder D. B. fragen, oder - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen das nicht?

Zeuge H. K.: Weil - - Wie er das gemacht hat - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge H. K.: Und ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie es dann zukünftig lief, ob diese Dinge weiter gesteuert wurden oder nicht, wie man - Sie haben eben gerade selbst gesagt, Sie sind Kooperationspartner, keine Freunde; also, eine gewisse Skepsis klingt ja bei Ihnen durch -,

wie der BND sichergestellt hat, wie Bad Aibling sichergestellt hat, dass diese Dinge nicht mehr gesteuert werden. Denn das war ja offensichtlich ein feindlicher Akt.

Zeuge H. K.: Ja, aber das ist das Problem in Bad Aibling.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge H. K.: Es ist nicht meine Aufgabe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommen wir mal zu einer anderen Außenstelle, die Ihnen vielleicht was sagt, nämlich Schöningen.

Zeuge H. K.: Mhm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Schöningen hat es ja auch Datenübermittlung gegeben, und Sie waren ja, wenn ich da richtig informiert bin, Leiter des Referats 27C bis 2010, nicht wahr? Bis 31.01.2010.

Zeuge H. K.: Hm, ja, gut, sagen wir mal, 2009, 2010, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - So. In dem Untersuchungszeitraum wurden da in Schöningen Rohnachrichten erfasst, Finished Intelligence oder Metadaten, die dann an einen anderen Five-Eyes-Dienst übermittelt wurden?

Zeuge H. K.: Aus meiner Sicht nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann halte ich Ihnen mal Folgendes vor; der *Spiegel* hat das veröffentlicht im Zusammenhang mit einem Snowden-Dokument, das bei uns MAT A Sek-4/1q und Sek-4/1q_DE ist. Dort heißt es in der Übersetzung von Seiten der NSA über den Besuch in Schöningen:

Die Mitarbeiter in Schöningen konzentrieren sich auf die Entwicklung und Produktion von Stimm- und Faxverkehr aus



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thuraya, INMARSAT und GSM. Schöningen sammelt über 400.000 Thuraya-Mitschnitte pro Tag, 14.000 INMARSAT-Mitschnitte und 6.000 GSM-Mitschnitte von sowohl dem

- das ist dann unkenntlich gemacht, „so und so“-

Netzwerk. E-Mails werden an diesem Standort ebenfalls abgefangen, durchschnittlich 62.000 am Tag. Auch die NSA profitiert von dieser Sammlung, insbesondere von den Thuraya-Erhebungen,

- das ist dann unkenntlich gemacht -

die der BND täglich ... zur Verfügung stellt.

Jetzt ist die Frage: Wie könnte denn die NSA davon profitieren, nach Ihren Erfahrungen?

Zeuge H. K.: Was hier steht, T1, da müssten Sie W. K. fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren Leiter des Referats 27C, Nachrichtenbearbeitung/Terrorismus. So richtig?

Zeuge H. K.: Aber wenn T1 irgendwelche Informationen austauscht und irgendwohin routet, dann ist es nicht unbedingt gesagt, dass das über die Tische bei T2C oder bei T2D oder 27C - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist nicht unbedingt gesagt. Aber Herr K., es geht nicht nur darum, wofür Sie Verantwortung tragen, sondern es geht um Ihr Wissen, um Ihre Erkenntnisse. Sozusagen „Need to Know“ hin oder her, Sie werden doch ungefähr wissen, was da passiert; so eine Scheuklappenabteilung kann das ja nicht sein. Deswegen werden Sie mir ja wohl beantworten können, inwieweit die NSA von diesen Sammlungen in Schöningen profitiert.

Zeuge H. K.: Ich kann mir das nur dahin gehend zusammenreimen, dass es sich um Afghanistan

handelt, weil die Kooperation in Afghanistan im Rahmen von ISAF ja umfänglich war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich wollte nur darauf hinweisen, dass es, wenn Sie da was wüssten, in eingestufte Sitzung wäre bzw. dass die ISAF-Kooperation, die läuft, nicht untersuchungsgegenständlich wäre.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn diese Daten mit der NSA getauscht werden, ist das nicht untersuchungsgegenständlich?

RD Philipp Wolff (BK): Wenn es um ISAF-Kooperation geht. Ich weiß nicht, ob es um ISAF-Kooperation geht; aber das schließe ich auch hier nicht aus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In den Snowden-Unterlagen steht, dass die NSA von diesen Datensammlungen - das sind immerhin 14,5 Millionen Telefonate und E-Mails pro Monat - profitiert.

RD Philipp Wolff (BK): Deswegen gehe ich auch nicht unbedingt davon aus, dass es sich darum handelt. Er hat jetzt aber angefangen, von der ISAF-Kooperation zu reden, und das wäre nicht untersuchungsgegenständlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Also Afghanistan habe ich jetzt gar nicht ins Spiel gebracht, sondern mich interessiert: Sie sagen, Sie haben, obwohl Sie in dieser Funktion tätig waren, über diese Vorgänge keine Kenntnisse.

Zeuge H. K.: Ich weiß nur, wegen ISAF, dass da die Kooperation läuft. Aber ich kann mir andere Erklärungen - - Anders geht es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können keine anderen Erfassungen sein?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Aus meiner Sicht nicht; meine Sicht, mein Wissen momentan.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir wären jetzt mit der Zeit am Ende. Wenn jetzt noch ein, zwei Fragen wären - - Aber ich habe den Eindruck, es bestehen noch deutlich mehr Fragen. Ist das richtig? - Okay. Dann wären wir mit der Zeit von zwei Stunden durch.

Es wird noch Fragen geben. Ich gehe davon aus, dass von den Fraktionen noch einmal die Bitte kommen wird, dass Sie zu uns kommen; wann, kann ich nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben auch noch zahlreiche Fragen - Sie ja vielleicht auch - in nichtöffentlicher Sitzung. Also insofern werden wir das hier fortsetzen müssen.

Ich möchte noch mal sagen: Dass wir jetzt hier als Opposition alleine unsere Runden drehen liegt daran, dass wir uns nicht verständigen konnten auf eine Vierteilung der Stunden. Man hätte das effektiver miteinander bestreiten können. Aber so haben wir einfach Bedarf, noch weiter zu fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nicht dass da jetzt ein falscher Zungenschlag reinkommt: Es liegt auch daran, dass die Fraktionen der Koalition ihre Fragen zurückgestellt haben und die Opposition haben alleine fragen lassen und Ihnen die ganzen zwei Stunden ermöglicht haben. - Danke schön.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte das so verstanden von Frau Warken und Herrn Flisek, dass in öffentlicher Sitzung keine Fragen mehr bestehen. Wenn ihr jetzt eure Fragezettel, die vor euch liegen, nicht bearbeitet habt, dann ganz herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe einen. Den könnte ich hier auch zeigen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte, bitte, immerzu. Aber was mir an der

Sache stinkt, ist, das hier als Gnadenakt darzustellen. Ich will nur sagen: Dass das so sein muss, liegt daran, dass wir uns hier nicht auf ein vernünftigeres Befragungswesen, sozusagen auf eine vernünftigere Hauptstelle für Befragungswesen verständigen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann müsst ihr das noch mal in den Ältestenrat einbringen. Der hat das ja besprochen und hat eine dementisprechend klare Meinung zu den ganzen Vorgängen gehabt. - Gut, irgendwo muss man ja immer schauen, dass man noch ein bisschen was abgreifen kann; aber diese Bemerkung gerade fand ich ziemlich unnötig.

Wir sind am Ende der jetzigen Zeugenvernehmung. Herr H. K., ich darf Ihnen nochmals herzlich danken, dass Sie zum dritten Mal bei uns waren. Ich wünsche Ihnen für heute einen guten Resttag, einen guten Nachhauseweg. Falls die Notwendigkeit besteht, werden Sie noch mal eine Ladung erhalten. Ganz herzlichen Dank. Sie sind entlassen.

Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt, wo wir alle hier sind, unmittelbar eine Beratungssitzung durchführen. Wir wollten sie sowieso dazwischen machen. Dann können wir vielleicht bis 14 Uhr auch eine entsprechende Mittagspause machen.

Wir gehen in eine Beratungssitzung über. Daher bitte ich die Öffentlichkeit, den Sitzungssaal zu verlassen. Um 14 Uhr geht es mit der Zeugenvernehmung im öffentlichen Teil von Herrn Uhrlau weiter.

(Unterbrechung des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
13.03 Uhr - Folgt
Beratungssitzung)



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
14.05 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So. Die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt.

**Vernehmung des Zeugen
Ernst Uhrlau**

Ich darf ganz herzlich unseren nächsten Zeugen begrüßen, Herrn Ernst Uhrlau. Ich wünsche Ihnen zuerst einmal ein frohes Jahr 2016 mit allen guten Dingen, die dort geschehen sollen.

Ich stelle gleichzeitig fest, dass Sie als Zeuge ordnungsgemäß geladen worden sind. Sie haben die Ladung am 30. Dezember 2015 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie dieser Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss jetzt zum zweiten Mal zur Verfügung stehen und Fragen beantworten. Ganz herzlichen Dank hierfür.

Ich habe Sie erneut darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls dann gelöscht, und das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt - Sie kennen das; das Protokoll aus Ihrer damaligen Sitzung ist Ihnen schon damals zugestellt worden -, und Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Gibt es hierzu Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den
Kopf)

- Nein. Ich denke, das ist nicht der Fall.

Herr Uhrlau, Sie waren bereits Zeuge bei uns - ich hatte es gesagt -, und die Belehrung, die ich damals gemacht habe, da wäre jetzt meine Frage: Ist die noch präsent, oder soll ich Sie noch mal, erneut belehren? Ich habe den Eindruck, die ist präsent und Sie kennen es.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja, ich kenne sie.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, dann würde ich nämlich hier auf die Belehrung, insbesondere auf die Wahrheitspflicht und die Belehrung über diese, verzichten, erinnere aber auch noch - -

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Auf die Wahrheits-
pflicht verzichten wir
nicht!)

- Auf die Belehrung und insbesondere auf die Wahrheitspflicht und die Belehrung über diese verzichten. Ja, vom Satzbau muss es eigentlich klar gewesen sein. - Ich erwähne aber natürlich auch noch mal die Möglichkeiten, insbesondere dann, wenn es sich um Sachverhalte handelt, die nur in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung gesagt werden können, dass Sie uns einen Hinweis diesbezüglich dann geben, sodass wir entsprechende Beschlüsse dann fassen können und dann in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung weiter tagen und Ihnen dann die entsprechenden Fragen stellen.

Ich gehe auch davon aus, dass Ihnen der Ablauf der Vernehmung noch in Erinnerung ist. Und so würden wir es auch heute handhaben. Wenn Sie noch mal ein Eingangsstatement abgeben möchten, können Sie das natürlich. Ansonsten würde ich mit der Befragung beginnen, und dann geht es reihum, eine Fraktion nach der anderen, die dann ihre Frage stellen kann. - Dazu Fragen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann bitte ich Sie noch mal, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ernst Uhrlau, 69 Jahre, Anschrift: [REDACTED]

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Möchten Sie von der Gelegenheit Gebrauch machen, ein Eingangsstatement abzugeben, also im Sinne von § 24 Absatz 4 des Un-



Nur zur dienstlichen Verwendung

tersuchungsausschussgesetzes zum Untersuchungsauftrag in Gänze ohne Unterbrechung vorzutragen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein, das habe ich im letzten Jahr nicht gemacht und jetzt auch nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann würden wir mit der Befragung beginnen. Ich würde auch gerne direkt mit einer Frage beginnen, die die Vorbereitung betrifft. Haben Sie sich auf den heutigen Termin noch einmal separat vorbereitet?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. - Aber die Protokolle von Ihrer letzten Sitzung vom letzten Jahr, haben Sie sich die noch einmal angeschaut oder auch nicht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Doch, da habe ich rein-gesehen, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist gut.

Zeuge Ernst Uhrlau: Wenigstens in das offene.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das ist gut, weil zu den Fragen, die auch beim letzten Mal gestellt worden sind, hätte ich noch einige Anknüpfungspunkte, und insbesondere, wenn es um die Operation „Eikonal“ geht, da hätte ich einige Fragen, ob das jetzt der Name ist, den Sie unter der Operation kennen. Die Operation „Eikonal“ kennen Sie, oder?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil es gibt ja verschiedene Namen für Operationen.

Zeuge Ernst Uhrlau: Mittlerweile.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Nur nicht, dass wir über unterschiedliche Operationen reden. Das wäre hilfreich.

Wir haben bei der letzten Vernehmung im Rahmen der Operation „Eikonal“ über einen sogenannten Freibrief gesprochen. Da ging es also um ein Schriftstück, was die - wenn ich es richtig verstehe - Telekom sich wünschte, um entsprechende Maßnahmen zu machen. Mich würde interessieren: Diesen Freibrief - - Die Thematik sagt Ihnen ja was - richtig?

(Der Zeuge nickt)

Sie haben ihn ja, wenn ich es richtig sehe, unterzeichnet.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nicht den Freibrief, aber Sie haben das Schreiben unterzeichnet.

Jetzt würde mich interessieren: In der damaligen Vernehmung vom 15. Juni [sic!] haben Sie, wenn ich es richtig verstanden habe, gesagt, dass das mit Zustimmung des Chefs des Bundeskanzleramtes verfasst worden ist. Ist das richtig?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, wenn ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dass Sie das gesagt haben und auch in der Sache, ist das richtig?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, in der Frage „Schreiben des Kanzleramtes an Telekom“ war der Chef des Kanzleramtes eingebunden. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob er den Text gesehen hat in der Vorbereitung im letzten Jahr. Das war aus den Unterlagen nicht ersichtlich, dass es dem Chef des Kanzleramtes zugegangen ist. Wenn, ist darüber gesprochen worden, vorher oder hinterher, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich komme drauf aufgrund eines Interviews in der *Zeit*, was Sie gegeben haben im August 2015, also nach unserer Vernehmung. Und da haben Sie gesagt: Steinmeier habe gewusst, dass es ein Schreiben an die Telekom gegeben habe. Das ist das Interview - nur damit es alle nachvollziehen können -



Nur zur dienstlichen Verwendung

vom 12. August 2015, betitelt: „Ex-BND-Chef belastet Steinmeier in NSA-Affäre“.

Mich würde jetzt interessieren: aktiv positiv gewusst, eingebunden - ob jetzt Mitzeichnungsleiste, ja oder nein? Weil in der Sitzung, da war das so ein bisschen: „ja, könnte“, „mag sein“, „hat er wohl“. Und in dem *Zeit*-Interview, da klang das schon, als hätte er das Schreiben dreimal noch redigiert. Wie war es denn jetzt? Wie bei uns ausgesagt oder wie in dem Interview, was Sie der *Zeit* gegeben haben?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, bei dem Gespräch in der *Zeit* ist Folgendes anzumerken: Der Text, der mir übermittelt worden ist zur Freigabe, deckt sich nicht mit dem, was nachher im jetzigen Text der *Zeit* auftauchte bzw. in der Version online.

In dem von mir autorisierten Text heißt es:

Der damalige Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier, sagt Uhrlau der *Zeit*, sei inhaltlich unterrichtet gewesen, dass es ein Schreiben an die Telekom gegeben hat. So habe er es auch dem NSA-Untersuchungsausschuss geschildert. (?)

Dann folgte:

Von einem Freibrief spricht Konstantin von Notz. „Dieser Brief ist ein Megaskandal, weil sich das Kanzleramt damit über das geltende Recht und die Verfassung hinweggesetzt hat“, empört sich der Abgeordnete. (?)

Ich habe ausweislich des von mir gegengezeichneten Textes nichts anderes ausgeführt als das, was ich dem Untersuchungsausschuss als Zeuge im Juni vorgetragen habe. Die *Zeit* hat sich für den Ablauf bei mir entschuldigt. Aber was gedruckt ist, ist gedruckt, und das lässt sich dann nicht ändern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, aber deswegen können wir es ja hier klären.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und deswegen frage ich danach. Ist ja schön, dass Sie das so dargelegt haben.

Ich will jetzt gar nicht auf Zeitungsartikel mehr rekurrieren. Können Sie sich so ein bisschen an die Abläufe erinnern, wie denn die Unterrichtung des Kanzleramtsministers, diesem Chef BK, damals verlaufen ist? Waren das mündliche Unterrichtungen? War das so ein Prozess? Gab es da - - Wurde da ein Rechtsgutachten eingeholt, was mit dem Chef BK durchgesprochen worden ist? Also: Wie ist diese inhaltliche Unterrichtung verlaufen? Wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Über die Notwendigkeit, in Frankfurt dort an das Kabel zu gehen, ist mit dem Chef des Kanzleramtes und mit dem BND-Präsidenten im Vorfeld sicherlich gesprochen worden. Wir haben bei den regelmäßigen Treffen sehr unterschiedliche Sachverhalte behandelt. Zu welchem Zeitpunkt mit dem Chef des Kanzleramtes dann darüber gesprochen worden ist, das kann ich nicht rekonstruieren. Da habe ich keine Unterlagen gesehen.

Vielfach erfolgten Unterrichtungen auch zu späteren Zeitpunkten, weil entweder der Chef des Kanzleramtes nicht da war oder ich war abwesend durch Reisen oder Sonstiges. Also, deswegen kann ich es nicht konkretisieren und deswegen ja die Aussage: Er ist eingebunden gewesen. Denn der BND-Präsident hatte mitgeteilt, dass Telekom ein Schreiben des BND nicht akzeptiert, sondern ein Schreiben des Kanzleramtes erbittet. Und das ist dann erfolgt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich frage halt nur nach, weil ich ja oft auch so nach Papierlage arbeiten muss, und dann sehe ich mir das Protokoll vom 12. Juni 2015 an. Da geht es um die Zustimmung des Chef BK. Dann schaue ich mir die *Zeit Online* an. Da steht: Steinmeier habe gewusst, dass es ein Schreiben an die Telekom gibt. - Das wirkt halt sehr klar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jetzt frage ich mich: Wenn Sie das so sagen, müssen ja irgendwie Erinnerungsfragmente zumindest da sein, wie denn der Chef BK entweder zugestimmt hat, es gutgeheißen hat, es gewusst hat. Ich meine, Chefs BK wissen in der Regel alles; aber irgendwie muss sich das ja konkretisiert haben bei Ihnen, dass Sie diese Aussage so getroffen haben. Das ist ja schon - - Ich meine, die *Zeit* titelt ja nicht umsonst: „Ex-BND-Chef belastet Steinmeier in NSA-Affäre“. Sonst hätten die ja gesagt: trägt einen interessanten Baustein zu einer langweiligen Geschichte bei. - Also, wie kommen Sie dazu?

Zeuge Ernst Uhrlau: Wie Meldung zugespitzt wird, das ist sicherlich ein ganz anderes Thema. Gerade weil die Erinnerung an sehr präzise Abläufe nicht immer gegeben ist, bleibt mir dann auch nichts anderes übrig, als eine solche Formulierung zu wählen, die deutlich macht: Das ist kein Alleingang gewesen. Die Notwendigkeit, den BND zusammen mit den USA zu ertüchtigen, in einer Zeit, wo Informationszuwächse dringend geboten waren, das ist Gegenstand von etlichen Erörterungen mit dem Chef des Kanzleramtes gewesen: mehr Informationen, gerade in Zusammenarbeit mit den USA, gemeinsame Interessenlagen im Zusammenhang internationaler Terrorismus, dann nachher gemeinsames Mandat in Afghanistan.

Also, von daher ist der Ausgangspunkt „Strategische Partnerschaft mit den USA in der Informationsbeschaffung“ eigentlich eine Selbstverständlichkeit auch in den Besprechungen gewesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So weit, so gut. Aber wenn ich mir jetzt überlege, ich werde gefragt und würde sagen: „Die Bundeskanzlerin hat dem zugestimmt“, oder sie habe von einem Schreiben gewusst - - Das würde ich mir dreimal überlegen, bevor ich die Bundeskanzlerin so belastete.

Sie haben jetzt zweimalig - einmal in unserer Sitzung und einmal in der Presse - den ehemaligen Chef BK deutlich belastet. Ich sehe jetzt immer noch nicht den Nachweis dafür. Oder vielleicht überlegen Sie noch mal, ob das wirklich alles so stimmte, was Sie bis jetzt gesagt haben.

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, ich kann ja nur aus der Erinnerung dieses zusammentragen, und wenn die Erinnerung ergibt, dass über die Notwendigkeit, ein Schreiben an Telekom zu richten, im Vorfeld oder im Nachgang auch mit dem Chef des Kanzleramtes gesprochen worden ist - - Ich kann Ihnen nicht sagen, ob Dr. Hanning auch bilateral mit dem Chef des Kanzleramtes darüber gesprochen hat. Das vermag ich nicht zu sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie wissen: Er war eingebunden, er hat das für gut geheißen. Aber warum, wieso und wie die Rahmenumstände diesbezüglich waren, erinnern Sie sich nicht mehr?

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Warum wurde der Brief denn von Ihnen unterschrieben und nicht von Herrn Steinmeier selber?

Zeuge Ernst Uhrlau: Als zuständiger Abteilungsleiter - - ist dann zunächst erst mal Angelegenheit, dieses für das Kanzleramt in der Eigenschaft als Abteilungsleiter und Unterstützer des Chefs des Kanzleramtes, in den zwei Funktionen, dieses zu machen. Wenn Telekom damit nicht einverstanden gewesen wäre, dann hätten die sich ja möglicherweise gemeldet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich habe nichts davon gehört.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also man war der Ansicht: Abteilungsleiter ist das Format, was ausreicht und die Telekom schon überzeugt, zumal Sie ja auch die juristische Expertise mitbrachten für diese Fragestellungen, in Ihrer Funktion, sowieso persönlich, aber in der Funktion.

Zeuge Ernst Uhrlau: Also für Telekom reichte das dann aus, ja, als Bestätigung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das Schreiben selber enthält aber gar keine juristischen Argumentationen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ernst Uhrlau: Richtig. Darüber haben wir vor einem halben Jahr in verschiedenen Nachfragen uns auch ausgetauscht, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das klug, dass es eigentlich keine juristischen Argumentationen enthält?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das konnte er ja nicht wissen!)

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, wenn Sie Telekom mitteilen, dass das Kanzleramt die Maßnahme für rechtlich zulässig hält, dann halte ich das für ausreichend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Man war der Ansicht, wenn das die Telekom immer noch nicht hinreichend glücklich macht, dann könne man ja auch noch nachlegen, aber hat es erst mal mit dieser Maßgabe versucht, weil - das sage ich auch dazu - Sie auch der Überzeugung waren, dass es richtig ist.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Haben Sie irgendwie mitgekriegt - außer dass die Telekom jetzt nicht gesagt hat: das reicht uns nicht -, wie die mit dem Schreiben zufrieden waren? Haben die gesagt: „Genau das ist es, wie wir es uns gewünscht haben“? Haben die gesagt: „Okay, steht ‚Kanzleramt‘ drauf, das wirkt“? - Haben Sie irgendein Feedback bekommen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein, ich habe kein Feedback bekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie hatten damals gesagt: Das ist der - - Den Begriff „Freibrief“, ich finde den unglücklich, aber, ich sage es mal: Das ist das einzige Schreiben dieser Art, was Sie verfasst haben - richtig?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In so einer Konstellation, die ja doch sensibel ist, vielleicht nicht „daily business“, aber doch einmalig, hätte

mich schon interessiert: Was machen die damit? Gar nicht nachgefragt, oder gab es keinen - - irgendeinen „return“?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gab es eine Rückkopplung vonseiten des BND im Sinne von „hat gewirkt“, irgendwie Wiedervorlage, oder wurde das einfach abgeheftet vom Vorzimmer?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, damit war zumindest der Prozess mit Telekom und Vorbereitung für Zugang zum Knoten abgeschlossen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie viel Ausfertigungen dieses Schreibens gab es denn eigentlich?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil es gibt ja immer nicht nur eine Ausfertigung, sondern eine, die man selber behält. Wir haben, glaube ich, nur eine - nicht? Oder haben wir mehrere?

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das liegt, glaube ich, mit daran, dass diese Akten auch teilweise zurückgeschickt wurden oder so!)

Na, mich würde mal interessieren, wie man einfach im Amt hiermit weiter verfahren hat mit so einem Vorgang. Also, selbst in so einem kleinen Abgeordnetenbüro gibt es Wiedervorlagen etc. Gab es da eine Mitzeichnungsleiste für das Schreiben, oder haben Sie das selber verfasst ohne Mitzeichnungsleiste? Ist das irgendwie - - Wissen Sie das noch? Weil es gibt ja oft - - bevor ein Schreiben scharfgestellt wird, geht es erst mal in eine Mitzeichnung, weil ab Abteilungsleiter gibt es nicht mehr viel, was drüber mitzeichnen kann, weil man kann ja auch einbinden. Wissen Sie das noch?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das weiß ich nicht mehr. Also, da müsste ich die Akten sehen, ob dort eine Mitzeichnungsleiste ist innerhalb der Abteilung. Vermag ich Ihnen nicht zu sagen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Haben Sie um - - in der näheren Zeit, im näheren zeitlichen Umfeld mit diesem besonderen Schreiben mal mit Vertretern der Telekom gesprochen? Muss nicht Herr Ricke gewesen sein, kann auch jemand anders gewesen sein.

Zeuge Ernst Uhlrau: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie sich da auch nicht mal rückversichert, ob Sie da in eine brenzliche Situation schlittern?

Zeuge Ernst Uhlrau: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie eben gesagt haben: Wir wollten das - ich drücke es jetzt mal mit eigenen Worten verkürzt aus - in einer überschaubaren, aber ordentlichen Weise handhaben - - Das musste nicht der Chef BK unterschreiben. Abteilungsleiter ist der richtige Level. Aber im Hinterkopf vielleicht: Wenn dann ein Rückläufer kommt, hat man ja noch eine Eskalationsmöglichkeit, indem dann Chef BK nachlegt. - Dann hätte ich es doch auf jeden Fall auf die Wiedervorlage gepackt, oder hätten Sie gesagt: „Wenn es nicht klappt, dann meldet sich der BND schon, und dann können wir immer noch tätig werden; wir haben genug zu tun“? Stelle ich mir das so vor wie in der zweiten Variante, die ich gerade beschrieben habe, oder wie muss ich es mir vorstellen?

Zeuge Ernst Uhlrau: Also, nach dem Schreiben an die Telekom sind ja dann die weiterführenden Gespräche und Umsetzungen zwischen Telekom und BND erfolgt. Also, von daher wäre bei irgendwelchen Schwierigkeiten der BND sicherlich aufgeschlagen und hätte dieses auch bei mir thematisiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer war denn noch in diese Überlegungen eingebunden, auch insbesondere mündlich, wenn man darüber sprach?

Sie hatten gerade gesagt: Dann hätte man das konkretisiert. Wer war „man“? Jetzt nur Chef BK

und Sie, oder waren da Referatsleiter mit eingebunden, oder wer war in diesem Komplex, wer war da mit dabei?

Zeuge Ernst Uhlrau: Also, innerhalb der Abteilung dürfte das bei 601 und auch bei Herrn Wenckebach anhängig gewesen sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich denke, dazu werden sicherlich auch noch gleich Fragen kommen.

Ich gehe einmal in dem Zeitablauf weiter. Hat Sie das Projekt „Eikonol“ intensiver beschäftigt? Oder war das jetzt mit dem Schreiben einmal eine Sache, wo man gesagt hat: „Gut, da müssen wir was machen; das lösen wir“, oder war das eine Sache, die Sie etwas näher über diesen einmaligen Vorgang auf dem Schirm hatten?

Zeuge Ernst Uhlrau: Also, im weiteren Ablauf, zeitlichen Ablauf, ging es um die Frage: Wie kommen wir zu Informationen, paketvermittelten Informationen? Müssen wir da einen G-10-Antrag stellen? Denn in der Zeit im Kanzleramt ist die Ergiebigkeit nach den ganzen Vorbereitungen, glaube ich, erst über Probeverfahren „Paketvermittlung“ eingetreten und später erst im richtigen Wirkbetrieb.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also mit anderen Worten: Das war nicht so effektiv, wie man sich erhofft hatte. Wie lese ich das aus der - - daraus?

Zeuge Ernst Uhlrau: Es ist kompliziert gewesen, und Erfahrungen mit paketvermittelten Verkehr gab es nicht, und Zugang zu einem solchen Kabel in Deutschland hat es vorher auch nicht gegeben. Also deswegen war das eine Ertüchtigung für den BND mit Unterstützung auch der NSA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das heißt jetzt: Nicht nur, dass es nicht so effektiv war, sondern möglicherweise auch die Anforderungen, die man von deutscher Seite stellte, waren so hoch, dass hinten nichts mehr bei rauskam, dass es sich nicht lohnte. Habe ich das richtig verstanden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, für den BND war es ja erforderlich, bei einem Zugang zum Kabel sicherzustellen, dass Grundrechtsträger nur dann erfasst werden können, wenn dafür auch eine entsprechende Anordnung vorliegt; ansonsten Filterverfahren, die sicherstellen sollten, dass nicht gewünschte und nicht zulässige Informationen für den BND nicht auftauchten.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das hat ja nun nicht so gut geklappt!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War denn dieses Schreiben - dieser sogenannte Freibrief - ein Punkt, der als Unsicherheitsfaktor weiter bei den Überlegungen auch in den Jahren 2007/2008 dann mit einer Rolle gespielt hat?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da war man sich sicher?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und dieses Projekt, was ja doch einen gewissen Vorlauf und Aufwand hatte, das einzustellen, war mit Sicherheit nicht ganz erfreulich; man will sich ja keine Arbeit umsonst machen. Ist Ihnen bekannt, dass das Projekt in einer anderen Form, auf eine andere Weise oder in einer kompensierten Form weiterbetrieben worden ist?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nach Einstellung 2008?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm.

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Ich bin mit meinen Fragen am Ende, noch nicht mit allen, aber in der Anfangsrunde. Ich würde für die erste Fragerunde die Fraktion Die Linke darum bitten - Frau Kollegin Renner hat das Wort -, ihre Fragen zu stellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Uhrlau, kleiner Themenwechsel.

Ich würde gern fragen zur Hauptstelle für Befragungswesen. Erst mal ganz allgemein: Mit wie vielen Partnern und welchen von ausländischen Nachrichtendiensten wurde dort kooperiert?

Zeuge Ernst Uhrlau: Zusammenarbeitet - aus der Geschichte des Befragungswesens - war es, glaube ich, früher mit den alliierten Partnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Und zu Ihrer Zeit?

Zeuge Ernst Uhrlau: Die Amerikaner auf jeden Fall.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wer bei den Amerikanern?

Zeuge Ernst Uhrlau: Vermag ich Ihnen nicht zu sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann es der DIA gewesen sein?

Zeuge Ernst Uhrlau: Aus der Entwicklungsgeschichte heraus könnte das sein, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wer war es auf britischer Seite?

Zeuge Ernst Uhrlau: Vermag ich Ihnen nicht zu sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren die Briten auch dabei?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu hat Herr Wolff eine Anmerkung. Aber, ich glaube, die hat sich erledigt - oder?

Martina Renner (DIE LINKE): Gehört zum Five Eyes - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein, die Chance will ich Herrn Wolff schon eben geben, ob sie sich erledigt hat.

RD Philipp Wolff (BK): Sie hatten grundsätzlich ja schon die Diskussion, dass aus unserer Sicht sich das auf die USA erstreckt. Ohne Anerkennt-



Nur zur dienstlichen Verwendung

nis einer Rechtspflicht kann eine Aussage erfolgen. Dann bitte ich, das aber dann in eingestufteter Sitzung zu tun.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Also die Briten waren auch dabei. - Wie sah das denn aus: Haben die auch einen finanziellen Anteil geleistet?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das vermag ich Ihnen aus Erinnerung nicht zu sagen; denn das Personal ist Personal des Bundesnachrichtendienstes gewesen, an den verschiedenen Standorten.

(Zuruf: Aber nicht bei den Befragungen!)

Martina Renner (DIE LINKE): Zu den Kosten würde ich Ihnen gern nachher noch einen Vorschlag machen. Aber weil Sie jetzt schon auf das Personal zu sprechen kommen: War Ihnen bekannt, dass an den Befragungen durch die Hauptstelle für Befragungswesen auch Befragter aus anderen Ländern teilnehmen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wussten Sie nicht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Aus welchen anderen Ländern?

Martina Renner (DIE LINKE): Na wenigstens aus den USA.

Zeuge Ernst Uhrlau: Dass es auch gemeinsame Befragungen gegeben hat; da, glaube ich, habe ich auch etwas gehört, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann war denn diese Verwunderung?

Zeuge Ernst Uhrlau: Wie bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Wann war das mit der Verwunderung?

Zeuge Ernst Uhrlau: Verwunderung?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Sie sagten jetzt, es hat sie verwundert.

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach, dann habe ich Sie falsch verstanden. - Könnten Sie noch mal wiederholen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Über die Teilnahme auch von USA-Vertretern an gemeinsamen Befragungen habe ich im Laufe der Zeit irgendwann etwas davon gehört und sicherlich im Zusammenhang mit der Überprüfung und geplanten Reduzierung des Befragungswesens.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie das noch zeitlich einordnen, wann Sie davon gehört haben, von den gemeinsamen Befragungen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich glaube, 2009/2010 sind Projekte für die Reduzierung des Befragungswesens und Neugestaltung diskutiert worden und erste Papiere erstellt worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Und in dem Zusammenhang haben Sie davon gehört?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie damals auch davon gehört, dass es Befragungen ohne Anwesenheit des BND gab, nur allein mit Amerikanern? Nie gehört?

Zeuge Ernst Uhrlau: Habe ich nichts von gehört, wenigstens kann ich mich nicht daran erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie würden Sie eine Befragung, bei der lediglich die Befragung durch die Amerikaner durchgeführt wurde, rechtlich bewerten? Ist sie zulässig?

Zeuge Ernst Uhrlau: In Liegenschaften des BNDs, mit Wissen des BNDs, mit Einverständnis des Befragten würde ich sagen: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn der Befragte unter Legende zu diesem Gespräch gebeten wurde und er glaubte, ihm sitzt eine Behörde mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sicherheitsaufgaben der Bundesrepublik Deutschland gegenüber und kein Vertreter eines militärischen US-amerikanischen Geheimdienstes?

Zeuge Ernst Uhlrau: Ist spekulativ für mich, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Nur nicht so spekulativ, dass es - -

Zeuge Ernst Uhlrau: Wie bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist nicht so spekulativ. Das ist die Konstellation, die wir aus den Zeugenvernehmungen -

Zeuge Ernst Uhlrau: Gut.

Martina Renner (DIE LINKE): - hier herausgearbeitet haben. So etwas wussten Sie nicht?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

Wussten Sie, dass man den Befragten unter Legende entgegentritt?

Zeuge Ernst Uhlrau: Vonseiten des BNDs?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Man ist ja nicht als BND, sondern als Hauptstelle für Befragungswesen - -

Zeuge Ernst Uhlrau: Als Hauptstelle für Befragungswesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Ernst Uhlrau: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und der Flüchtling wusste nicht, dass es ein Geheimdienst ist.

Zeuge Ernst Uhlrau: Das ist richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wussten Sie?

Zeuge Ernst Uhlrau: Also, Sie haben eine Einladung zu einem Gespräch bei der Hauptstelle für Befragungswesen -

Martina Renner (DIE LINKE): Bekommen.

Zeuge Ernst Uhlrau: - der Bundesrepublik Deutschland. So. Und wer sich dann dahinter verbirgt, das ist dann erst mal offen.

(Lachen des Abg. André Hahn (DIE LINKE))

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie Kontakt zum DIA selbst?

Zeuge Ernst Uhlrau: Bei Besuchen in den USA sicherlich, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Hier in Deutschland auch?

Zeuge Ernst Uhlrau: Wenn Besuch aus den USA kam und die den Präsidenten dann treffen wollten, auch das.

Martina Renner (DIE LINKE): Hier im Zusammenhang mit der Liegenschaft der US-Armee in Stuttgart, Standort AFRICOM? Hatten Sie dort auch Kontakt?

Zeuge Ernst Uhlrau: Nein, bin ich nie gewesen.

Martina Renner (DIE LINKE): War ein Vertreter von AFRICOM bei Ihnen?

Zeuge Ernst Uhlrau: Bei Veranstaltungen, Jahresfest des BNDs sind sicherlich auch unterschiedliche US-Vertreter da gewesen. Aber ich kann Ihnen nicht sagen, von welchen der vielen amerikanischen Dienststellen in Deutschland die alle waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei den Gesprächen mit dem DIA spielte die HBW eine Rolle?

Zeuge Ernst Uhlrau: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nie?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

Spiegelte der Drohnenkrieg eine Rolle?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ernst Uhrlau: Mit DIA?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch kein Thema?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie eine Weisung, mit der zu einem bestimmten Zeitpunkt an man festgelegt hat, dass Zielkoordinaten nur noch verfälscht weitergegeben werden?

Zeuge Ernst Uhrlau: Kann ich nichts mit anfangen, Frau Abgeordnete.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann möchte ich Ihnen einen Vorhalt machen. Es ist etwas schwer zu lesen, aber ich lasse es Ihnen vorbringen. Das ist leider auch schwer zu lesen da oben: MAT A BND-2-3b.pdf, Blatt 113, NfD. Vielleicht können wir dann über diese Weisung des Präsidenten mal sprechen.

(Dem Zeugen wird ein
Schriftstück vorgelegt -
Er liest in diesem
Schriftstück)

Ich kann das ja bei der Gelegenheit - es ist NfD - kurz vortragen:

... ich bitte eindringlich, nachfolgend Weisung des Herrn Präsidenten zu beachten und jedweden Kontakt schriftlicher und mündlicher Art vonseiten der Führungsstellen und Residenturen zu AND-Vertretern hier zu orientieren: Die Führungsstellenleiter werden gebeten, die nachgeordneten Bereiche sowie gegebenenfalls Außenstellen und Residenturen zu unterrichten. Präsident hat in Sachen Anfragen von

- geschwärzt -

und anderen ANDs zu militärischen Aktivitäten Syrien, Libanon

und palästinensischen Autonomiegebieten entschieden: Erstens. Routineaustausch wird beibehalten, aber: keine Weitergabe von operativ-taktischen Informationen, Zielkoordinaten oder militärisch relevanten Einzelhinweisen. In Zweifelsfällen wird um Freigabe durch L90A gebeten.

Was war der Hintergrund für diese Weisung?

(Der Zeuge liest weiter in
dem Schriftstück)

Zeuge Ernst Uhrlau: Vermag ich aus der Erinnerung nicht zu sagen; höchstens in der zeitlichen Kombination: Untersuchungsausschuss BND -

Martina Renner (DIE LINKE): Richtig.

Zeuge Ernst Uhrlau: - mit dem Thema Bagdad und dass im Nachgang zu der Erörterung: „Welche Informationen hat der Bundesnachrichtendienst den Amerikanern hinsichtlich ‚no target list‘ gegeben?“, dann sichergestellt werden sollte, dass keine Zweckentfremdungen von Informationen des BNDs zu militärischen Zwecken genutzt werden können.

Martina Renner (DIE LINKE): Welche Zielkoordinaten können denn für militärische Zwecke gebraucht werden, die der BND liefert?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ob es wirklich Zielkoordinaten - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das Wort steht ja hier.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja. Ja, ja. Was in ein solches Schreiben aufgenommen wird: Wenn Sie operativ-taktische Informationen, dann Zielkoordinaten oder militärisch relevante Einzelheiten haben, dann umfassen Sie damit letztlich einen großen Umfang von möglichen Informationen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Aber ich möchte jetzt trotzdem gern mit Ihnen erörtern, was denn Zielkoordinaten sind. Also: Welche Informationen können zur Zielerfassung genutzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

werden? Welche Datenarten, die der BND weitergibt, haben diese Qualität?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das vermag ich Ihnen nicht herunterzubrechen, was hier unter Zielkoordinaten zu verstehen ist. Ob das einfach eine Adresse ist, ob das im Zusammenhang mit Thuraya irgendwelche Daten sind, vermag ich Ihnen nicht weiter aufzufieseln.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Telefonnummern Zielkoordinaten sein?

Zeuge Ernst Uhrlau: Eigentlich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Zeuge Ernst Uhrlau: Eigentlich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Und uneigentlich?

Zeuge Ernst Uhrlau: Wenn Sie eine Telefonnummer - -

Martina Renner (DIE LINKE): Eine Mobilfunknummer zum Beispiel.

Zeuge Ernst Uhrlau: Mobilfunk könnte, wäre aber abhängig von den jeweiligen Netzstrukturen: könnte, könnte.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, dann machen wir an dem Punkt nachher weiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssen wir an der Stelle nämlich wechseln. - Wir kommen zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek beginnt vermutlich.

Christian Flisek (SPD): Ja. Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Uhrlau, noch einmal vielleicht im Anschluss an das, was vorhin der Vorsitzende gefragt hat, nämlich zum Projekt „Eikonol“. Wir blicken da ja zurück - auch sozusagen was die technische Entwicklung betrifft - in Bezug auf die für uns hier wesentlich relevante, auch rechtliche Fragestellung: Auf welcher Grundlage findet eine Maßnahme statt? Wer ist da einzubinden? Können Sie uns noch mal darstellen, was die wesentliche Unterscheidung ausmacht beim Übergang

von der Überwachung leitungsvermittelter Kommunikation hin zu paketvermittelter Kommunikation?

Zeuge Ernst Uhrlau: Die normale leitungsvermittelte Kommunikation, die es vorher gegeben hat mit Einstieg bei Telekom, setzte praktisch ein Just-in-time-Verfahren in Gang. Bei der paketvermittelten, so wie ich das in Erinnerung habe, war die Schwierigkeit größer, weil sie die verschiedenen Paketeile zusammenbringen mussten. Wir haben eines am Anfang des letzten Jahrzehnts ja erst begreifen müssen: dass die Kommunikationsströme nicht linear sind, sondern abhängig von den jeweiligen günstigsten Verbindungen, sodass eine Verbindung von A nach B nicht automatisch nur über A-B, sondern über C-D dann im Bandenspiel laufen konnte. Und das - aus der Erinnerung zumindest - war die Veränderung gegenüber der traditionellen Erfassung von Kommunikation mit dem, was im Zuge der stärkeren Ausbreitung von Glasfaserverbindungen dann ermöglicht wurde. Das ist über das frühere Verfahren - ob Satellit oder linear - so nicht möglich gewesen; so meine Erinnerung. Aber da bin ich kein Techniker.

Christian Flisek (SPD): Jetzt für die juristische Einordnung: Was bedeutete das?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das bedeutete, dass wir zum ersten Mal in Frankfurt - oder wo immer das sonst gewesen wäre - an ein Kabel der Telekom herangehen, das diese Fähigkeiten beinhaltet.

Christian Flisek (SPD): Und Sie keine saubere Trennung eigentlich mehr, wie das früher bei den leitungsvermittelten Verkehren möglich war, technisch einfach möglich war - - Bei den paketvermittelten war das nicht mehr möglich.

(Der Zeuge nickt)

Und damit auch - ich sage es jetzt mal so - unter der Weitergeltung eines nicht an diese technischen Veränderungen angepassten rechtlichen Rahmens, welche Probleme entstanden sind.

Zeuge Ernst Uhrlau: Also für den Bundesnachrichtendienst war das mit einer neuen Technik,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wo er ertüchtigt werden musste, der Einstieg in Kommunikationsverkehre, wobei nicht der Übertragungsweg dann nachher der Ansatz ist, sondern die Erfassung, und die Erfassung, die erfolgt dann nach G 10.

(Zuruf: Es war ja eben nicht G 10!)

Christian Flisek (SPD): Sie sagen jetzt: Die Erfassung erfolgt nach G 10. - Warum erfolgt sie nach G 10? Weil nichts anderes zur Verfügung stand? Oder weil das aus Ihrer Sicht sachlich genau das traf, wofür G 10 vorgesehen war?

Zeuge Ernst Uhrlau: Wenn der BND - das ist der Ausgangspunkt - in Deutschland eine Kommunikationserfassung mithilfe von Netzbetreibern vornimmt, dann bedarf es auch einer Beteiligung der G 10-Kommission. Und die Nutzung dieser Information erfolgt dann auch unter dem Gesichtspunkt: Was ist Routine, und was ist G 10? Und im Laufe der Zeit werden Sie wahrscheinlich immer wieder feststellen, dass einzelne reine Auslandsverkehre auch G-10-relevante Sachverhalte beinhalten. Und wenn hier mithilfe dann der Suchbegriffe, der genehmigten Suchbegriffe, Treffer dabei sind, dann können sie auch im Sinne der G-10-Anordnung genutzt werden.

Christian Flisek (SPD): Auch wenn der Schwerpunkt von vornherein darauf liegt, eigentlich Routineverkehre zu überwachen und, ich sage jetzt mal, alles, was G 10 ist, eigentlich eher dann ein Beifang wäre?

Zeuge Ernst Uhrlau: Sie haben bei den ganzen Anordnungen an die G 10-Kommission - lassen Sie einfach mal den Frankfurter Knoten außen vor -

Christian Flisek (SPD): Das fällt mir schwer, ja.

Zeuge Ernst Uhrlau: - überwiegend Routineverkehre und relativ wenige Treffer nach den genehmigten Suchbegriffen. Das hängt zusammen mit der Entstehungsgeschichte, dann der Beteiligung des BNDs im Zusammenhang mit international organisierter Kriminalität, Proliferation usw., weil in den 80er-Jahren der BND Informationen

erfasst hat im Rahmen der Fernmeldeaufklärung, die er nicht, weil er keine Befugnis dazu hatte, auch wenn es deutsche Sachverhalte betraf - - weiterzugeben - - bezogen auf Firmen, die das libysche Chemieprogramm mit gefördert haben. Da erfolgte dann im Rahmen einer Novellierung die Ermächtigung für den BND, bei G-10-Maßnahmen sowohl Terrorismus, Proliferation usw. dann auch erfassen zu können. Zu dem Zweck gibt es dann die entsprechenden Suchbegriffe, die nicht personifiziert sind, die dann von der G 10-Kommission genehmigt und auch stichprobenartig geprüft worden sind, ob das relevant ist für den eigentlichen Auftrag.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber wir müssen noch mal zusammenkommen. Also, der Wechsel von Leitungs- auf Paketvermittelt, die mangelnde, also die fehlende scharfe Trennungsmöglichkeit und die Tatsache, dass wir im Prinzip einen Rechtsrahmen haben, der mit dem G-10-Gesetz und den klassischen G-10-Anordnungen - - korrigieren Sie mich, wenn Sie das anders sehen - eigentlich keine Möglichkeit vorgesehen hat, eine reine Routineverkehrsüberwachung anzugehen per G-10-Anordnung.

Zeuge Ernst Uhrlau: Sie haben auch bei einem Routineverkehr - das ist der Ausgangspunkt - - Beim Routineverkehr haben Sie auch relevante Grundrechtsträger mit dabei.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber noch mal, Herr Uhrlau - entschuldigen Sie, dass ich Sie jetzt unterbreche -: Ich habe das ja gerade verstanden, und das ist auch die Problematik, die ich eingangs geschildert habe, dass Sie das immer dabei haben. Aber das „dabei haben“ führt ja nicht dazu grundsätzlich, dass ich mit einer G-10-Anordnung, die ja eigentlich eine andere Intention hat, eine Maßnahme an und für sich abdecken kann, die eine andere Stoßrichtung hat, nämlich auf Routineverkehre zielt.

Ich frage mich jetzt im Umkehrschluss auch: Warum bedarf es dann eines Briefes überhaupt des Kanzleramtes, wenn das so klar ist? Offensichtlich gab es ja da Probleme. Offensichtlich gab es ja da in der Einordnung dieses neuen techni-



Nur zur dienstlichen Verwendung

schen Sachverhalts unter die bestehende Rechtsordnung, die nicht angepasst wurde daraufhin, wo wir uns vielleicht jetzt bemühen, sie endlich anzupassen im Jahr 2016, aber damals hat sie das nicht vorgesehen - - gab es doch Probleme.

Man ist doch mit dem, was hier als „Freibrief“ geschildert wird - ich finde den Begriff auch unglücklich - - aber man hat vonseiten der Telekom zunächst einmal ein Schreiben eingefordert, eine Bestätigung von höchster Stelle - sprich: vom Kanzleramt in diesem Fall -, die sagen: Das ist okay. - Dann ist man ja in einem weiteren Schritt hergegangen und hat gesagt: Wir brauchen jetzt eine Anordnung. - Und dann hat man ins Gesetz geguckt und hat gesucht und hat eigentlich für die Routineverkehre nichts gefunden. Und dann hat man gesagt: Dann machen wir eine G-10-Anordnung, weil da natürlich auch ein paar G-10-relevante Verkehre dabei sind, aber eigentlich wollen wir doch ganz was anderes.

Worüber wir hier die ganze Zeit diskutieren, ist doch, ob das so korrekt war. War es korrekt, ich sage mal, die Karten auch gegenüber der G 10-Kommission nicht offen auf den Tisch zu legen, zu sagen: „Liebe G 10-Kommission, wir brauchen eine G-10-Anordnung, weil es ansonsten in dieser Rechtsordnung nichts anderes gibt, was angeordnet - - oder: „Wir machen eine Gesetzesänderung“, was man damals nicht gemacht hat. So. Und dann haben wir aber eine G-10-Anordnung gemacht - - aber die G 10-Kommission zu Recht im Nachgang gesagt hat: Uns wurde nicht klargemacht, dass es sich hier ausschließlich im Schwerpunkt um Routineverkehre handelt.

Für mich stellt sich die Frage, wie da die Abläufe waren sowohl im Kanzleramt, wer die Entscheidungen getroffen hat, wann eine G-10-Anordnung getroffen worden ist, mit welchem Problembewusstsein das war. Wer hat entschieden, dass auch eine G 10-Kommission nicht vollends dann darüber informiert wurde, was sie eigentlich genehmigt? Das interessiert mich. Das sind die Fragen, die offen sind.

Weil ich sage es Ihnen jetzt auch mal umgekehrt: Aus meiner jetzigen Kenntnis heraus - das kann man natürlich unterschiedlich bewerten; aber ich

bewerte das so -: Wenn es damals - - Unter der Voraussetzung, man hält es für erforderlich, Routineverkehre zu überwachen - - Ich selber stehe auf diesem Standpunkt, dass es Teil einer effizienten nachrichtendienstlichen Tätigkeit ist, dass wir das aber nicht tun können sozusagen in einem Graubereich. Wenn man sich aber dann anschaut - - Wir haben sozusagen diese Konstellation gehabt und der Rechtsrahmen hat das, sage ich mal, nicht vorgesehen an der Stelle; wir haben kein Instrumentarium gehabt an dieser Stelle, um so etwas gezielt anzuordnen. Da wäre es doch das Einfachste gewesen, in so einer Situation die Karten auf den Tisch zu legen und zu sagen: Wir haben hier eine Kooperation, es geht um Routineverkehre. Wir haben den Wechsel von Leitungsvermittelt hin zu Paketvermittelt. Wir haben geguckt: Es gibt nichts anderes, was anzuordnen ist, außer einer G-10-Anordnung. Da sind auch G-10-relevante Daten dabei, aber uns geht es um die Routineverkehre, und das sagen wir jetzt mal so ganz offen. Wir wollen eine G-10-Anordnung dafür haben.

Man hat es aber offensichtlich nicht gemacht. Man ist über eine G-10-Anordnung gegangen, weil nichts anderes vorhanden war, ohne offenzulegen, worum es im Kern eigentlich geht. So. Das ist sozusagen, wenn Sie so wollen, der Schlammassel, den wir hier vorfinden. Die Frage ist: Warum war das so? Wer hat das entschieden, dass das so gemacht wurde?

Zeuge Ernst Uhrlau: Herr Abgeordneter, es ist wahrscheinlich schwer zu vermitteln, dass das, was der BND unabhängig vom Frankfurter Knoten macht, überwiegend Routineverkehre sind. Und auch wenn Sie die G-10-Filter reinlegen und mit den genehmigten Suchbegriffen operieren: Das Verhältnis zwischen Treffern und Routineverkehren, die Sie für die Bearbeitung und fürs Berichtswesen nutzen können, das ist ein - würden Sie wahrscheinlich sagen - Missverhältnis. Das ist der G 10-Kommission auch im Prinzip bekannt gewesen, weil es um die geschützten Rechtsgüter ging, die der BND dann im Rahmen von Routine mit erfasst, aber auch nutzen darf. So. Und von daher ist der Überstieg von der bis-



Nur zur dienstlichen Verwendung

herigen Erfassung und dem Genehmigungsverfahren hin zu einem neuen technischen Verfahren gewählt worden.

Christian Flisek (SPD): Ich gebe zu, ich kann das jetzt nicht ganz nachvollziehen. Ich will das nur noch mal zuspitzen, was die Problematik auch ist: Man kann sich auf den Standpunkt ja stellen, dass das alles mit der damaligen geltenden Rechtslage des BND-Gesetzes möglich war und rechtmäßig war, wenn man das auf der Grundlage dieser Aufgabennorm getan hat, Routineverkehre zu überwachen, auszuwerten, wie auch immer.

Selbst wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt - ich tue es ausdrücklich nicht -, aber selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellt, dass das so ginge, dann stellt sich die Frage: Wer kontrolliert diesen Bereich? Nicht? Weil wir im Endeffekt dadurch in der Kommunikation gegenüber den Kontrollgremien und der Anordnungsgremien - in dem Fall der G 10-Kommission - eine Situation haben, wo nicht offen dargelegt wurde: Es handelt sich hier um eine Routineverkehrsüberwachung.

Vielleicht kann man darauf kommen. Vielleicht haben wir auch innerhalb der G 10-Kommission ein Stück weit - wie soll ich das nennen? - eine gewisse Schläfrigkeit gehabt, dass die öfter mal die Augen zugemacht haben und nicht die richtigen Fragen gestellt haben. Das weiß ich alles nicht. Aber aktiv oder proaktiv sogar hat man das nicht beschleunigt, sondern man hat sozusagen eine Praxis eingerichtet anlässlich - - von mir aus: „Eikonal“ am Anfang, wo es dann die ersten Anordnungen gab, die ja dann auch irgendwie funktioniert hat und die dann über Jahre hinweg so scheinbar durchgeführt wurde.

Und das - - Ich will das verstehen, warum man das gemacht hat und wer das entschieden hat. Und damit ist jetzt nicht zwingend gleich verbunden, dass das rechtswidrig ist. Das sage ich ausdrücklich; weil wir streiten uns hier sehr über die Frage, wie dieser Graubereich auszuleuchten ist. Aber ich würde nicht so weit gehen, damit zwingend zu sagen: Das, was dann da entschie-

den wurde, war rechtswidrig. - Aber es ist natürlich etwas, was in hohem Maße zur Intransparenz und damit auch zur mangelnden Kontrolle dieses wesentlichen Tätigkeitsbereiches des BND im SIGINT-Bereich beigetragen hat.

Es ist nicht offengelegt worden, worum es eigentlich geht. Bis heute haben wir keinen klaren Rechtsrahmen und auch keine Aufsicht und Kontrolle über die Routineverkehrsüberwachung mit allen Problemen einschließlich der Selektorenprüfung etc., was uns hier seit Jahren, Monaten jetzt beschäftigt. Wenn wir sozusagen an den Ursprung zurückgehen, dann kommen wir ja in diese Zeit hinein, wo die Grundlagen gelegt wurden. Ich stelle mir die Frage: Wie lief das damals ab? Warum hat man diesen Weg gewählt?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Frage stellt sich der Kollege Flisek nun nicht selber, sondern auch Ihnen, Herr Uhrlau. Das müsste die letzte Frage sein in der Runde.

Zeuge Ernst Uhrlau: Herr Abgeordneter, ich habe versucht, das zu beantworten. Das erschien uns damals als ein gängiger und zulässiger Weg, hier eine analoge Behandlung vorzunehmen.

Christian Flisek (SPD): Ich habe jetzt noch eine Frage. Ist - ich mache es jetzt noch mal konkret - von der Leitung des Bundeskanzleramtes, vom Chef BK, damals entschieden worden, dass das über eine G-10-Anordnung zu erfolgen hat und die G 10-Kommission über die Tatsache, dass man hier vor allen Dingen Routineverkehre zu überwachen hat, nicht informiert werden soll?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das weiß ich nicht mehr. Tut mir leid; das weiß ich nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tag, Herr Uhrlau! - Aber es könnte sein? Also, wenn Sie es nicht mehr wissen, könnte es sein. Könnten Sie Ja oder Nein sagen fürs Protokoll? Es könnte sein?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ernst Uhrlau: Das ist spekulativ. Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar ist das spekulativ, weil Sie sagen, Sie können sich nicht erinnern.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das heißt in der Konsequenz, es könnte sein.

Zeuge Ernst Uhrlau: Wenn Sie zwei Möglichkeiten haben - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine Ja/Nein-Frage, Herr Uhrlau.

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie kurz die Zeit anhalten?

Zeuge Ernst Uhrlau: Herr von Notz, ich kann es nicht beantworten. Der Chef des Kanzleramtes hat sich in unterschiedlicher Intensität bei einzelnen Sachverhalten dann auch gekümmert. Ob er da eine Position gehabt hat mit G-10-Antrag? Ich weiß es nicht. Ich kann es nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In weder die eine noch die andere Richtung?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Kommen wir noch mal zu diesem *Zeit*-Zitat, weil ich das am Anfang gar nicht richtig verstanden habe. Also, das ist dieser Artikel vom 13.08.2015 [sic!] von Herrn Klingst und Herrn Naß, und da kommt dieses Zitat von Ihnen. Da steht:

Daraufhin schrieb Uhrlau Ende Dezember 2003 einen Brief an die Telefongesellschaft, wonach das Kanzleramt die Maßnahme für rechtlich zulässig halte. Der damalige Kanzleramtschef Frank-Walter

Steinmeier, sagt Uhrlau der ZEIT, sei „inhaltlich unterrichtet gewesen, dass es ein Schreiben an die Telekom gegeben hat“.

Danach kommt übrigens der Satz von mir mit dem Freibrief. Haben Sie das auch „Freibrief“ genannt?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist interessant, weil Sie haben in der letzten Sitzung, die wir hier miteinander hatten - weil Sie das eben auch so spitz vorgelesen hatten in Ihrem Eingangsstatement, dass ich das „Freibrief“ genannt habe -, gesagt auf die Frage des Kollegen Sensburg: „Nein. Ich habe nur einen Freibrief geschrieben“. Also, so steht es im Protokoll. Deswegen: Haben Sie den Begriff „Freibrief“ von uns hier übernommen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, ich verstehe; okay. - Na gut, aber jetzt zu der Frage, diesem Zitat von Ihnen: Inhaltlich - - Also:

Frank-Walter Steinmeier, sagt Uhrlau der ZEIT, sei „inhaltlich unterrichtet gewesen, dass es ein Schreiben an die Telekom gegeben hat.“

Das mildern Sie jetzt ab, oder das stellen Sie infrage, dass Sie das so gesagt haben - oder? Ich habe das nicht - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich habe ergänzt, so habe er es auch dem NSA-Untersuchungsausschuss geschildert. Das heißt, es ist nichts Neues, sondern ich hebe darauf ab, was ich hier auch vorgetragen habe und - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also ist das richtig, was hier steht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Es ist richtig, dass es ein Schreiben an die Telekom gegeben hat. So.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dass Herr Frank-Walter Steinmeier davon unterrichtet gewesen ist, das ist auch richtig?

Zeuge Ernst Uhrlau: „Inhaltlich eingebunden“ heißt es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Ernst Uhrlau: „Inhaltlich unterrichtet“.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt das oder nicht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das stimmt. Es lässt offen, zu welchem Zeitpunkt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und mit dem wollen wir uns jetzt beschäftigen.

Zeuge Ernst Uhrlau: Gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt eine Akte MAT A BND-17/3/BND-9/6, Tagebuchnummer 20/14 - Streng Geheim, herabgestuft auf Geheim -, und darin gibt es ein VS-NfD-Papier, nämlich die Präsidentenrunde vom 25.11.2003, also recht früh. Und da geht es um „Eikonal“ und den Freibrief. Da steht:

Von Abteilungsleiter 6 BK wurde die Problematik „Eikonal“ angesprochen. Es wurde auf die besondere Bedeutung des Vorgangs hingewiesen und vorgeschlagen, dass sich die Stellungnahme BK auf wenig Sätze beschränken soll. Präsident wird Thematik erneut mit der Fachebene ansprechen. (?)

So, jetzt meine erste Frage: Können Sie sich daran erinnern, dass Sie gesagt haben, dass es ein Zweizeiler werden soll? Ohne jetzt die Akten

hier weit auszuwälzen: Es waren ja vorher tatsächlich sehr viel längere, kompliziertere Dinge im Gespräch. Aber: War das Ihre Idee, dass es ein Zweizeiler werden soll, und war bei dieser Runde, dieser Präsidentenrunde, Herr Steinmeier dabei?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, ob Steinmeier bei der Präsidentenrunde dabei gewesen ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, er könnte dabei gewesen sein?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das ist eine Frage des Terminkalenders. Ich vermag es nicht zu beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie oft war er denn seinerzeit in diesen Präsidentenrunden?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das ist unterschiedlich, je nachdem, welche anderen Sachverhalte anlagen, ob er die Präsidentenrunde selber leiten konnte oder ob ich das übernommen habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es könnte sein, dass er diese Präsidentenrunde geleitet hat?

Zeuge Ernst Uhrlau: Eher nicht. Wenn darauf verwiesen wird, AL 6 BK hat auf eine kürzere Stellungnahme gedrungen, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja?

Zeuge Ernst Uhrlau: - dann würde, wenn der Chef des Kanzleramtes dabei gewesen ist, das wahrscheinlich dann von ihm gekommen - - Also, ich kann es nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie denn sich daran erinnern, dass Sie mit Herrn Steinmeier darüber gesprochen haben, ob man ein langes, ausführliches, kompliziertes Rechtsgutachten -

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder einfach einen Zweizeiler schickt?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein. Also, auch wenn das nun seit dem letzten Jahr immer rauf- und runtergegangen ist, Herr von Notz: Es sind mittlerweile bald 13 Jahre vergangen, und was dort an Erinnerung da ist oder zusammenfließt mit dem, was berichtet worden ist, das ist schwer auseinanderzuhalten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaube ich gern.

Zeuge Ernst Uhrlau: Danke.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich trotz der Zeit an den Umstand erinnern, dass diese Akten bezüglich des Freibriefes aus dem Bundeskanzleramt an den BND zurückgesandt werden sollten?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das für Sie ein ungewöhnlicher Vorgang, wenn Sie das so hören, oder war das üblich bei besonders heiklen Geschichten?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das weiß ich nicht. Also, über die Aktenläufe bin ich da nicht unterrichtet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Jetzt war Herr de Maizièr ja bei uns als Zeuge, und da ging es auch um die Einstellung, die Beendigung dieser Kooperationen „Eikonal“ und „Glo“, megawichtiger Kooperationen mit einem AND. Kann es sein, dass ein Chef BK über die Einstellung solcher zentraler nachrichtendienstlicher Kooperationen, von denen Wohl und Wehe der Nationen, zumindest zum Teil, mit abhängen aus Sicht der Dienste, nicht unterrichtet wird?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das kann passieren, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das erklären Sie mir mal. Wie kann das passieren? Also, dass sich das nicht in den Akten findet, das soll vielleicht mal passieren. Aber

kann es faktisch sein - - Also, da frage ich mich nämlich wirklich - ich wähle sonst solche Formulierungen nicht -: Wo leben wir eigentlich, wenn der Chef BK, dessen Vorgänger hier mit Freibriefen und allem Möglichen - nach dem 11. September und „Wir müssen mit unseren Freunden“ usw. - ein millionenschweres Projekt - - und das wird eingestellt, und dann wird der Chef des Bundeskanzleramtes nicht informiert? Wie kann das sein?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich habe selber ja Schwierigkeiten mit dieser Operation, weil ich nichts damit anfangen kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit „Eikonal“ jetzt? Oder „Glotaic“?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein, „Glotaic“.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ich meine jetzt beide, also „Eikonal“ und „Glotaic“. Davon ist der Chef BK seinerzeit nach eigener Aussage nicht informiert worden. Wie kann das sein?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich kann beim Thema „Glotaic“ einfach nur passen, wer mit wem dort zusammengearbeitet hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann beschränke ich es auf „Eikonal“.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, „Eikonal“ wird eingestellt, nachdem man da - - Ich meine, diese Geschichte geht ja weiter. Wir besprechen jetzt ja nur die Anfangsphase; das Projekt war ja insgesamt einfach schwierig und grauenvoll und für alle unerfreulich. So. Und das wird dann beendet, und Sie sagen: Ja, ohne Nachfolgeprojekt.

Wie kann es sein, dass der Chef des Bundeskanzleramtes, dass die Rechts- und Fachaufsicht über die Einstellung eines solchen zentralen Projektes nicht unterrichtet wird? Oder - um es umzudrehen -: Kann das korrekt sein? Also, jetzt mit Ihrer Erfahrung und den Positionen, die Sie für dieses



Nur zur dienstlichen Verwendung

Land innehatten: Würden Sie sagen, wenn ein solches Projekt beendet wird und das Kanzleramt wird nicht unterrichtet, dann geht das mit rechten Dingen zu?

Zeuge Ernst Uhrlau: Herr Abgeordneter, ich bin nicht sicher, ob das Auslaufen von „Eikonal“ dem Kanzleramt nicht mitgeteilt worden ist. Denn sie haben im Zusammenhang mit einem anderen Thema, was auch in nichtöffentlicher Sitzung behandelt worden ist, weitergehende Begehrlichkeiten der USA gehabt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ernst Uhrlau: Und da ist das Thema „Auslaufen, Beendigung der Zusammenarbeit mit der NSA“ natürlich ein Thema gewesen. So. Und von daher ist die Existenz des Frankfurter Knotens im Kanzleramt bekannt gewesen und die Fortsetzung ohne die USA dann nachher.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Muss ein - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur ganz kurz noch eine Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Frage noch, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Muss ein AL 6, der so etwas erfährt, dass eine solche Operation eingestellt wird, nicht zwingend den Chef BK über diesen Umstand informieren, auch wenn der in diesen Runden zufällig nicht sitzt? Oder - umgekehrt gefragt - ist es vorstellbar, dass, um den Chef BK zu schützen vor diesen vielleicht irgendwie vergifteten Informationen, es eine Form von Absprache und Regime gibt, diese Information nicht an ihn weiterzugeben?

Zeuge Ernst Uhrlau: Welche Information meinen Sie jetzt?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass man eine zentrale Operation wie „Eikonal“ mit dem Vorlauf, mit Freibriefen und maximalem politischen Risiko beerdigt, beendet, einstellt.

Zeuge Ernst Uhrlau: Die Zusammenarbeit beendet?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Ernst Uhrlau: Die Zusammenarbeit mit dem Partner beendet? - Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann sein, dass das der Chef BK nicht erzählt bekommt und dass der Abteilungsleiter 6 dieses interessante Wissen für sich selbst behält und sagt: „Du, Chef BK, hast da mal irgendwann Freibriefe geschrieben und so; wenn das rauskommt, sind wir alle dran. Aber dass wir das jetzt einstellen, das erzähle ich dir nicht“? Kann das sein? Weil ich - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, Sie haben den Anfang mit dem Chef des Kanzleramtes, Dr. Steinmeier, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Korrekt.

Zeuge Ernst Uhrlau: - und Sie haben die Einstellung mit dem Chef des Kanzleramtes, Dr. de Maizière, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Korrekt.

Zeuge Ernst Uhrlau: - Einstellung der Zusammenarbeit?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Dem Neuen muss man es nicht erzählen - oder? Also, das kann ja sein, dass das so Praxis ist; ich weiß es halt nicht. Aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt aber nach 14 Minuten statt 8 doch mal wechseln.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ich habe noch keine Antwort auf meine Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Antwort zählt; aber es darf nur keine Frage danach wieder kommen.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich kann mir nicht vorstellen, dass Herr Fritsche den Chef des Kanzleramtes nicht unterrichtet hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich mir auch nicht. Ich mir auch nicht, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann kommen wir jetzt zu den Fragen der Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Guten Tag auch von meiner Seite! - Im Prinzip kann ich auch da anknüpfen, wo der Kollege aufgehört hat. Bei Ihrer ersten Vernehmung hatten Sie ja schon auch Erinnerungslücken offenbart zu den Fragen, die eben auch der Kollege gestellt hatte, nämlich Einbindung Leitungsebene des Kanzleramtes in diese ganzen Operationen, Kooperationen zwischen BND und NSA.

Sie haben jetzt vorhin gesagt - ich zitiere Sie mal -, sicherlich ist gesprochen worden mit Herrn Steinmeier; Sie wissen nicht mehr genau, wann. Das wundert mich jetzt aber schon. Also, Sie bleiben da immer sehr vage; Sicherlich hat man mit ihm gesprochen. - Wer, wenn nicht Sie, wäre denn derjenige gewesen, der mit ihm hätte sprechen müssen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, unter anderem Dr. Hanning.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber in Ihrer Funktion waren Sie doch dann schon im Kanzleramt derjenige, der direkt den Chef BK hätte unterrichten müssen über solche Sachen. Oder haben Sie dann mit Herrn Hanning besprochen, dass er die Unterrichtung macht? Oder verstehe ich das jetzt so?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, ich kann Ihnen nicht sagen, welche Unterrichtung Dr. Hanning gegenüber dem Chef des - -

Nina Warken (CDU/CSU): Aber welche Sie gemacht haben oder ob Sie - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Wie bitte?

Nina Warken (CDU/CSU): Aber welche Unterrichtungen Sie durchgeführt haben und ob es nicht auch Ihre Aufgabe war, gerade dies zu tun.

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, ich habe ja versucht, deutlich zu machen, dass über die Notwendigkeit, Zugang zum Frankfurter Knoten zu bekommen in Kooperation mit NSA, auch mit dem Chef des Kanzleramtes gesprochen worden ist vor dem Hintergrund der strategisch wichtigen Zusammenarbeit mit den USA und der weiteren Ertüchtigung. So. In welchem Umfang, in welcher Tiefe und zu welchem genauen Zeitpunkt, das werde ich Ihnen auch nicht weiter erläutern können.

Nina Warken (CDU/CSU): Wenn Sie sagen: „ist gesprochen worden“, heißt das, durch Sie oder durch wen, in größeren Runden, auch durch Sie und auch durch andere? Nur damit man mal ein Bild hat. Also, „ist gesprochen worden“, das ist so ein bisschen wenig -

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, wir haben - -

Nina Warken (CDU/CSU): - verständlich für uns.

Zeuge Ernst Uhrlau: Es ist schwierig, wenn Sie viele Gespräche ohne Protokoll haben, aber Sie haben Jour fixes, und es werden in unterschiedlicher Intensität verschiedene Belange des BND oder der internationalen Kooperation oder der Sicherheit angesprochen. Und von daher ist eine Behandlung auch der technischen Ertüchtigung des BND - was kann er alleine, und wo bedarf er der Unterstützung eines potenten, erfahrenen Partners? - mit dem Chef des Kanzleramtes sicherlich einige Male besprochen worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Auch durch Sie?

Zeuge Ernst Uhrlau: Auch durch - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Die Ergänzung hat mir jetzt immer noch gefehlt. Auch durch Sie?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben bei Ihrer letzten Vernehmung gesagt, bei dem Thema „Bad Aibling“ und den Gesprächen mit NSA dürfte der Chef des Kanzleramts da auf Ballhöhe gehalten worden sein. Und dann eben in der *Zeit* haben Sie gesagt - da wurden Sie zitiert, vielleicht auch falsch zitiert; das können Sie gleich noch mal klarstellen -, Dr. Steinmeier sei seit 2003 „inhaltlich unterrichtet gewesen“; so das Zitat in der *Zeit*. Was war denn konkret Ihre Aussage der *Zeit* gegenüber? Weil Sie haben vorhin gesagt, Sie wurden falsch zitiert. Ist das Zitat, seit 2003 sei Herr Dr. Steinmeier „inhaltlich unterrichtet gewesen“, ein zutreffender Teil des Berichts oder nicht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Wenn ich den Text nehme - und ich habe das vorhin ja noch mal, zweimal vorgelesen -, ist das, was ich gegenüber der *Zeit* gesagt habe, inhaltlich auch das, was ich dem Untersuchungsausschuss geschildert habe. Diese Passage hat die *Zeit* auch in der Online-Fassung nicht gebracht. Denn wenn darauf verwiesen wird, das habe ich vor zwei Monaten schon gegenüber dem Untersuchungsausschuss erzählt, und dann ist da keiner drauf angesprungen, dann muss ich das zuspitzen und muss den Eindruck vermitteln: Das ist jetzt aber eine Neuigkeit. Und das ist keine Neuigkeit, sondern es ist die Schilderung der Informationsflüsse und der Behandlung der Defizite im technischen Bereich des BND, worüber Dr. Hanning und der Chef des Kanzleramtes und auch in meiner Anwesenheit etliche Male uns ausgetauscht haben und weswegen es auch ein technisches Ertüchtigungsprogramm für den Bundesnachrichtendienst gegeben hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Meine nächste Frage wäre jetzt gewesen, was Sie denn mit „inhaltlicher Unterrichtung“ gemeint haben, wie es eben in der *Zeit* zitiert wird. Aber wenn Sie es der *Zeit* so nicht gesagt haben, kann ich Sie das auch nicht fragen. Also, Sie können mir jetzt nicht er-

läutern, was der Inhalt der Unterrichtung gewesen ist, weil Sie das auch so nicht gesagt haben. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, wir haben über vieles gesprochen im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, an weiterführende Informationen heranzukommen. Deswegen - dieses auseinanderzufriemeln: Was ist wann von wem gegenüber dem Chef des Kanzleramtes gesagt worden, was habe ich erzählt in den gemeinsamen Runden, bei denen Hanning auch dabei gewesen ist, und was hat Hanning gesagt? -: Sehen Sie es mir nach, das ist schwer.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, für uns ist eben schon wichtig, zu sehen: Wie laufen die Informationsgänge im Kanzleramt? Wie läuft auch eine Kontrolle ab? Wer ist wie unterrichtet? Wer ist auch in die Entscheidungen mit eingebunden? Und da wäre jetzt eine weitere Frage gewesen - Sie haben jetzt schon gesagt, man hat über Notwendigkeiten gesprochen, man hat über auch technische Ertüchtigungen gesprochen -: Hat man auch über Rechtsfragen mit Herrn Steinmeier gesprochen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Kann ich mich nicht dran erinnern.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt wurden Sie ja mit dem Jahr 2003 zitiert - ich weiß nicht, ob das ein richtiges Zitat ist oder nicht -, nämlich dass die Unterrichtung seit 2003 oder im Jahr 2003 stattgefunden habe. Aber ich hatte Sie so verstanden, dass Herr Dr. Steinmeier ja in seiner Zuständigkeit als Kanzleramtschef schon von Anfang an, also seit Juli 2001, in die Anbahnung der Kooperation eingebunden war. Vielleicht können Sie auch noch mal ausführen in dem Zusammenhang zum einen, ob das zutreffend ist, zum anderen, wie man die Kooperation begonnen hat, wo die Idee geboren wurde. War das eher im Kanzleramt? War das eher beim BND? Bei der NSA? Vielleicht auch im Auswärtigen Amt? Ober gab es auch Gespräche auf diplomatischer Ebene? Vielleicht können Sie klarstellend das noch mal schildern, wie sich das aus Ihrer Sicht darstellt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ernst Uhrlau: 2001 ist die Zusammenarbeit mit NSA in Sachen Bad Aibling, Übernahme Bad Aibling durch den Bundesnachrichtendienst - - Zu dem Zeitpunkt ist das Thema „Frankfurter Knoten“ überhaupt noch gar kein Thema gewesen.

Nina Warken (CDU/CSU): Nein, ich meine insgesamt die Kooperation, die stärkere Kooperation mit der NSA.

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, die Notwendigkeit, mit NSA eine intensive Zusammenarbeit zu entwickeln, vor dem Hintergrund: „Wir haben den 11. September gehabt, wir haben die Hamburger Zelle gehabt, das Wissen, dass al-Qaida eine Herausforderung auch für Deutschland sein kann. Und mit wem kann man, wenn es um internationale Zusammenhänge geht, dann diese Kooperation durchführen? Wer hat Informationen, insbesondere nachdem auch ein gemeinsames Mandat Enduring Freedom und nachher NATO in Afghanistan anstand? Mit wem kann das intensiv geführt werden? Wer hat dort Informationsmöglichkeiten, über die der BND noch gar nicht verfügt, auch in der Satellitenerfassung?“, da war es völlig klar: Die Zusammenarbeit mit den USA ist politisch gewollt und auch politisch für notwendig erklärt worden im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

Nina Warken (CDU/CSU): Von wem bzw. wer hat sich diese Gedanken dann gemacht im Kanzleramt?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das ging auch vom Bundeskanzler aus, der die Zusammenarbeit mit den USA ganz intensiv erklärt und gefordert hat. Also, von daher sind wir seit 2001 im Herbst intensiv bestrebt gewesen, die Zusammenarbeit auszubauen, technisch uns zusätzlich zu ertüchtigen für einen Auslandseinsatz, den es in dieser Form so bisher nicht gegeben hat.

Also, von daher ist die Frage: „Wer wollte denn diese Zusammenarbeit intensivieren? Ist das nur Abteilungsleiter im Kanzleramt?“. Das ist politische Grundposition im Herbst 2001 gewesen, und es war notwendig und richtig.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich komme jetzt noch mal zu ein paar anderen Fragen. - Der Kollege Schipanski hatte Sie bei Ihrer ersten Befragung danach gefragt, wie denn der Informationsfluss bei Amtsübergaben sich darstellte. Es ging darum in der Frage, welche Erkenntnisse Sie an Ihren Nachfolger im Amt des Abteilungsleiters, an Herrn Fritsche, weitergegeben haben, als Sie selbst BND-Präsident wurden. Sie konnten sich jetzt nicht mehr erinnern bei Ihrer ersten Befragung, was Sie denn dem Herrn Fritsche gesagt haben. Aber können Sie uns noch mal schildern, welche Erkenntnisse Ihnen Ende 2005 darüber vorlagen, inwiefern mögliche Aktivitäten von US-Diensten gegen deutsche Interessen bestanden?

Zeuge Ernst Uhrlau: Da lagen keine Informationen vor.

Nina Warken (CDU/CSU): Ihnen lagen keine Informationen vor.

Zeuge Ernst Uhrlau: Mir lagen keine Informationen vor, konnte also auch keine weitergeben.

Nina Warken (CDU/CSU): Und es gab keine Anhaltspunkte vor Ihrem Wechsel an die BND-Spitze, dass die NSA die Zusammenarbeit, die auch angelaufene Kooperation in Bad Aibling missbrauchen könnte für Wirtschaftsspionage, für sonstige Dinge, keinerlei Anhaltspunkte?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie als BND-Präsident, also als Sie dann das Amt von Herrn Hanning übernommen hatten, neue Erkenntnisse bekommen, die Sie vorher in der Abteilung 6 nicht hatten, besonders zu diesem Thema, wie die Kooperation verläuft, ob es da möglicherweise Probleme gibt, ob es da einen Missbrauch gibt?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich hatte bei der Anhörung im letzten Jahr gesagt: Also, eine klassische Amtsübergabe hat es nicht gegeben; das ist ein fliegender Wechsel gewesen. Also, von daher sind auch keine besonderen Informationen mir gegeben worden, die ich vorher von Dr. Hanning



Nur zur dienstlichen Verwendung

aus der siebenjährigen Zusammenarbeit nicht gekannt hätte.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt formal gab es dann vielleicht keine Amtsübergabe. Aber haben Sie grundsätzlich neue Erkenntnisse dann bekommen im Laufe Ihrer Tätigkeit? Als Sie BND-Präsident wurden, wurden Sie dann irgendwie mit Sachverhalten betraut, die darauf schließen ließen, dass es eben einen Missbrauch der Zusammenarbeit gab?

Zeuge Ernst Uhrlau: Auch das hatte ich im letzten Jahr geschildert, dass ich irgendwann 2006 von dem damals neu eingeführten Abteilungsleiter für die Technische Aufklärung, Dr. Urmann, darauf hingewiesen worden bin, dass die USA Suchbegriffe eingestellt haben, die auch einen europäischen Bezug haben. Also, da war EADS, glaube ich, dann der Ausgangspunkt. Und auf die Frage: „Was haben Sie damit gemacht?“. Ja, wir sind auf die Amerikaner zugegangen und haben denen gesagt, was wir da gefunden haben, und die haben das als Fehler, als Versehen geschildert und sollte nicht wieder vorkommen. - So. Und danach habe ich dann in der Sache nichts weiter gehört.

Nina Warken (CDU/CSU): Wann war das? Um es noch mal einzuordnen.

Zeuge Ernst Uhrlau: 2006. 2006, nachdem Dr. Urmann Abteilungsleiter der damaligen Abteilung 2, der heutigen Technischen Aufklärung geworden ist als Nachfolger von Herrn Breitfelder.

Nina Warken (CDU/CSU): Als Sie das Amt übernommen haben als BND-Präsident oder vielleicht dann auch in der Zeit danach, haben Sie irgendwann einen Anlass gehabt, den Informationsfluss, die Informationspolitik des BND gegenüber dem Kanzleramt zu ändern? Haben Sie gesagt: „Wir müssen da jetzt besser unterrichten, informieren, öfter, genauer“? Gab es konkrete Anlässe vielleicht, das zu ändern?

Zeuge Ernst Uhrlau: Kann ich nichts mit anfangen, Frau Abgeordnete.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Sie haben das so fortgeführt, wie es eben immer schon gehandhabt wurde.

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, die Unterrichtung in Richtung Kanzleramt ist immer auch davon abhängig, welche zusätzlichen Sachverhalte das Kanzleramt gerne haben will, welche es geregelt haben will. Das ist von Abteilungsleiter zu Abteilungsleiter sicherlich unterschiedlich. Aber das Jahr 2006 ist sehr stark geprägt gewesen durch die Auseinandersetzung um die Frage: Gibt es einen Untersuchungsausschuss, ja oder nein, und wie läuft er an? Und von daher ist in dem Jahr 2006 auch eine sehr, sehr enge Unterrichtung zwischen BND und Kanzleramt erfolgt.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich frage jetzt auch nicht, weil ich irgendwie einen besonderen Anlass oder einen besonderen Punkt gesehen habe, sondern ganz allgemein - jetzt haben Sie ja beide Positionen auch bekleidet -, ob es aus Ihrer Sicht da einfach Verbesserungsbedarf eben gab, vielleicht dann auch rückblickend, wenn Sie dann BND-Präsident geworden sind, dass Sie vielleicht gesagt haben: „Ich als Abteilungsleiter 6 habe mich vielleicht doch nicht in ausreichendem Maß über die Zusammenarbeit zum Beispiel des BND mit US-amerikanischen Diensten informiert gefühlt“, und deswegen haben Sie was geändert. Das war der Hintergrund meiner Frage, ob Sie auch aus der Erfahrung in beiden Positionen dann irgendwelche Dinge, den Informationsfluss geändert haben. Haben Sie aber nicht.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich weiß nicht, ob Sie sich noch an die Zeit erinnern können, dass die politischen Beziehungen zwischen dem Kanzleramt oder dem Bundeskanzler und dem amerikanischen Präsidenten Bush sehr kompliziert waren, und das Vertrauen vonseiten zumindest einzelner amerikanischer Dienste gegenüber den deutschen Diensten, das ist durchaus beeinträchtigt gewesen. Und bei der Frage: „Mit wem arbeitet der Bundesnachrichtendienst von den amerikanischen Diensten gut zusammen?“. Das ist NSA. Das ist ein wichtiger Punkt auch in den bilateralen Beziehungen gewesen. Also, von daher ist bei der Frage: „Wie gestalten wir die bilateralen nachrichtendienstlichen Beziehungen?“ das



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thema „amerikanische Partner“ sehr unterschiedlich zu behandeln gewesen. CIA ist etwas anderes als NSA oder DIA. Die Zusammenarbeit im Rahmen von Force Protection Afghanistan ist etwas anderes als gemeinsam gewünschte nachrichtendienstliche Operationen zwischen CIA und BND oder BfV. Also, von daher: Das können Sie nicht einfach mit Ja und Nein abhandeln. Das ist eine sehr komplexe Situation, in auch politisch sehr schwierigen Zeiten, mit einem aufkommenden Untersuchungsausschuss und Informationen, die plötzlich auch für die Amerikaner ungewünscht dann Gegenstand öffentlicher Berichterstattung in Deutschland waren. Also - -

Nina Warken (CDU/CSU): Ich sehe die komplexen Hintergründe. Es war einfach nur die einfache Frage: „Haben Sie Verbesserungsbedarf beim Informationsfluss gesehen?“, ganz allgemein: „Haben Sie irgendwas veranlasst?“, haben Sie gesagt: „Ich komme jetzt aus der Abteilung 6 und habe da nie was gewusst, das müssen wir jetzt ändern“? Solche Dinge gab es nicht, sondern Sie haben einfach sich um die allgemeinen Herausforderungen gekümmert, die Sie geschildert haben.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Vorhin klang es schon an: Operation „Glo“. Da hatten Sie uns gesagt in der ersten Vernehmung, über diese Operation des BND - - können Sie sich nicht erinnern. Man hat Ihnen auch ein paar Erinnerungsangebote gemacht. Das ist nämlich eine Operation des BND mit der CIA, Erfassung bei MCI WorldCom in Hilden bei Düsseldorf; so stand es ja auch in der Presse. Es gab ja auch diverse Berichterstattungen in den Medien darüber. Können Sie sich jetzt vielleicht genauer erinnern an die Operation „Glo“, oder nach wie vor derselbe Stand?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein, nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Sie sind sich sicher, Sie hatten keinerlei Kenntnis von dieser Operation, bis Sie in den Medien darüber gelesen haben, oder haben Sie das erste Mal im Untersuchungsausschuss davon erfahren?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich habe im Zusammenhang mit der Berichterstattung und dann hier dem Untersuchungsausschuss diesen Operationsnamen gehört. Ich konnte genauso wenig mit dem Operationsnamen etwas anfangen wie mit „Eikonol“ oder so. Also, mittlerweile kann ich die Begrifflichkeiten dann zuordnen. Aber diese Operation, die mit CIA durchgeführt worden sein soll, sagt mir nichts.

Nina Warken (CDU/CSU): Auch wenn Sie jetzt nur abgesehen vom Namen die Hintergründe bzw. die Grundlagen der Zusammenarbeit hören, -

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - also mit CIA? Es ging um Ausland-Ausland-Verkehre, deutsche Tochter von MCI, dann gab es diese Legende mit Toll Fraud. Das hat Ihnen alles nichts gesagt, der ganze Sachverhalt?

Zeuge Ernst Uhrlau: Sagt mir nichts.

Nina Warken (CDU/CSU): Wäre es nicht was gewesen, wäre es nicht eine Operation gewesen, über die Sie der BND-Präsident hätte informieren müssen, als Sie noch Abteilungsleiter 6 waren, so eine Zusammenarbeit, oder ist das was, was der BND dann nicht dem Kanzleramt hätte berichten müssen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich habe vor einem halben Jahr schon gefragt: Was ist denn das für eine Operation gewesen? Wer hat denn da die Federführung? Ist es der BND? Ist es das Bundesamt für Verfassungsschutz zusammen mit CIA, und BND ist irgendwo Juniorpartner, also: Wer hat Lead in dieser Operation? Und tut mir leid: Da habe ich keine Informationen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich glaube, kommt jetzt weniger darauf an, wer Lead hat aus meiner Sicht, sondern wenn es eine Beteiligung des BND gibt an so einer Operation, die ja nicht unheikel war, die auf deutschem Staatsgebiet stattgefunden hat: Müsste da das Kanzleramt nicht vorher zustimmen, wenn der BND - wer da im Lead war oder aber nicht - in irgendeiner Weise mit der



Nur zur dienstlichen Verwendung

CIA so eine Kooperation macht bei einer deutschen Tochter eines amerikanischen Unternehmens, wenn da eine Legende gebildet wird? Wenn Sie den Sachverhalt hören, der ja auch in der Presse stand: Müsste da nicht vorher das Kanzleramt zustimmen oder dann zumindest drüber unterrichtet werden?

Zeuge Ernst Uhrlau: Tut mir leid, da muss ich Ihnen die Antwort schuldig bleiben, weil Sie mir eine Frage ja nicht beantworten können: Wer hat den Lead -

Nina Warken (CDU/CSU): Unabhängig davon.

Zeuge Ernst Uhrlau: - nein, nein, nein, nein, nein -, wer trägt die Operationsverantwortung?

Nina Warken (CDU/CSU): Wie wäre es denn, wenn der BND die Verantwortung trägt, wie wäre es dann? Und wie wäre es gewesen, wenn die CIA die Verantwortung getragen hätte? Vielleicht können Sie für beide Beispiele - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, wenn der BND die Verantwortung hätte - -

Nina Warken (CDU/CSU): Ist mal davon auszugehen, dass es ein gemeinschaftliches Projekt war; aber Sie können ja mal für beide Beispiele - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Wenn BND, dann wäre eine Unterrichtung des Kanzleramtes wohl geboten gewesen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und in einem anderen Fall nicht, oder - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Muss nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Als Sie BND-Präsident wurden, lief, so wie die bisherige Beweisaufnahme das ergeben hat, die Operation noch, noch fast ein Jahr. Wurden Sie dann über die Operation informiert, vielleicht dem Namen nach oder in Grundzügen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, ich habe in der Vorbereitung des letzten Jahres keine Sachverhalte vorgelegt bekommen, die zu dieser Operation, die

auch keine NSA-Operation ist - - irgendetwas gesehen. Deswegen - -

Nina Warken (CDU/CSU): Hätten Sie unterrichtet werden müssen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Spekulation.

Nina Warken (CDU/CSU): Warum Spekulation? Die Operation hat es ja gegeben. Das ist ja jetzt kein Märchen, die hat es gegeben. Es gab eine Beteiligung des BND an dieser Operation. Sie werden BND-Präsident. Wäre das jetzt ein Sachverhalt gewesen, den man Ihnen hätte zutragen müssen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Als BND-Präsident werden Sie nicht mit allen Informationen dann zuge-schüttet.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber es ist ja nicht was ganz Unerhebliches, -

Zeuge Ernst Uhrlau: Augenblick.

Nina Warken (CDU/CSU): - würde ich jetzt mal behaupten.

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein, nein, nein, nein, nein. Also, wir haben im letzten Jahr - und das ist mir ja auch vorgelegt worden - ein Schreiben persönlich an den Präsidenten zu Abweichungen von-seiten der USA am Frankfurter Knoten - - bei dem, was eigentlich vereinbart ist, also europäi-sche Ziele. So. Und dieses ist an den Präsidenten gegangen. Ich habe gesagt: Das kenne ich nicht. Mir ist das Schreiben vorgelegt worden, und es war für mich ersichtlich, da ich Sachverhalte, die man mir vorlegt und die ich auch lese, mit Para-phe dann zeichne und auch weiß: Ich habe es ge-habt. Dieser Vorgang hatte nur die Paraphe des Stabsleiters zu einer Zeit, als das Thema „Bag-dad“ eine Rolle gespielt hat. Und dann kann es sehr, sehr schnell passieren, dass dem Präsi-den-ten etwas nicht vorgelegt wird, was an ihn gegan-gen ist, weil der Stabsleiter dann einschätzt: Muss er das jetzt wissen, oder muss er das nicht wissen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Aber muss er es vielleicht irgendwann später wissen? Das ist ja dann auch die nächste Frage.

Zeuge Ernst Uhrlau: Augenblick. - Und bei einer auslaufenden Operation kann das sein, dass eine -

Nina Warken (CDU/CSU): Die noch ein Jahr lief.

Zeuge Ernst Uhrlau: - Unterrichtung an den Stab geht und der Stab dann entscheidet: „Muss er das wissen, oder muss er das nicht wissen?“ und: „Wer hat es gesehen?“ Ich kann das nicht auflösen, auch wenn es Sie nicht befriedigt. Operationen, die manchmal nicht ergiebig sind, nachdem sie begonnen worden sind, werden eingestellt, ohne dass dann die Spitze des BNDs vielleicht in ausreichender Klarheit über Sinn und Zweck unterrichtet worden ist. Und wenn nicht mal klar ist: Wer ist denn eigentlich in der Federführung - - Und das können Sie mir auch nicht sagen - nicht?

Nina Warken (CDU/CSU): Wurden Sie über andere Operationen unterrichtet, ähnlicher Natur, ohne vielleicht die genau zu benennen, oder wurden Sie über solche Dinge gar nicht unterrichtet, als Sie Ihr Amt übernommen haben? Weil ich kann mir jetzt nicht vorstellen - - oder frage mich, wie man als BND-Präsident sein Amt auch ausführen möchte, wenn man über grundlegende Dinge, nämlich bestehende Operationen und auch Kooperationen mit ausländischen Nachrichtendiensten, die aus meiner Sicht nicht ganz unbedeutend sind oder waren, nicht unterrichtet wurde. Vielleicht war jetzt „Glo“ auch nur so unbedeutend oder, wie Sie sagen, „auslaufend“, „unergiebig“. Aber wurden Sie grundsätzlich über laufende Operationen und Kooperationen - - berichtet, oder fand das dann gar nicht statt?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das fand schon statt. Das ist eine Frage der jeweiligen Relevanz gewesen, in welcher Region, mit welchem Partner. Aber Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Ich kann mit dieser Operation, die für Sie so wichtig ist, nichts anfangen. Da können wir noch eine Runde drehen und - -

Nina Warken (CDU/CSU): Nein, aber vielleicht können wir im eingestuften Teil noch mal über ein paar Aktenfundstücke sprechen, die vielleicht auch bei mir den Eindruck erwecken, dass es vielleicht - - dass es doch anders gewesen sein kann. Da bin ich mir nicht sicher. Da habe ich ein paar offene Fragen. Aber das können wir dann vielleicht in der eingestuften Sitzung noch besprechen, über ein paar Aktenstücke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Aber eine weitere Runde drehen wir jetzt tatsächlich. Nämlich in der zweiten Runde beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich komme noch mal ganz kurz zurück auf die Einbindung des Kanzleramtschefs, weil Sie immer diese Formulierung „eingebunden“ verwandt haben, weil Sie nicht genau den Zeitpunkt sagen konnten, wann und wie Sie dort ihn unterrichtet haben usw. Deshalb will ich da noch mal nachfragen. War dem Kanzleramtsminister bekannt, dass dort am Frankfurter Knoten über Jahre hinweg Millionen Telefonate, Mails, SMS ohne klare Rechtsgrundlage abgefischt werden sollten? War Ihnen das bekannt, als die Operation gestartet wurde?

Zeuge Ernst Uhrlau: Herr Abgeordneter, es ist ja strittig, ob die Rechtsgrundlage damals als nicht gegeben eingeschätzt wird. Wir haben es für rechtlich zulässig gehalten, und von daher bleibe ich bei der Aussage: Wir haben es so begonnen, in Analogie zu den anderen Erfassungen, die wir auch mit Genehmigung der G 10-Kommission durchgeführt haben.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber es gab ja eine Abwägung. Und Sie waren sich ja selbst nicht sicher. Es ist der Brief geschrieben worden, es gab Abwägungen, es gab unterschiedliche Sichten auf die Frage, ob G 10 notwendig, „Kann man das mit Brief machen?“ usw. Über diese Schwierigkeit wird der Chef BK dann nicht unterrichtet. Dann wird gesagt: Ja, wir müssen eine Entscheidung treffen; es gibt da unterschiedliche Sichten. - Das wird ihm alles nicht vorgelegt? Ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

meine, er muss es am Ende politisch verantworten. Damals gab es noch keinen Herrn Fritsche, der dazwischenstand irgendwie als Puffer. Da gab es nur den Chef BK, und der hätte es im Zweifel wegtragen müssen. Und das sagt man ihm dann nicht? Ich kann mir das überhaupt nicht vorstellen, dass da millionenfach Telefonate abgehört werden, man plant, das jahrelang zu tun, SMS, Mails usw., und der Chef Bundeskanzleramt, der zuständig ist für die Geheimdienste, dem wird das nicht gesagt.

Zeuge Ernst Uhrlau: Dass wir am Frankfurter Knoten Informationen abgreifen und sie dann auch nutzen im Rahmen der rechtlichen Gegebenheiten, ob auch G-10-Relevantes dabei ist, wie das genutzt werden kann, wie das mit den Routineinformationen ist, das ist dem Chef des Bundeskanzleramtes ja durchaus sicherlich präsent gewesen. Wenn wir an den Knoten rangehen, dann sollen auch Informationen da generiert werden.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also hat er das schon gewusst, was da im Wesentlichen geplant ist oder läuft?

Zeuge Ernst Uhrlau: Dass wir an den Knoten rangehen, das ist kein Geheimnis gewesen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben jetzt mehrmals von der G 10-Kommission gesprochen, vorhin auch schon, und haben dann gesagt: Ja, im Prinzip wusste ja auch die G 10-Kommission, wie das mit den Routineverkehren eigentlich so ist, also das wussten die eigentlich schon. - Wir haben die G 10-Kommission hier gehabt, Vertreter der G 10-Kommission, auch den damaligen Vorsitzenden. Und nachdem sie den tatsächlichen Sachverhalt gehört haben und den Ablauf, haben sie hier auf die Frage, ob sie getäuscht worden sind und sich getäuscht fühlen, wenn sie das jetzt wissen, gesagt: Ja, ganz eindeutig, wir wurden getäuscht. - Und auf die Frage, wenn sie den Sachverhalt gewusst hätten, ob sie dann eine Genehmigung erteilt hätten, gab es auch eine ganz klare Antwort: Nein. Insofern haben Sie doch, wenn Sie einen Antrag gestellt haben, den vorbereitet haben, abgestimmt haben im Bundeskanzleramt, auch massiv zur Täuschung der G 10-

Kommission beigetragen. Sie hätten das nie erlangt, Sie hätten den Zugang nie erlangt, und Sie hätten die Möglichkeit nicht gehabt, über Jahre das zu machen, weil die G 10-Kommission das gestoppt hätte. Sie sind doch zu dieser ganzen Aktion nur gekommen durch eine massive Täuschung der G 10-Kommission; deren eigener Eindruck, nicht meine Worte. Weil Sie haben ja den Eindruck erweckt, die wussten das alles - vorhin, ganz zu Beginn, auf die Fragen des Vorsitzenden -, G 10-Kommission wusste das schon alles irgendwie. Die sehen das vollkommen anders.

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, die G 10-Kommission weiß, dass bei den Maßnahmen, die über die G 10-Kommission laufen - - Sie genehmigen Suchbegriffe, und diese Suchbegriffe stellen den Filter dar, um, wenn es Treffer gibt bei Grundrechtsträgern, diese auch nutzen zu können, personenbezogen, für das Berichtswesen usw. Ansonsten: All das, was nicht durch den Filter geht, weil es keinen Deutschland-Bezug gibt, das ist Routineverkehr. Und dieser Routineverkehr wird genutzt. Und das ist der G 10-Kommission in den Sitzungen auch immer gegenwärtig gewesen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, vielleicht - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Wir haben gesagt: Wir gucken ja nur auf einen ganz kleinen Teil. - Und dann gibt es noch die anderen Maßnahmen in Zusammenhang mit Geiselnahmen, wo der BND dann sehr viel umfänglicher auch unter Personenbezug suchen kann. Auch da haben Sie relativ wenige Treffer. Sie können aber die gewonnenen Informationen für die Routinebearbeitung und das Berichtswesen nutzen. Also, zwischen dem Routineverkehr und der G-10-Erfassung, da haben Sie keine Brandmauer, sondern über die Maßnahmen nach G 10 erfassen Sie beides. Sie haben aber die Grundlage, G-10-relevante Informationen rauszuziehen und sie entsprechend dem G-10-Gesetz zu nutzen, zu verarbeiten oder zu übermitteln. Beim Routineverkehr haben Sie diese Beeinträchtigungen nicht; es sei denn, Sie kommen in den Bereich der persönlichen Lebensumstände. Aber ansonsten, in der Erfassung, Erfassung dann vor allen Dingen von digital erfassten Informationen und Dateien, die auch bearbeitet werden können - Sprache ist ein ganz



Nur zur dienstlichen Verwendung

anderes Problem -, da sind die relevanten Informationen im Routinebereich sehr viel relevanter als das, was Sie herunterbrechen können nur für den G-10-relevanten Bereich.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber das war gar nicht meine Frage. Sie haben der G 10-Kommission gesagt: Wir suchen zwei Terroristen, von denen wollen wir was haben; die Nummern geben wir ein und die Daten. - Die genehmigen die. Und Sie kommen an das Kabel und machen was ganz anderes, weil Sie die Terroristen gar nicht haben wollten. Die haben Sie auch gar nicht interessiert. Da waren auch möglicherweise fiktive Begriffe dabei, fiktive Suchbegriffe. Sie wären ohne diese Lüge doch nie an das Kabel gekommen. Ohne die Lüge, dass Sie Terroristen suchen, die Sie dort benennen und genehmigen lassen, wären Sie nie an das Kabel gekommen. Das ist doch der eigentliche Vorwurf, um den es geht. Herr Flisek hat vorhin auf die fehlende Rechtsgrundlage verwiesen. Sie haben einen Trick angewandt, andere haben gesagt: „Türöffner“. Und die entscheidende Frage ist doch, dass Sie dann als Bundesregierung die G 10-Kommission, das Parlament getäuscht haben. Und dazu müssen Sie doch auch Verantwortung übernehmen und dafür und auch der Chef BK damals.

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, ich habe in der letzten Sitzung schon gesagt: Für die Maßnahmen, die ich getroffen habe oder die zu verantworten habe, entweder im Kanzleramt oder beim BND, trage ich die Verantwortung; das ist unstrittig. Aber die G 10-Kommission wissentlich täuschen zu wollen, das ist nicht die Absicht gewesen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe noch ein letztes Thema kurz. Da haben Sie auch Verantwortung, wenn ich das richtig verstanden habe. Diese Weisung, dass man diese Geodaten oder dass man die Zielkoordinaten an andere Nachrichtendienste nicht mehr geben soll, die war doch von Ihnen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, so wie ich das gelesen habe, muss das vom Präsidenten ausgegangen sein. Was das für einen Vorlauf gehabt hat, habe ich versucht zu verdeutlichen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich will es abkürzen: Herr Schindler hat gesagt, das würde auf eine Weisung von Ihnen zurückgehen; als er das Amt angetreten hat, war das schon da - - und von Zeitläufen, dass Sie also die Weisung gegeben haben sollen. Ich will auf was anderes hinaus. Diese Geodaten, Georeferenzdaten, wie auch immer unterschiedlich bezeichnet, wurden dann ungenau gemacht, hat Herr Schindler hier ausgeführt - man kann auch sagen: verfälscht -, sodass man das nicht mehr nachvollziehen kann. Und der Hintergrund war ja, dass man befürchtete, dass diese Daten zu Drohnenangriffen genutzt werden können, also für den sogenannten geheimen Krieg. Dann gab es diese Weisung, und jetzt wurden die Dinger verfälscht. Haben Sie nie die Diskussion gehabt im Haus oder im Leitungsstab, dass, wenn man Daten verfälscht und verfälschte Daten an die Amerikaner weitergibt, wo man befürchtet, dass die diese Daten nutzen, die verfälschten Daten dann dazu führen, dass die Amerikaner mit ihren Drohnen möglicherweise falsche Ziele treffen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Können Sie noch mal auf die Weisung zurückkommen?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, sehr gerne. Die Zielkoordinaten sollten nicht mehr in der Form, in der klaren Form an die AND gehen. Und jetzt hat Herr Schindler - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Augenblick.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, Moment. Jetzt lassen Sie mich mal sagen.

Zeuge Ernst Uhrlau: Für welche Gebiete?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wie bitte?

Zeuge Ernst Uhrlau: Für welche Gebiete?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das war nicht auf Gebiete eingeschränkt, was Sie da vorhin gegeben haben. Das war eine generelle Weisung; die hat Herr Schindler auch hier bestätigt. Und er hat dann gesagt: Wir haben jetzt die Daten verändert, verfälscht, wie auch immer. Und jetzt frage ich Sie, ob nicht diskutiert worden ist - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich muss jetzt doch noch mal die konkrete Stelle nachfragen, weil ich habe das anders in Erinnerung. Da hat Herr Schindler, glaube ich, nicht „verfälscht“ gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Also, ich lese es vor aus der Befragung von Herrn Schindler:

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist geregelt?

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist geregelt bei uns.

Martina Renner (DIE LINKE): Wo ist das geregelt?

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich nicht. Das ist aber - - Ich sage dann mal eher: Das ist Praxis. - Sagen wir es so.

Martina Renner (DIE LINKE): Seit wann ist das Praxis ...

Zeuge Gerhard Schindler: Seitdem ich es kenne.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, die letzten fünf Ziffern werden geixt? Oder was muss ich mir darunter vorstellen? Das muss ja irgendwo - -

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist technisch in der Maschine drin, dass dieses Geodatum, dieses Georeferenzdatum ungenau gemacht wird. Aber fragen Sie mich jetzt nicht, ob es zwei Minuten links oder eine Sekunde rechts ...

Martina Renner (DIE LINKE): Und das basiert auf einer - - auf was?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich glaube, das basiert sogar auf einer Weisung von Herrn Uhrlau. Also, jedenfalls ich habe es so vorgefunden, und es wird so im Bundesnachrichtendienst umgesetzt.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil Herr Uhrlau meinte nämlich, dass man diese Daten doch zur Zielerfassung nutzen kann.

Zeuge Gerhard Schindler: Na ja, wenn man es nicht ungenau machen würde, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte nur noch mal darauf zu sprechen kommen, dass die Daten nicht verfälscht werden, sondern sie nicht mehr punktgenau sind. Man kann sich das wie beim iPhone vorstellen, so ein kleiner blauer Punkt oder ein großer blauer Punkt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, nein. Sie interpretieren jetzt Herrn Schindler.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Herr Schindler ist das mit den drei - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das Wort „verfälscht“ müssen wir hier an der Stelle streichen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, es sind ja nicht mehr die Originaldaten; dann sind sie verfälscht. Sie können auch sagen „verändert“.

Zeuge Ernst Uhrlau: Darf ich noch mal einen Einblick in das Papier nehmen?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist mir auch egal, weil - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Renner hat es genau vorgelesen; Frau Renner hat es genau vorgelesen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, und ich sage, wenn man Daten technisch ungenau macht, dann hat man sie verändert. Und wenn es um Ziele geht, dann sind die Ziele möglicherweise verfälscht. Und meine sachliche Frage war einfach, ob man vor dieser Weisung im Haus diskutiert hat, was passieren kann, wenn man Geodaten, veränderte Geodaten an die Amerikaner gibt, und ob da nicht womöglich falsche Ziele getroffen werden und eventuell Menschen getötet werden. Das ist die zentrale Frage, die ich gerne von Ihnen beantwortet haben will.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zu der jetzt sehr gedrehten Frage Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will auch noch mal darauf hinweisen, dass eine Verungenauung natürlich nicht eine Verfälschung in dem Sinne ist, dass Zielkoordinaten verschoben werden. Das insinuiert Ihre Frage. Das ist nicht der Fall, sondern es wird verungenaut, sodass eine zielgenaue Ortung nicht möglich ist. Das ist ein essenzieller Unterschied.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt aber mal ganz kurz: Herr Schindler sagt:

Das ist technisch in der Maschine drin, dass diese Geodaten, dieses Georeferenzdatum ungenau gemacht wird. Aber fragen Sie mich jetzt nicht, ob es zwei Minuten links oder eine Sekunde rechts ...

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Richtig! Sie sind verändert!)

Also, er sagt ja ganz genau, sie sind sozusagen verschoben - ja? Und das ist genau die Frage von Herrn Hahn, und es bezieht sich auf die Aussage von Herrn Schindler.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt hören wir die Antwort von Herrn Uhrlau.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich würde ganz gerne noch mal das Dokument sehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das Protokoll?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein, das Dokument.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, okay. Gerne.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Ernst Uhrlau: Sie heben ja immer darauf ab, dass es sich um Weitergaben an die Amerikaner handelt. Wenn ich den Text aber lese:

Präsident hat in Sachen Anfragen von ... und anderer ANDs zu militärischen Aktivitäten in Syrien, Libanon und im Palästinensischen Autonomiegebiet entschieden: ...

Dann ist das etwas anderes, als wenn wir über USA-Drohnen reden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, dann ist es ja noch schlimmer. Also, es geht ja nicht anscheinend nur um die Weitergabe an die USA, sondern auch noch an andere ANDs. Also, es ist unstrittig, so wie es hier Herr Schindler dargestellt hat, dass es um die Weitergabe an die USA geht - ja? Hier in dem Dokument wird nahegelegt, dass es doch an andere ANDs auch geht - meinethalben. Aber das ist gerade nicht die Frage. Die Frage von Herrn Hahn war, was es bedeutet, wenn man diese Geodaten „zwei Sekunden nach rechts, eine Minute nach links“ verschiebt. Das ist eine Frage. Und die Frage, die ich gerne noch nachschieben würde, von mir ist: Was war eigentlich der Anlass dafür, dass man gesagt hat: „Wir geben ab sofort die Daten nur noch in veränderter Form weiter“? Es muss doch einen Anlass gegeben haben, dass man dies getan hat.

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, Hintergrund - ich habe das versucht zu verdeutlichen -: Wir haben ja nicht nur das Thema BND und NSA, sondern wir haben auf der Zeitachse den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss und die Vorwürfe an den Bundesnachrichtendienst, die USA in ihrer Kriegsführung im Irak unterstützt zu haben, und dieses mit Informationen zu Non-Target-Objekten. Und wenn in dieser Zeit dann - und deswegen ist das ja nicht so ganz uninteressant, zu welchem Zeitpunkt das erfolgt ist -, im Sommer 2006, als die Vorwürfe zu dem Thema ja eine Rolle gespielt haben - - Und wenn dann ein Bezug genommen wird auf ganz andere Regionen und wenn Sie sich vor Augen halten, welche Auseinandersetzungen Sie in der Zeit im Nahen Osten gehabt haben, dann bringen Sie die verschiedenen Sachverhalte doch ein bisschen anders zusammen und nicht unter dem Gesichtspunkt „Hier sind Informationen in Richtung USA unterwegs“, sondern es ist wohl eher die Be-



Nur zur dienstlichen Verwendung

fürchtung gewesen, dass Informationen von deutscher Seite für Verschärfungen in einer Krisenregion genutzt werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Durch wen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das bleibt offen. Bringen Sie selber den Sachverhalt zusammen! Das werde ich nicht in öffentlicher Sitzung als Einschätzung abgeben können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir nach 16 Minuten statt 8 aber langsam wechseln.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja, dann müssten wir nachher noch mal weiterfragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Schipanski beginnt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Herr Uhrlau, ich darf noch mal, weil ja die Wortwahl sehr wichtig ist - wir haben das gerade bei dem Wort „verfälschen“ ja gehört, wo es darum ging: Man hat etwas ungenau gemacht - - Jetzt hatte der Kollege Hahn davon gesprochen, es wäre eine Lüge gewesen, dass Sie den Terroristen mit dieser G-10-Maßnahme suchen; das wäre ein Trick gewesen. Also, wir hatten das bis dato immer so verstanden, dass man diese G-10-Maßnahme schon erwirkt hat, um eben diesen Terroristen zu finden, und diese Routineverkehre ein entsprechendes Nebenprodukt waren. Haben wir das bis dato richtig verstanden?

Zeuge Ernst Uhrlau: Die ganzen Verkehre, die der BND erfasst, sind Routine und sind G-10-relevant. Und in welchem Umfang Sie G-10-relevante Informationen gewinnen, das kann ganz unterschiedlich sein. Von daher geht der Bundesnachrichtendienst nicht mit der Zielrichtung: Wir wollen hier nun zwei Terroristen erfassen. - Wenn wir denn den Namen noch haben, dann kann das personenbezogen auch als G-10-Maßnahme eingegeben werden und ist dann nicht die breite Erfassung. Aber der Bundesnachrichtendienst trennt nicht Routine und G 10.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Nun gut. Aber wenn Sie eine G-10-Maßnahme beantragen, dann doch mit dem Ziel, diesen G-10-Verkehr zu erfassen.

Zeuge Ernst Uhrlau: Auch G-10-relevante Sachverhalte in dem Verkehr zu erfassen und zu nutzen. Das sind ja zwei Aspekte. Wenn Sie eine konkrete Vorstellung haben, wo welche Informationen fließen, dann können Sie es also umfassend aufschalten. Bei der heutigen Kommunikation, wo die Wege nicht mehr geradlinig sind, werden Sie auf Strecken möglicherweise relevante Informationen, die auch G-10-relevant sind, zu Proliferationen oder sonst was, erfassen, von denen Sie eigentlich gar nicht das dort erwartet haben. Aber Sie können es nutzen unter den Suchbegriffen, die von der G 10-Kommission genehmigt worden sind. So. Das haben Sie als Genehmigungsfiler bei den ganzen Maßnahmen des Dienstes obendrüber.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut. - Dann danke ich da noch mal für die Klarstellung und würde jetzt noch mal zu einem Thema kommen, was die Kollegin Renner mit Ihnen besprochen hat, nämlich zur Hauptstelle für Befragungswesen. Und da würde mich zunächst interessieren, ob es Ihrer Erinnerung nach im BND jemals eine interne Diskussion oder Prüfung gab, ob die Tätigkeit dieser HBW tatsächlich vom BND-Gesetz gedeckt war, und welches Ergebnis man da hatte.

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein, an eine solche Erörterung kann ich mich nicht erinnern. Das Befragungswesen gehört zu den, wenn Sie so wollen, Restanten aus der frühen Geschichte des Bundesnachrichtendienstes oder der Organisation Gehlen. Befragungen von Übersiedlern, von Flüchtlingen sind ein wesentlicher Informationsbeschaffungsansatz des Bundesnachrichtendienstes gewesen, mit Informationen aus dem Alltagsleben Stimmungen abzugreifen. Wenn Sie keine unmittelbaren Zugänge haben in Gebieten, in denen Sie mit eigenen Leuten sich nicht bewegen können, dann sind Struktur- oder Regimekenntnisse oder Erkenntnisse des allgemeinen Lebensalltages durchaus als Mosaikstein interessant. So ist das entstanden in den 50er-, in den 60er-, in



Nur zur dienstlichen Verwendung

den 70er-Jahren und sind eine Reihe von Strukturkenntnissen damals sicherlich so gesammelt worden.

Und die Frage: „Welches ist die Rechtsgrundlage bei einem solchen Restanten aus der Anfangszeit oder Dinosaurier?“, die hat keine Rolle gespielt. Eine Rolle gespielt hat im Laufe der Zeit die Frage der Ergiebigkeit und gegebenenfalls auch der Anpassung an neue Aufgaben, wo Informationen beschafft werden könnten für Force Protection zugunsten dann des MADs für die Sicherheitsüberprüfung in den Einsatzgebieten - - und dort auf das Befragungswesen dann zurückzugreifen. Das war ein Ansatz. Aber ansonsten ist das Verhältnis von eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Erträgen nachher nicht mehr gleichgewichtig gewesen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Zu dem Punkt der Auflösung und Ähnliches komme ich noch. Aber die Rechtsgrundlage - - Sie haben jetzt gesagt: Natürlich braucht man eine. Da haben Sie sich jetzt keine Gedanken gemacht; aber jedenfalls wurde es im BND scheinbar nicht diskutiert, diese Fragestellung der Rechtsgrundlage.

Ihr Vorgänger im Amt, der Herr Dr. Hanning, sagte in seiner Befragung vor diesem Ausschuss am 2. Oktober letzten Jahres, ihm sei die HBW bzw. diese integrierte Befragung gänzlich neu gewesen, als er BND-Präsident wurde; er habe daher seinerzeit die Frage gestellt, warum der BND diese Kooperation überhaupt durchführte. Weiterhin habe er sich gefragt - ich zitiere -:

Brauchen wir das eigentlich? Sollten wir das weitermachen?

Wann haben Sie denn erstmalig von dieser Hauptstelle für Befragungswesen bzw. auch dieser integrierten Befragung erfahren?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, ich glaube, noch im Kanzleramt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Und haben Sie sich dann als damals Rechtsaufsicht über Ihre Mitarbeiter denn die gleichen Fragen

gestellt, die sich dann der Dr. Hanning als BND-Präsident gestellt hat?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, ich weiß nicht, welche Fragen er sich gestellt hat. Das Befragungswesen ist auf dem Gelände der Villa des BNDs in Zehlendorf unter anderem gewesen. Also, das hat er fast täglich vor Augen gehabt. Und von daher ist wohl eher die Frage: Wie ist es mit der Ergiebigkeit, und wo bringt man sie unter? Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut. - Also, hat der Herr Dr. Hanning diese Problemlage, was diese HBW macht, damals mit Ihnen als Abteilungsleiter 6 dann im Kanzleramt erörtert?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein. Kann ich mich nicht dran erinnern, dass er das erörtert hat.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Können Sie sich nicht - - Gut. Das heißt auch, seine Entscheidungen - er hat das hier uns sehr umfänglich dargestellt, von der Geschichte, Kalter Krieg, wie sich das alles entwickelt hat, diese Befragungsstelle, das, was Sie auch gerade angedeutet haben - - Er hat sich da schon eine ganze Menge Gedanken gemacht und überlegte auch als BND-Präsident, ob er diese Befragungsstelle, ob er das fortführen möchte. Hat er das mit Ihnen besprochen als damalige Fachaufsicht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Hat er nicht. - Und inwieweit haben Sie sich dann - Sie sagten ja, Sie haben von der integrierten Befragung und von dieser Hauptstelle für Befragungswesen als Abteilungsleiter 6 erfahren - - Haben Sie sich denn dann jeweils über den Stand oder das, was da gemacht wird, mit welchen Partnern da gearbeitet wird, unterrichten lassen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Im Kanzleramt sicherlich nicht, nein.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Der Grund war: Das war Ihnen zu lapidar, das war für Sie alles einleuchtend, dass da teilweise auch ANDs mit befragen? Da sahen Sie keine rechtliche oder tatsächliche Problematik?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ernst Uhrlau: Keine tatsächliche Problematik.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Keine tatsächliche. Das heißt, rechtlich war Ihnen da unwohl oder - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein, nein.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Was war denn für Sie der Mehrwert, dass der BND eben diese Form der integrierten Befragung machte, sprich, diese ausländischen Befrager mit zuließ? Warum konnten das nicht nur deutsche machen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Bestimmte Strukturen sind gewachsen, und sie werden im Laufe der Zeit zurückgefahren, und das ist ein Kooperationsfeld des Bundesnachrichtendienstes mit den Alliierten vor Beendigung der Teilung gewesen: Informationen über Flüchtlinge aus Osteuropa zu bekommen, Strukturinformationen, dieses in ein gemeinsames Lagebild dann einzubringen. Das dürfte damals der Ausgangspunkt gewesen sein. Und das Ausdünnen des Befragungswesens im letzten Jahrzehnt, das ist das eine, und nachher auch die Feststellung: Wir müssen es weiter reduzieren und konzentrieren und auf neue Aufgaben zuführen. - So, das war der Ansatz Ende letzten Jahrzehnts.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das heißt, wann wurde erstmalig im BND über die Auflösung dieser Stelle nachgedacht? Und was waren denn die Gründe für diese schrittweise Reduzierung, die Sie gerade beschrieben haben?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das ist die Frage der Ergiebigkeit des Informationsaufkommens aus dem Befragungswesen. Sie binden, weil es unterschiedliche Standorte sind, Mitarbeiter in verschiedenen Teilen der Republik. Und bei der Frage der Aufsicht und der Ergiebigkeit und auch, wenn Sie darüber hinaus dann personelle Engpässe haben, dann schauen Sie schon: Wo kann ich Personal abbauen und kann es eventuell zuführen in Richtung Berlin oder in Richtung München? - Wobei Befragungsstellen in Bayern auch zugerechnet worden sind den in Bayern zu

verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BNDs, unbeschadet der Frage, wie ergiebig das ist. Und das Auflösen von größeren Dienststellen ist manchmal leichter gefordert, als es umgesetzt werden kann, und da haben Sie nicht automatisch dann auch die große Unterstützung der Aufsicht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Eine diplomatische Antwort, ja.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Die Bundesregierung hat stets betont, dass die AND-Befrager der Fachaufsicht durch den deutschen Dienststellenleiter unterstanden, alle Befragungsergebnisse vor der Weitergabe an den Partner überprüft wurden. So heißt es in einer Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Schröder auf die Frage des Abgeordneten Jan Korte - ich zitiere -:

Die an die Partner weiterzugebenden Meldungen werden bei Bedarf bereinigt (im Hinblick auf Datenschutzgründe, Nichtweitergabe möglicher militärisch nutzbarer Daten). Es gelangen ca. 60 Prozent der im Befragungswesen erhobenen Meldungen im Weitergabeverbund an die Partnerdienste.

Jetzt die Frage an Sie: Ist es nicht ein Stückchen weltfremd, wenn doch der AND-Befrager selbst befragt, bei der Befragung anwesend ist und mit hört, dass man jetzt davon ausgeht, der AND erhält nur bereinigte Informationen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das ist die Antwort der Bundesregierung. Ich kann das nicht weiter kommentieren.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Na, ist das schlüssig, was da - - Wie wurde denn sichergestellt - wollen wir mal so fragen -, dass der AND-Befrager faktisch nicht das weitergegeben hat, was er da gehört hat, sondern nur die bereinigte Version, die dann offiziell anscheinend weitergegeben wurde?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ernst Uhrlau: Da vermag ich die Abläufe im Befragungswesen vor Ort nicht nachzuvollziehen oder zu kommentieren. Ich bin nicht dabei.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. Also können Sie auch nicht ausschließen, ob ungefilterte Befragungsergebnisse weitergegeben wurden?

Zeuge Ernst Uhrlau: Was kann man ausschließen?

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und auf welcher Rechtsgrundlage erfolgte die Weitergabe dieser Daten dann, egal ob bereinigt oder - - die direkte Weitergabe an den AND?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nach BND-Gesetz, Übermittlung.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): An den AND.

Zeuge Ernst Uhrlau: An den AND.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber der Paragraph ist Ihnen wahrscheinlich jetzt nicht erreichbar. Dann werden wir das noch mal prüfen. - Dann würde ich an der Stelle meine Punkte abschließen und würde an die Kollegin Warken übergeben.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, Herr Uhrlau, noch mal zurückkommend auf das Schreiben, auf den von uns genannten Freibrief, den die Telekom damals bekommen wollte oder gefordert hatte, den Sie ja unterschrieben haben, und die Kenntnis in Ihrem Haus über dieses Schreiben. Sie haben immer von inhaltlicher Einbindung auch des Kanzleramtsministers gesprochen. Hätten Sie denn ohne eine Kenntnis von Herrn Steinmeier und ohne sein Einverständnis oder gegen sein Einverständnis den Brief unterschrieben?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, das halte ich für ausgeschlossen. Wenn der Chef des Kanzleramtes

überhaupt nicht weiß, worum es geht, und der Abteilungsleiter 6 zeichnet so etwas: Das passt nicht in den allgemeinen Informationsaustausch, den Dr. Hanning und ich mit dem Chef des Kanzleramtes geführt haben.

Nina Warken (CDU/CSU): Also muss ich davon ausgehen, dass Sie mit Herrn Steinmeier über den Brief gesprochen haben.

Zeuge Ernst Uhrlau: Das ist offen, ob vorher oder hinterher. Dass aber Telekom ein Schreiben haben will, das wird sicherlich Gegenstand auch von Unterhaltungen gewesen sein.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Gegenstand von Unterhaltungen mag ja sein; aber Sie unterschreiben doch so ein Schreiben nicht, in dem eine Operation -

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): - oder eine Maßnahme abgesegnet wird, ohne dass Sie da das Okay bekommen haben. - Sie sagen „hinterher“. Also, kann ich mir jetzt schwer vorstellen, dass es so war.

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, das Schreiben habe ich gezeichnet. Und dass es erforderlich ist, Telekom ein Schreiben zukommen zu lassen mit der Aussage, dass Kanzleramt die Maßnahmen für rechtlich zulässig hält, das ist vorher sicherlich auch behandelt worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Behandelt worden mit der Hausführung.

Zeuge Ernst Uhrlau: In einer der Sitzungen halte ich das durchaus für wahrscheinlich.

Nina Warken (CDU/CSU): Es wurde aber nicht vorher von anderer Stelle genehmigt oder - - Vielleicht können Sie auch noch mal schildern - auch wenn wir es vielleicht schon besprochen haben -, wie denn die Genese des Schreibens war. Haben Sie das verfasst und an andere Büros gegeben? Wurde es Ihnen gegeben einfach zur Unterschrift? Haben Sie es zur Genehmigung vorgelegt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich habe es zur Unterschrift vorgelegt bekommen.

Nina Warken (CDU/CSU): Von?

Zeuge Ernst Uhrlau: Aus der Abteilung - wer das damals vorgelegt hat, ich weiß das nicht; das müsste aus den Unterlagen dann ersichtlich sein -, in Absprache auch mit dem BND. Da sind ja die Gespräche zwischen der Abteilung und dem BND, Abteilung 2 und eventuell auch der Abteilung 4, der Rechtsabteilung, dann geführt worden. Aber das ist - -

Nina Warken (CDU/CSU): Und Sie haben das Einverständnis des Kanzleramtschefs für dieses Schreiben vorausgesetzt, als Sie es unterschrieben haben.

Zeuge Ernst Uhrlau: Dass ein solches Schreiben rausgeht, ja. Aber ich kann Ihnen nicht sagen, ob er das Schreiben vorher dann auch gesehen hat oder ob ich hinterher gesagt habe: Also, das Schreiben an Telekom ist rausgegangen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wenn wir aber von Einverständnis sprechen, dann ist das ja was, was vorher gelagert sein muss. Also, um es noch mal zusammenzufassen - ich habe Sie so verstanden -: Es wurde darüber gesprochen, es gibt so ein Schreiben. Das gab es dann auch. Sie haben es unterschrieben. Sie wissen aber nicht mehr, ob Sie dann Vollzug gemeldet haben oder vorher noch mal mit ihm gesprochen haben. Aber Sie sind davon ausgegangen, dass die Hausleitung mit diesem Schreiben einverstanden ist. - Habe ich das richtig wiedergegeben?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Dann übergebe ich noch mal. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich muss auch noch mal bei dem Schreiben nachhaken, weil ich im Grunde gerne das Schreiben hätte, was im Haus geblieben ist, nicht das Schreiben, was dann an die Telekom gegangen ist, sondern was rausgegangen ist. Dann bleibt ja immer der

Vorbereitungsteil, nach dem auch gerade die Kollegin Warken fragte, wo man raus entnehmen kann: Wie ist es bis zum Schluss aggregiert entstanden? - Das hätte ich gerne. Ich glaube, das wäre sinnvoll, auch diesen Teil irgendwann noch mal dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. Vielleicht finde ich ihn auch nicht. Ich habe ihn jetzt nur irgendwie nie gesehen. Vielleicht fehlt mir da was in der Wahrnehmung; das kann ja gut sein. Weil, was mir so ein bisschen fehlt, ist: Bei so einem wesentlichen Sachverhalt, wo der BND auf das Kanzleramt zukommt und sagt: „Wir wollen da was machen, bitte schreibt uns was - - Das ist eine besondere Situation. Und im öffentlichen Dienst kenne ich das so, da versichert man sich ja rück. Man schickt ja nicht einfach einen Brief raus. Kann einem ja immer auf die Füße wieder fallen; irgendeiner liest ihn oder gibt ihn weiter oder wie auch immer. So, und jetzt wird das gemacht. Da guckt man doch mal in alle Richtungen, ob das korrekt ist. Es ist ja auch klug gewesen, den nicht als Zehnseiter zu formulieren, sondern mit Bedacht, punktgenau auf das, was man erreichen wollte. Wer viel schreibt, schafft Angriffsfläche. Also, von daher ist das ja alles ganz klug vonstattengegangen. Aber die Genese, die fehlt. Und ich glaube nicht - Sie haben es ja auch gerade gesagt -, dass Sie sich alleine da hingesetzt haben oder dass der Chef des BK zu Ihnen kam und sagt: „Wir beide machen da jetzt mal was“, sondern das war doch ein normaler Verwaltungsvorgang irgendwo; vermute ich doch mal. So. Und da ist irgendwie nicht klar, wie das zustande gekommen ist. Oder ist der damalige Präsident BND direkt zum Chef BK gegangen und hat gesagt: „Mach das mal!“, und Sie wurden beauftragt, das Schreiben zu unterschreiben? So was es doch nicht, oder war es so?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich kann Ihnen darauf keine Antwort geben, ob der - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber zu Ihnen ist er nicht gekommen, der Präsident des BND? Oder ist er zu Ihnen gekommen und hat gesagt: „Wir brauchen das Schreiben“?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So war es?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ernst Uhrlau: Dr. Hanning hat ja mit Telekom gesprochen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar.

Zeuge Ernst Uhrlau: - und die sagten: Wir brauchen ein Schreiben nicht des BNDs, sondern des Kanzleramtes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. So weit, so gut.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dann ist er zu Ihnen gekommen und hat gesagt: Mach mir das Schreiben!

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so. Mündlich. So einfach geht das. Hätte man ja früher wissen müssen.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich weiß es nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja, das ist aber jetzt relevant - nicht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja, ja, ja, also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch, doch. Sonst hätte ich jetzt nicht gefragt. Also, das ist ja jetzt unglücklich für Sie. Ich meine, wenn das so einfach geht, mal so ein Dingelchen - - Das muss man rechtlich prüfen: Wie ist die G-10-Anordnung? Das kann doch nicht so spontan gelaufen sein. Also, ich hatte Ihnen jetzt unterstellt, dass es nicht so locker gelaufen ist.

Zeuge Ernst Uhrlau: Das ist ja in Gesprächen sicherlich damals vonseiten des BNDs auch mit der Abteilung gelaufen, ja. - Aber Sie können mich etliche Male fragen. Also, ich kann es nicht auflösen nachträglich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, also die Erinnerung ist da so nicht mehr dran.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Dann komme ich noch zu einem anderen Punkt, weil der eben für mich offen war. Ich weiß gar nicht, wer gefragt hat. Es ging um 2006, Selektoren mit europäischem Bezug.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da hatten Sie gesagt: Ja, die sind uns aufgefallen. - Dann hat man den Amerikanern gesagt - ich sage das jetzt mal in meinen eigenen Worten -: „So geht das nicht“, die haben gesagt: „Ja, war ein Versehen“, und damit war die Thematik 2006 erst mal erledigt - richtig?

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie - - Was genau haben Sie veranlasst damals, als bekannt wurde: „Da stecken Selektoren mit europäischem Bezug drin“?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich habe mit dem damaligen Abteilungsleiter Urmann, der das an mich herangetragen hat, gesprochen: Wie geht ihr damit um? „Ja“, sagt er, „wir sind auf die Amerikaner zugegangen. Die haben sich entschuldigt, haben gesagt: „Das ist ein Versehen und kommt nicht wieder vor.“ - So, und damit war das Thema für mich dann auch erst mal beendet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gab es keinen Prüfauftrag, ob es noch andere Fälle gibt? Gab es keinen Prüfauftrag, nachlaufend mal speziell zu gucken, ob das noch mal vorkommt und die Entschuldigung nur pro forma war? Gab es da weitere Maßnahmen, um Rechtmäßigkeit zu gewährleisten, Anordnungen von Ihnen speziell, Präsident BND?

Zeuge Ernst Uhrlau: Von mir nicht. Von mir nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Waren das besonders sensible Betriebe: EADS, Eurocopter? Oder war das etwas, wo Sie sagten: „Klar, mhm, kann dazwischenrutschen“? Also, mir geht es nur darum: Wir sind ja bei Nachrichtendiensten jetzt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So wie ich das Ganze hier verstanden habe, ist die Vertrauensbasis nicht unbedingt ganz hoch immer. Dann wäre ich doch mal so ein bisschen sensibilisiert gewesen und hätte gesagt: Mensch, was machen die Jungs da? Die wollen uns doch hier veräppeln. - Jetzt sagen die: Ist mal so ein Zufall gewesen, schwuppdiewupp, zufällig ein Rüstungskonzern da reingerutscht, nicht Peter Müller, sondern EADS; kann ja mal passieren; Buchstabensalat. - Aber, haben es ja gesagt, ist okay.

Man muss denen ja nicht sagen, dass man denen nicht alles glaubt. Man hätte ja sagen können: Na klar, ihr habt euch entschuldigt, logisch. - Und hätte ich trotzdem mal geprüft. - Kann ich bald bei Ihnen anfangen mit der Einstellung - nicht? - Aber haben Sie nichts gemacht? Macht mir Angst für den BND. Traut doch da nicht. Aber okay.

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, der zuständige Abteilungsleiter hat ja offensichtlich Prüfaufträge gegeben. Ich habe aber die Ergebnisse nicht gesehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich finde, eine Sache - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Und von -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, ja.

Zeuge Ernst Uhrlau: - dem Nachfolger von Herrn Urmann oder von den beiden Nachfolgern von Herrn Urmann habe ich dazu auch nichts wieder gehört.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So was mir halt so ein bisschen Sorge macht, ist nicht - das auch -, dass da diese beiden Suchbegriffe drin sind; das ist ärgerlich. Was mir aber Sorgen macht, ist, dass man da nicht stärker nachgehakt hat, so ist zumindest mein Eindruck gerade - egal, wer das ist; ob das Amerikaner, Briten, Franzosen, Griechen, sonst wer ist; ist mir ganz egal -, sondern dass man im Bereich der eigenen Sicherung, Wahrnehmung da nicht irgendwie etwas besorgt gewesen ist. - So ist der Eindruck

jetzt. Vielleicht war man es, und ich habe es nur nicht erkannt. Aber das macht mir so ein bisschen Sorge. Liege ich da falsch, oder war da vielleicht die Zeit anders?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, Sie können - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In der Nachschau ist man immer schlauer - nicht? Deswegen - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja, natürlich. - Sie können sicherlich die Zeit 2006 und folgende mit Konflikten nehmen und: Bricht man Konflikte mit den Partnern vom Zaun oder nicht, und was macht man intern? Dass die USA einen sehr viel umfassenderen Informationsbedarf haben als wir, das ist uns sehr wohl bekannt gewesen.

Für uns ist bei der Frage: „Machen die Amerikaner Wirtschaftsspionage zu kommerziellen Zwecken?“ eine eindeutige Position gewesen: Nein, das machen sie nicht. Wenn sie wirtschaftsrelevante Informationen nehmen, dann sind diese für das allgemeine Lagebild und notfalls auch für die politische Nutzung. Eine unmittelbare, auch von Unternehmen nutzbare Spionage hat die amerikanische Seite immer zurückgewiesen, aus durchaus verständlichen Gründen. Und von daher ist es schon sehr, sehr wahrscheinlich gewesen, dass der Informationsbedarf der Amerikaner in Richtung Europa oder in Richtung europäischer Staaten oder notfalls auch in Richtung Deutschland ein erheblicher ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gerade darum hätte ich ein kontinuierlich wachsames Auge mir gewünscht. - Ich würde gerne noch mehr fragen. Ich darf aber nicht mehr, weil die Zeit um ist. - Von daher kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, unsere Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege Ströbele beginnt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Uhrlau, ich habe zunächst zwei kleine Vorfragen, und zwar zunächst: So eine Korrespondenz nach außen des Bundeskanzleramts, wie das Schreiben da an die Telekom war, also an eine Privatfirma,



Nur zur dienstlichen Verwendung

muss man ja sagen: Haben Sie so was häufig unterschrieben?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist doch auch eigentlich gar nicht Ihre Aufgabe gewesen. War das das einzige Mal? Fällt Ihnen keine andere ein?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es war ein ganz singulärer Fall. Weil das wundert schon: Also, bei MoAs unterschreibt vielleicht mal der Präsident, sonst unterschreibt die Bundesregierung, wahrscheinlich für die Bundesregierung dann das Kanzleramt. Und das sind dann wahrscheinlich nicht Sie, sondern der Chef des Bundeskanzleramts; also, so eine völlige Ausnahme Geschichte. Haben Sie da nicht, als Ihnen das jetzt vorgelegt worden ist - „Wie komme ich eigentlich dazu? Wo ist eigentlich meine Zuständigkeit für so ein nettes Schreiben oder Beruhigungsschreiben an die Telekom?“ -, gesagt: „Wieso plötzlich?“?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, vor dem Hintergrund, dass die Telekom ein Schreiben des BNDs, des BND-Präsidenten nicht für ausreichend hielt, sondern dann ein Schreiben des Kanzleramtes haben wollte, haben die das Schreiben dann von mir bekommen, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ging doch da dem Bundesnachrichtendienst offensichtlich und wahrscheinlich auch der Telekom um den Segen des Bundeskanzleramtes, also irgendjemand, der da vertretungsberechtigt - - Ich meine, so wie Sie das jetzt schildern, hätte das ja irgendein anderer sein können aus dem Kanzleramt, Herr Wenckebach oder weiß ich wer. Ausgerechnet Sie sollten das jetzt unterschreiben und auch nicht jetzt ein ausführliches mit rechtlichen Darlegungen, sondern einfach so einen etwas einfachen Satz. Haben Sie sich sonst nicht gewundert? Hatte das irgendeinen Grund, warum man Sie ausgesucht hat?

Zeuge Ernst Uhrlau: Als Abteilungsleiter? Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Stand da drin: „Abteilungsleiter“?

Zeuge Ernst Uhrlau: Hm?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Ich darf so was, Abteilungsleiter“? Oder haben Sie - - Wichtig war der Briefkopf „Bundeskanzleramt“.

Zeuge Ernst Uhrlau: Das Bundeskanzleramt hat eine Position der Telekom mitgeteilt, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Jetzt die nächste Vorfrage: Diese Hauptstelle für Befragungswesen, das wird jetzt so dargestellt - auch Herr Hanning; das ist Ihnen ja vorgehalten worden -: Sie haben mit denen gut kooperiert. - Ist das der richtige Ausdruck? War nicht die Hauptstelle für Befragungswesen ein Teil des BND?

Zeuge Ernst Uhrlau: Befragungswesen ist -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das waren Mitarbeiter des BND, die das gemacht haben.

Zeuge Ernst Uhrlau: - Teil des BNDs, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es waren die Finanzen des BND. Also, wenn der Deutsche Bundestag dem BND Geld gibt, dann hat er da auch finanziert die Hauptstelle für Befragungswesen.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So einfach ist das.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und nun wird - man kann auch sagen - der BND da tätig, wenn auch unter anderen Buchstaben, nicht BND, sondern HB und so, HBW - - Jetzt haben die dann Befragungen durchgeführt. Das tut der BND ja, ist ja auch Arbeit des BND. Wir haben jetzt ja eine Mitarbeiterin gehört, die



Nur zur dienstlichen Verwendung

führende Mitarbeiterin da. Und die hat gesagt: Die ausländischen Partner, die dabei waren, die haben wir auch dabeigehabt. Und da waren auch welche dabei, die sprachen die Sprache dann des zu Befragenden - das war ja eine neue Situation zu der Zeit des Kalten Krieges; da waren das ja meistens Deutschsprechende -, aber die konnten sich mit denen unterhalten. - Die haben das gar nicht verstanden oder unsere Leute, die da dabei waren.

Ist das nicht eigenartig? Also, nicht nur so, dass die da alleine hingehen können, sondern da sitzt dann einer dabei, vielleicht um auch den Eindruck zu verstärken: „Wir sind mehrere“ oder so was, und die unterhalten sich jetzt über irgendwas, und der BND-Mitarbeiter weiß gar nicht, über was die reden, oder jedenfalls keinen konkreten Sachverhalt.

Zeuge Ernst Uhrlau: Das ist die Frage, auf welcher Vertrauensbasis Sie eine solche Zusammenarbeit machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Ernst Uhrlau: Und wenn Sie aus jahrelanger Erfahrung wissen, das ist ein vertrauenswürdiger Umgang, dann ist nicht Misstrauen Grundlage des Staates, sondern der vertrauensvolle Umgang in solchen Fragen. Und Sie haben ja auch eine Einschätzung im Zweifelsfall: Wo kommt jemand her? Was hat er für einen Vorlauf? Von welcher Relevanz sind solche Informationen? Und der Eindruck, der offensichtlich entstanden ist „Das ist nicht nur ein Tarnunternehmen des BND, sondern da werden hochwichtige und geheime Informationen beschafft“, das wird von der Wirklichkeit einfach gebrochen. Ich weiß nicht, was Ihnen die Mitarbeiterin des Dienstes zur Ergiebigkeit erzählt hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ich habe dazu nur eine letzte Frage: Sind Sie auch an den Informanten „Curveball“ über so einen Kontakt der Hauptstelle für Befragungswesen gekommen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt komme ich zu dem eigentlichen Komplex meiner Befragung, nämlich die Frage: Sie reden immer von Suchbegriffen, die der G 10-Kommission zugeleitet worden sind, über die die dann entscheiden, und Sie sagen: Die kontrollieren das ja alles, die Suchbegriffe. - Sind Suchbegriffe was anderes als Selektoren?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich weiß nicht, ob der BND eine unterschiedliche Begrifflichkeit hat, die Suchbegriffe, die der G 10-Kommission vorgelegt werden, ob die als Selektoren bezeichnet werden. Also, die Selektorenbegrifflichkeit ist seit Snowden mir bewusst, aber ich kannte das sonst aber nur unter Suchbegriffe, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie könnten keinen Unterschied sagen. Waren denn die Suchbegriffe oder Selektoren, die der G 10-Kommission gegeben worden sind mit dem Antrag, das zu genehmigen, Selektoren der Amerikaner?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern? Waren das denn eigentlich reale Suchen nach Personen oder Verbindungen, die Sie tatsächlich suchten, oder haben Sie da einfach was angegeben?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu meldet sich Herr Wolff kurz.

RD Philipp Wolff (BK): Unabhängig vom Kenntnisstand des Zeugen: Ob Suchbegriffe von einem bestimmten Partner kommen oder nicht, war es Gegenstand geheimer Beratungen auch gerade innerhalb der G 10-Kommission, das man natürlich nur in geheimer Sitzung behandeln kann.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist ja schon beantwortet. Also, ein bisschen spät.

RD Philipp Wolff (BK): Deswegen weise ich auch darauf hin.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das ist alles immer meine Zeit. - Also, es geht mir jetzt darum: Was haben Sie denn der G 10-Kommission geliefert, damit die diesen Weg auf die „Eikonol“-Glasfaserverbindungen, den Zugriff genehmigten? Was haben Sie denen da an reinem Wein eingeschenkt? Und haben Sie sich selber dazu kundig gemacht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, welche Begriffe in dem Antrag an die G 10-Kommission damals gestellt worden sind, ob das der normale Umfang dessen ist, was auch für die anderen G-10-Anträge vorgelegt worden ist, das weiß ich nicht, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie denn, ob der G 10-Kommission gesagt worden ist, dass es sich um eine Großoperation gemeinsam mit der NSA handelte?

Zeuge Ernst Uhrlau: Der Umgang mit der G 10-Kommission beinhaltet zunächst erst mal, welche Maßnahmen der BND durchführt. Mit wem er kooperiert, das ist nicht Gegenstand der Unterrichtung gegenüber der G 10-Kommission.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und haben Sie dann der G 10-Kommission - da muss ja auch nachher mal berichtet werden, was jetzt rausgekommen ist - in den Berichten mal mitgeteilt, worum es eigentlich geht? Also, da geht es ja auch um die Frage: Was ist dabei rausgekommen, wie nützlich ist das oder wie erfolgreich war das?

Zeuge Ernst Uhrlau: Kann ich Ihnen nicht beantworten, weil ich nicht in den Sitzungen der G 10-Kommission dann gewesen bin. Was in der Zeit, als ich BND-Präsident war, vonseiten des für die G 10-Kommission zuständigen militärischen Vizes dann der G 10-Kommission vorgetragen und auf Anfrage beantwortet ist, das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt nach knapp zehn Minuten zur nächsten Fraktion kommen. Es ist jetzt die Fraktion der SPD dran mit Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Uhrlau, ich gehe jetzt ziemlich weit noch mal zurück, ins Jahr 2001. Können Sie sich erinnern, dass noch vor dem 11. September 2001, im Juli 2001, eine Besprechung mit dem Chef BK stattgefunden hat, in der es um die Rahmenbedingungen der anstehenden Kooperation mit den US-Diensten gegangen ist?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich hatte bei der Vorbereitung im letzten Jahr so von der Zeitschiene und den Aktenvorlagen gesehen, die Diskussion „Wir übernehmen Bad Aibling“ - hat einen etwas längeren Vorlauf - und dass eine Kooperation in Bad Aibling mit den Amerikanern nach deutschem Recht erfolgen soll. So. Und darüber ist mit dem Chef des Kanzleramtes natürlich auch gesprochen worden; denn das war ein ganz wichtiger Ansatz, die Anlagen in Bad Aibling zu übernehmen und damit Erfassungsmöglichkeiten im Satellitenbereich eigenständig zu gewinnen, die der BND vorher so nicht gehabt hat.

Christian Flisek (SPD): Und können Sie sich noch daran erinnern, was da - Sie haben jetzt gesprochen unter Beachtung deutschen Rechts - - Was waren die Vorgaben, in dem Fall bei diesem Gespräch durch den Chef BK, für dieses Projekt?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, Vorgaben - welches die Vorgaben waren, wenn Sie die Erfassung des BNDs nehmen -: Welches ist da die Rechtsgrundlage? Was darf der BND bei Auslandsverkehren? Wie ist der Grundrechtsschutz für Grundrechtsträger im Inland und im Ausland zu sichern? Also, das sind die Fixpunkte, die mit den Amerikanern dann auch so zu verhandeln waren, was berücksichtigt werden musste von unserer Seite und was berücksichtigt werden musste von der amerikanischen Seite, und den Amerikanern zu vermitteln, dass Suchbegriffe, die auf Grundrechtsträger zulaufen, genauso wenig akzeptabel und rechtlich zulässig sind wie die Erfassung amerikanischer Staatsbürger. Also, das sind eigentlich die Punkte gewesen, die in den Verhandlungen zwischen BND und NSA im Zentrum stehen sollten und dann nachher auch so zwischen Hanning und Hayden gezeichnet worden sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ich würde Ihnen gerne einen stillen Vorhalt machen aus einer Geheim eingestuften Akte. Der Kollege Dähne wird das gleich noch mal sagen, was das für eine MAT-Nummer ist, Tagebuchnummer.

(Dr. Harald Dähne (BT):
MAT A BK-4/1, Seite 127,
Tagebuchnummer 1/14! -
Dem Zeugen werden Unter-
lagen vorgelegt - Er liest in
diesen Unterlagen)

Kennen Sie dieses Schreiben, oder können Sie sich jetzt sozusagen unter Vorlage des Schreibens noch mal detaillierter erinnern?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich habe es gesehen. Ich habe es abgezeichnet nach Rückkehr. - Ja.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Und jetzt noch mal zurück zu den Vorgaben. Ich meine, das ist ja nicht ein Schreiben jetzt des Chefs BK unmittelbar, sondern das ist ein Schreiben, in dem über eine Besprechung mit dem Chef BK referiert wird, in dem Fall durch Herrn Hanning, an Sie adressiert. Und das, was dort referiert wird an Vorgaben - das sind ja drei verschiedene Vorgaben, neben der von Ihnen angesprochenen Anwendung deutschen Rechts, die zwingend einzuhalten ist -: Ist das erschöpfend und richtig wiedergegeben?

(Der Zeuge liest weiter in
den ihm zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm, glaube schon.

Christian Flisek (SPD): Jetzt noch mal meine Frage: Können Sie sich jetzt unter Vorlage - das ist ja auch der Sinn der Vorlage von solchen Dokumenten, dass man sich sozusagen trotz des großen Zeitablaufs 2001 - 2016 eventuell noch mal so was vor Augen führt - - Herr Uhrlau, ich sage es noch mal so: Ich meine, das ist ja zwar ein singuläres Ereignis, aber im Kontext von 9/11 ja nicht etwas, was vielleicht - vielleicht korrigieren Sie mich - - Vielleicht waren das sozusagen Peanuts im Vergleich dessen, was man sonst alles zu tun hatte im Laufe so einer Karriere, die Sie

absolviert haben. Aber ich kann mir das jetzt irgendwie nicht vorstellen, sondern das sind ja schon grundlegende Entscheidungen damals gewesen. Können Sie sich daran jetzt noch genau erinnern? Können Sie sich genau noch unter Vorhalt jetzt dieses Dokuments an das Gespräch mit dem Chef BK erinnern?

(Der Zeuge liest weiter in
den ihm zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein. Also, an das Gespräch - und das ist ja der Bezug: 24.07.2001 - - Ich kann mich da nicht dran erinnern. Also, für uns ist das ja ein großer Erfolg gewesen, Bad Aibling so zu übernehmen und mit den Vereinbarungen, die mit den Amerikanern getroffen worden sind, bis hin zur Unterstreichung, dass die deutschen gesetzlichen Bestimmungen uneingeschränkte Akzeptanz haben. Also, deswegen - -

(Der Zeuge liest weiter in
den ihm zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Christian Flisek (SPD): Ich frage jetzt mal so: In der Anbahnungsphase eines solchen Projektes, wo über Vorgaben, Chancen, Möglichkeiten auch für den deutschen Geheimdienst diskutiert worden ist, vom Ablauf her, mal ganz allgemein, ohne dass Sie sich scheinbar jetzt konkret an einzelne Besprechungen erinnern können: Wie läuft da die Einbindung des Chefs BK ab? Legt man ihm das einmal vor in einer Besprechung, dann wird das besprochen, und dann ist das weiter unten auf der operativen Ebene? Oder wird er über jede aktuelle Wendung in der Anbahnungsphase und darüber hinaus unterrichtet?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, sicherlich nicht über jeden einzelnen Schritt.

Christian Flisek (SPD): Sondern? Wenn Sie jetzt sich vorstellen: Also, Angebot der Amerikaner, da Bad Aibling zu übernehmen, -

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Christian Flisek (SPD): - man verhandelt sozusagen die Konditionen beidseitig, am Ende kommt



Nur zur dienstlichen Verwendung

es zu einer schriftlichen Fixierung, und dann irgendwann legt man los. Wenn Sie sich mal diesen Zeitstrahl angucken: Wo, würden Sie jetzt sagen, würde normalerweise der Chef BK unterrichtet werden? Und wann hat er welche Entscheidungen zu treffen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, die Grundentscheidung zunächst: „Wir übernehmen Bad Aibling - -

Christian Flisek (SPD): Die trifft der Chef BK, oder trifft sie vielleicht sogar der Bundeskanzler selber?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein.

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Christian Flisek (SPD): Das macht der Chef BK.

Zeuge Ernst Uhrlau: Das ist Geschäftsbereich des Geschäfts des Bundeskanzleramtes.

Christian Flisek (SPD): Gut.

Zeuge Ernst Uhrlau: Die Möglichkeit, Bad Aibling zu übernehmen und damit auch die Erfassungsmöglichkeiten zu erweitern mit leistungsfähigen Radomen, das ist auch unter den Haushaltsgesichtspunkten schon hochattraktiv. So. Dann kommt auf der amerikanischen und auf der deutschen Seite die Verhandlungspartnerschaft von BND und NSA, die das ausformulieren, was dann in dem MoU seinen Niederschlag gefunden hat.

Christian Flisek (SPD): Und in der Phase befindet sich ja auch jetzt das Dokument, was ich Ihnen vorgelegt habe, und das ist ja dann auch nicht an den Chef BK gerichtet, sondern an Sie.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Christian Flisek (SPD): So. Bedeutet das jetzt im Umkehrschluss: Wenn die Entscheidung über das Ob mit den, ich sage mal, drei Bedingungen, die jetzt da auch referiert werden, getroffen worden ist durch den Chef BK, dann ist er damit nicht

mehr befasst, es sei denn beispielsweise, das Projekt würde plötzlich scheitern aus irgendwelchen Gründen, sondern bleibt das dann auf der Ebene, zum Beispiel bei Ihnen als Abteilungsleiter?

Zeuge Ernst Uhrlau: Es kommt dann die nächste Phase, dass das MoU gezeichnet worden ist von Hanning und von Hayden.

Christian Flisek (SPD): Muss Herr Hanning, bevor er seinen „Kaiser Wilhelm“ da druntersetzt, noch einmal beim Chef BK oder überhaupt im Kanzleramt anfragen, ob er das jetzt machen darf?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, bevor er gezeichnet hat, sind - ich kriege es nicht mehr genau zusammen - die Entwürfe ins Kanzleramt gekommen.

Christian Flisek (SPD): Bei wem?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das müsste auf jeden Fall eingelaufen sein wohl bei Wenckebach, und gesehen haben dürfte ich es dann wohl auch.

Christian Flisek (SPD): So. Aber bei Ihnen ist, sage ich mal, dann in der Richtung nach oben Schluss. Wenn Sie sagen: „Das ist so in Ordnung“, dann geht das zurück an den Herrn Hanning oder an den Stab im BND, und dann ist damit grünes Licht für eine Zeichnung gegeben.

Zeuge Ernst Uhrlau: Es kann sein, dass unabhängig von der Frage, ob das Papier dem Chef des Kanzleramtes auch vorgelegt wird, ob das in der Präsidentenrunde oder im Jour fixe dann angesprochen worden ist: „Wir haben jetzt die Papiere so weit fertig, und wir zeichnen“ oder: „Wir haben keine Probleme mehr; das ist alles entsprechend den Vereinbarungen so eingehalten worden“ - - Und dann gibt es die deutsche Fassung und die englische Fassung. Sie haben keine - -

Christian Flisek (SPD): Also mehr im Sinne eines Berichtes dann darüber, dass man jetzt in den Verhandlungen ein Wording hat, ein MoU, das diesen Vorgaben entspricht, -

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): - und dass man jetzt vor der Unterzeichnung steht oder vielleicht sogar bereits unterzeichnet hat, weil es dem entspricht, und dann geht es operativ los?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Christian Flisek (SPD): So. - Und jetzt sagen Sie mir mal, wann würde jetzt aus Ihrer Sicht - oder vielleicht haben Sie ja sogar Erinnerungen, wann das der Fall war - der Chef BK das nächste Mal, wenn irgendwas passiert in diesem operativen Projekt, informiert werden? Gab es Vorfälle?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein, also mir sind da in der Zusammenarbeit keine Vorfälle erinnerlich. Was eher erfolgt sein dürfte: eine Unterrichtung vonseiten des BNDs hinsichtlich der Ergiebigkeit für die Krisenregion. Und da dort die Erfassung Nordafrika, Afghanistan, Pakistan sehr, sehr gut war, sind da dann sicherlich auch Berichtsergebnisse dem Chef des Bundeskanzleramtes geschildert worden. Also, da gehe ich davon aus, dass Hanning dann die Goldkörner, die da gewonnen worden sind, auch präsentiert hat.

Christian Flisek (SPD): Im Sinne einer Rechtfertigung, dass man dieses Projekt tatsächlich auch richtig bewertet hat, nämlich als besonders wertvoll oder wie auch immer?

Zeuge Ernst Uhrlau: Als Erfolg.

Christian Flisek (SPD): Als Erfolg?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das, was man da als Grundlagen vereinbart hat für die Kooperation, galt das „nur“ - nur in Anführungsstrichen jetzt - für Bad Aibling, oder galt das - - war das eventuell auch die Grundlage für Projekte wie beispielsweise „Eikonal“?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, bei der Frage

(Der Zeuge blättert in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

- ich will es noch mal aufschlagen - „uneingeschränkte Akzeptanz der deutschen gesetzlichen Bestimmungen“: Das ist auch Basis für „Eikonal“ gewesen.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, man hat im Prinzip in der Anbahnungsphase dann von „Eikonal“ dieses Prozedere dann nicht noch mal durchgeführt, weil das im Prinzip bereits geklärt war?

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.

Christian Flisek (SPD): Es war quasi die Geschäftsgrundlage auch für „Eikonal“?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wie hat man denn im Kanzleramt jetzt sichergestellt, dass sozusagen dann - weil Sie ja auch eine Aufsichtsbehörde im Prinzip sind; Sie haben ja da operativ jetzt auch nicht die Finger drin - - Wie hat man denn sichergestellt, dass das, was an Vorgaben da war, dann en détail operativ auch tatsächlich im Dienst umgesetzt wurde?

Zeuge Ernst Uhrlau: Sie haben bei dem MoU im Annex etliche Vereinbarungen zum Handling. Auch das ist zwischen BND und NSA so verhandelt worden. Und das Kanzleramt ist nicht näher eingestiegen in den weiteren Umsetzungsprozess beim BND.

Christian Flisek (SPD): Ich frage jetzt mal umgekehrt: Für den Fall, dass es in solchen Projekten dann einerseits besondere Vorkommnisse gegeben hat, wo Sie ja dann auch im Kanzleramt in der Verantwortung stehen, dass das beispielsweise gegenüber dem Parlamentarischen Kontrollgremium berichtet wird: Wie hat man das sichergestellt, dass so etwas dann - - Hat man gesagt: „Na ja, die kennen die Gesetze auch; die wissen, was ein besonderes Vorkommnis ist; und wir gehen davon aus, dass, wenn so was vorliegt, es uns gemeldet wird“? Oder hat man da in Zeitintervallen mal nachgefasst, hat gefragt: Wie läuft das Projekt, läuft alles glatt, gibt es - - Hat man



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich mal konkret was angeschaut, vorlegen lassen, Mitarbeiter, die da operativ tätig waren, vielleicht einmal ins Kanzleramt zitiert?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, über Bad Aibling ist - ich weiß nicht, wie oft - gegenüber der Parlamentarischen Kontrollkommission berichtet worden. Berichterstatter war dann entweder der Präsident oder der zuständige Abteilungsleiter.

Christian Flisek (SPD): Des BND?

Zeuge Ernst Uhrlau: Des BNDs.

Christian Flisek (SPD): Mhm.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ob das ebenfalls ausführlich gegenüber der G 10-Kommission berichtet worden ist, das weiß ich nicht. Und ansonsten gingen wir vom Funktionieren der Erfassung, der Verarbeitung und auch der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen aus.

Christian Flisek (SPD): Jetzt frage ich mal Sie: Sie stehen - - Sie waren von 1999 bis 2005 ja Abteilungsleiter 6 -

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Christian Flisek (SPD): - im Kanzleramt. So. Und Sie stehen sozusagen genau an dieser Schnittstelle: einerseits Chef BK, andererseits sozusagen mit Ihrer Abteilung, die Sie geleitet haben, Schnittstelle zu den Diensten. - Was war Ihr Entscheidungsmaßstab, was Sie sozusagen an den Chef BK geben und was sozusagen bei Ihnen in der Abteilung auf dem Tisch bleibt? Weil ich gehe ja davon aus, dass die Dienste - korrigieren Sie mich, wenn ich das falsch hier sage - nicht unmittelbaren Zugang zum Chef BK haben, sondern wenn, dann geht das über Ihren Tisch zunächst, und Sie haben diese -

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.

Christian Flisek (SPD): - Entscheidung zu treffen: Was melde ich und was nicht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und was war da Ihr Entscheidungsmaßstab? Können Sie den in Worte fassen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Sicherlich Relevanz für die augenblickliche Situation. Wenn Sie das auf der Zeitschiene nehmen: Was haben wir für sicherheitspolitische Rahmenbedingungen? Terrorismus und Afghanistan. Wenn das Thema „Informationsgewinnung und -nutzung und Verbreiterung der Informationsbasis, weitere technische Erhöhung“ ist, dann ist Basis erst mal: Welche Ergebnisse haben wir? Probleme, Schwierigkeiten - nein.

Christian Flisek (SPD): Wie: „Probleme, Schwierigkeiten - nein“? Verstehe ich jetzt nicht.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich habe keine Erinnerung, dass über Bad Aibling in der Zusammenarbeit mit den Amerikanern in der Zeit im Kanzleramt irgendwelche Probleme aufgetaucht sind.

Christian Flisek (SPD): „Eikonal“?

Zeuge Ernst Uhrlau: „Eikonal“ ist dann ja nachher in der Zeit, als ich BND-Präsident war. Aus der Anfangszeit „Eikonal“ habe ich als Abteilungsleiter vom BND da nichts gehört, den Schwierigkeiten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir langsam wieder wechseln.

Christian Flisek (SPD): Ich hätte nur eine Frage noch zum Schluss.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Christian Flisek (SPD): Wie war denn der Rhythmus dieser Unterrichtung? Gab es - - Gibt es regelmäßige Runden, an denen so etwas stattfinden kann oder stattfindet, oder ist das sozusagen ex situatione, wenn was passiert?

Zeuge Ernst Uhrlau: Sie haben regelmäßige Sitzungen im Kanzleramt, die sogenannte ND-Lage, dann die Präsidentenrunde, Sie haben dann vielleicht auch noch einen Jour fixe. Das heißt - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): An all diesen Sachen nimmt auch der Chef BK teil?

Zeuge Ernst Uhrlau: Unterschiedlich, ganz unterschiedlich. Sie haben von daher praktisch im wöchentlichen Rhythmus mindestens die Möglichkeit, irgendetwas anzusprechen oder natürlich in der ständigen Kommunikation zwischen dem BND-Präsidenten und mir oder meinem Vertreter, wenn irgendwelche Probleme aufgetaucht sind, die dann auch vor ND-Lagen schon mitzuteilen, und man vereinbart sich. Das wird dann am Rande der ND-Lage eventuell, wenn es erforderlich ist, mit dem Chef des Kanzleramtes besprochen oder so, -

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Ernst Uhrlau: - immer abhängig von der jeweiligen Terminlage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank.

Christian Flisek (SPD): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kommen wir zur nächsten Fragerunde. Es beginnt die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Zum Thema „Abänderung von Zielkoordinaten“ ist eine Frage offengeblieben. Ich stelle jetzt mal anheim, dass tatsächlich dieses Dokument, was Sie als Vorhalt bekommen, sich nicht auf die USA bezieht, sondern auf einen Partner in der Region, um die es hier geht. Aber nichtsdestotrotz gibt es ja die Aussage von Herrn Schindler und auch von Frau K. von der Hauptstelle für Befragungswesen, dass es eine allgemeine Weisung gab zu einem bestimmten Zeitpunkt, die Daten nicht vollständig oder ungenau weiterzugeben. Es scheinen zwei getrennte Vorgänge zu sein, die vielleicht an einem einzelnen Punkt miteinander zusammenhängen; aber diese Weisung war, so von Herrn Schindler und Frau K. ausgeführt, doch genereller Art und Weise und bezog sich explizit auch auf die NSA. Ist es richtig, dass es so eine Weisung von Ihnen gegeben hat? Steigen wir noch mal so ein.

Zeuge Ernst Uhrlau: Frau Abgeordnete, ich kann Ihnen nicht sagen, wie viele Weisungen ein Präsident im Laufe von sechs Jahren aus welchen Gründen dann erteilt. Ich habe vorhin versucht, zu vermitteln, was der Ausgangspunkt gewesen sein könnte. Und der Ausgangspunkt mit den Erfahrungen und Vorwürfen, die es gegeben hat - - war sicherlich dann auch im Interesse des Kanzleramtes, dass in der Weitergabe von Information der BND gar nicht in die Gefahr hineinkommt, dass seine Informationen zu nicht gewünschten Aktivitäten genutzt werden. So. Und wenn Sie das 2006 dann auch in einen historischen Kontext bringen, dann macht das einen Sinn, -

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Ernst Uhrlau: - auch wenn ich mich an diese Weisung nicht mehr erinnern konnte. Aber wenn ich sie so eingebettet sehe, halte ich es für denkbar, dass das auch aus der Erörterung mit dem Kanzleramt so entstanden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei diesen Verwendungen zu militärischen Operationen, Stichwort „extralegale Hinrichtungen“, spielte da der Drohnenkrieg schon eine Rolle -

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - bei der Weisung, oder noch nicht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein. - Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und gab es hinsichtlich des Drohneneinsatzes dann noch mal eine eigenständige Diskussion, welche Daten geeignet sind, für militärisch bewaffnete Drohnen genutzt zu werden?

Zeuge Ernst Uhrlau: Keine eigenständige Diskussion. Wir haben im weiteren Verlauf des letzten Jahrzehntes dann eher die Diskussion gehabt: „Welche Informationen aus Deutschland werden für Drohnenangriffe in den Tribal Areas genutzt?“ und: „Stammen die vom BND?“ oder: „Stammen die vom BfV?“ Das sind mehrfache Erörterungen in den zuständigen Gremien und in der Öffentlichkeit gewesen. Soweit ich das in der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Erinnerung habe, sind keine Informationen des BNDs für solche Angriffe genutzt worden, weil solche Informationen dem BND zum Teil auch gar nicht vorlagen. Sie haben die ganz andere Kooperation, wenn es um Deutsche in den Tribal Areas geht, zwischen NSA und BfV - Schrägstrich - Verfassungsschutzbehörden. Aber das ist eine ganz andere Hausnummer. Das Thema Drohen ist mit BND-Informationen nicht in Verbindung zu bringen. Wir haben die Einstiegsdiskussion über Zielkoordinaten - das habe ich einige Male gesagt -, über den Irakkrieg gehabt, ob dort etwas genutzt werden konnte. Und in dem Untersuchungsausschuss hat es etliche Diskussionen zwischen mir als damaligem BND-Präsidenten und dem Ausschuss dann gegeben, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch ein paar Fragen zur Kooperation in Bad Aibling und dem Einsatz der NSA-Selektoren. Ist Bad Aibling die einzige Außenstelle, in der NSA-Selektoren eingesetzt werden?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie ist es denn mit Selektoren von anderen Partnern, werden die auch immer nur an einem Ort eingesetzt?

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

Also, ich denke mir immer - - Wir wissen ja, dass in den Außenstellen verschiedene Kommunikationsarten verarbeitet werden, je nach den technischen Parametern, die dort vorhanden sind. Jetzt finde ich das relativ merkwürdig, dass die NSA-Selektoren nur in einer Außenstelle genutzt werden sollen, und ansonsten lässt man die liegen, obwohl es ja vielleicht auch in anderen Außenstellen Ergebnisse geben könnte. Sehr, sehr ineffektiv.

Zeuge Ernst Uhrlau: Diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten, Frau Abgeordnete.

Martina Renner (DIE LINKE): Wussten Sie, was in der JSA genau läuft, was dort verarbeitet wird, wer dort Zugriff hat auf die Daten, wie viele Daten dort verarbeitet werden, -

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - woher die stammen? Was wussten Sie zur JSA?

Zeuge Ernst Uhrlau: Amerikanische Einrichtung unter amerikanischem Recht und Nutzung der vereinbarten Informationen aus der Kooperation.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber die JSA ist nach unseren Unterlagen keine amerikanische Einrichtung, sondern ein bilaterales Projekt unter Leitung des BND. Also, so wurde uns das immer gesagt. Ich meine, ich rede jetzt nicht von SUSLAG; ich rede jetzt von der JSA.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ach so.

Martina Renner (DIE LINKE): SUSLAG, da sitzen die alleine.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Aber in der JSA, hat man uns gesagt, es hatte - - Die Leitung lag beim BND; dann gab es noch sozusagen jemanden zur Seite gestellt von der US-amerikanischen Seite, so ein Pendant. Aber der BND hat kontrolliert, wer was dort macht und bekommt. Haben Sie einen anderen Stand?

(Der Zeuge wendet sich an
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge Ernst Uhrlau: Herr Wolff, helfen Sie mir bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Wolff weiß das?

RD Philipp Wolff (BK): Grundsätzliche Angaben zur JSA, soweit sie Ihnen bekannt sind - das ist ja die nächste Frage -, kann man machen. Wenn die Einrichtung JSA an sich Ihnen nicht Erinnerung ist in der Form, ist es so, wie es ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie sagen: „Es ist eine amerikanische Einrichtung“ oder: „Die haben die Führung“.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ernst Uhrlau: Dann sehe ich das wahrscheinlich als SUSLAG?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, vielleicht reden Sie über die Keksdose. Die war ja auch dort. Aber ich rede über das Kooperationsprojekt. - Oder ist das alles eins, und diese Trennung „Da ist die Keksdose, und da ist die JSA, und da ist der BND“ ist alles künstlich, und Bad Aibling ist ein großer Marmorkuchen, wo alles ineinanderläuft?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, die Abläufe sind mir, mögen Sie nachvollziehen oder nicht nachvollziehen, bezogen auch auf SUSLAG und JSA, nicht so transparent, dass ich da eine Einschätzung habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Frau Renner - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Ist die Fragezeit schon rum?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Schade.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann geht es weiter mit der CDU/CSU.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Kollege hat später noch Fragen, aber in der Runde dann nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Okay. - Dann geht es weiter mit - ich vermute - Herrn von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, so ist es, Frau Vorsitzende. Vielen Dank. - Herr Uhrlau, Sie haben vorhin gesagt, es gebe keine Trennung von Routine und G 10 bei der Erfassung; also Routineverkehre und G 10 werden gemeinsam erfasst. Ich vermute auch, dass das so ist. Aber können Sie das noch mal bestätigen, dass sozusagen die Abgriffspunkte, an denen der BND paketvermittelte Daten ausleitet, dass das Routine- und G-10-Erfassungen sind? Man sammelt einfach alles.

Zeuge Ernst Uhrlau: Im Rahmen der zugewiesenen Kontingente, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Der zugewiesenen Kontingente“ heißt, Sie reden von einer Kapazitätsbegrenzung?

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 20 Prozent?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 20 Prozent des tatsächlich laufenden Verkehrs oder 20 Prozent von der Kapazität der Strecke?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich weiß nicht mehr, wo die 20 Prozent ansetzen. Das weiß Ihr Nachbar besser.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Man redet von 20 Prozent der Strecke. Und bei Strecken, die eben nur zu Höchstzeiten zu 20, 25 Prozent ausgelastet sind, kommt man im Tageslevel halt zu einem Vollabgriff. - Aber der interessante Punkt ist an diesen 20 Prozent und dieser - - Es war ja mal für ein anderes Zeitalter gedacht sozusagen, diese Rechtsprechung; da will ich mich gar nicht so - - Aber die Punkte, wo man erfasst, erfasst man Routine und G 10.

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das bedeutet auch, dass die Strecken eigentlich keinen - - keine Relevanz, welche Strecke man auswählt. Spielt das eine Rolle oder nicht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Doch, es spielt eine Rolle: wenn Sie hoffen, auf bestimmten Strecken besonders relevante Informationen aus Krisengebieten



Nur zur dienstlichen Verwendung

oder Proliferationen¹ oder zu sonstigen Aufklärungsschwerpunkten des BNDs zu bekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber aus Ihrer schwierigen Zeit da, 2003/2004, wissen wir ja, dass eigentlich bei der Paketvermittlung auf allen Kabeln alles drauf sein kann, also, dass man zumindest zwischen Ausland und Inland nicht mehr unterscheiden kann. Korrekt?

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Zeuge bestätigt, was ich gefragt habe. - Und wie macht man das denn dann? Kann es denn auch sein, dass man da mal eine Strecke Essen-Wuppertal mitnimmt oder - - Weil es kann ja alles drauf sein.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich weiß es nicht, also - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, die Frage: Könnte es sein, dass innerdeutsche Strecken erfasst worden sind?

(Zuruf des Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zeuge Ernst Uhrlau: Kann ich nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, es könnte sein?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ob das zur damaligen Zeit schon erfolgte, was wir aus den letzten Jahren im Zusammenhang mit Snowden gehört haben, wie die Verkehre geroutet werden, ob das im letzten Jahrzehnt schon so der Fall gewesen ist oder erst in diesem Jahrzehnt: Ich weiß es nicht. Ich bin - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Verantwortlicher für diese Praxis - Mitverantwortlicher - können Sie mir nicht beantworten, ob man auch innerdeutsche Strecken erfasst hat?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein, kann ich Ihnen nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir beantworten, ob diese Erfassungen dokumentiert wurden, ob irgendjemand aufgeschrieben hat, welche Strecken man erfasst in welchen Zeiträumen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das müsste der BND sicherlich dokumentiert haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würde ich auch denken. Leider fehlen uns diese Akten bis heute. Aber das muss dokumentiert worden sein. Aber wenn da eben Wuppertal-Essen steht oder Zehlendorf-Mitte oder so, dann ist das natürlich nicht so schön. Scheint man nicht so gern zu teilen, aber - - Ja. - Jetzt haben Sie gesagt, die Suchbegriffe wären ja genehmigt worden von der G 10-Kommission. Und - - Das hat der Kollege Ströbele vorhin schon mal angeschnitten, aber um das noch mal klar zu bekommen: Man hat ja Millionen von NSA-Suchbegriffen gesteuert. Hat die G 10-Kommission die denn genehmigt?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber da ist doch irgendwie das Problem. Wenn man eine G 10-Kommission hat, um Grundrechtsträger zu schützen und zu gucken, dass alles in Ordnung ist, für ein paar Hunderttausend BND-Selektoren, und dann macht man eine Kooperation mit der NSA, einem Geheimdienst, dem man jetzt nicht zu 100 Prozent vertraut - - Und diese Millionen von Suchbegriffen, die legt man nun der G 10-Kommission nicht vor. Hat man dann wenigstens ein schlechtes Gewissen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Herr Abgeordneter - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich ziehe die Frage zurück. Das ist polemisch. - Also, ist das thematisiert worden?

¹) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein. Wir haben beim Thema NSA-Suchbegriffe nachher - - nachdem der Frankfurter Knoten für die Amerikaner beendet war, die Suchbegriffe über Bad Aibling -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

Zeuge Ernst Uhrlau: - ansonsten bezogen auf die Abgriffe, die der BND dann in Deutschland macht - ohne amerikanische Selektoren, sondern das sind die genehmigten Suchbegriffe, die unter G-10-Gesichtspunkten dann auch geprüft werden können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach 2008?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nach 2008.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Nur: Vorher lief es eben jahrelang in Deutschland, auf deutschem Boden, auf dem Knotenpunkt. Wir reden ja eigentlich immer hier von dem Telekom-Kabel; aber ich glaube, es ist eher so, wie Sie sagen, nämlich der Knoten in Frankfurt. Da hat man eben über mehrere Jahre Millionen von Selektoren gesteuert, mit denen man noch im Jahr 2015 solche Probleme gehabt hat, dass man die Kooperation kurzzeitig ausgesetzt hat. - Na gut, aber sei's drum.

Ich will zu sprechen kommen auf ein Protokoll. Wir haben darüber auch schon mal geredet, aber jetzt noch mal vor dem Hintergrund:

Berlin, ... 27. Oktober 2004

Das ist alles so schlecht kopiert. Hat das ein Aktenzeichen? - Aktenzeichen liefere ich nach. Es geht - -

(Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unterhält sich mit einer Fraktionsmitarbeiterin)

- BND-17/3, Auszug, offen. Und da geht es um - - Betreff:

... Erfassung paketvermittelter Fm-Verkehre durch den BND

... Vorschlag zum Vorgehen

Vortrag BND/Abt 2 im BK am 20.10.2004

Und dieses Protokoll ist vom 27. Oktober. Anwesend im Bundeskanzleramt waren Uhrlau, Wenckebach, Vorbeck, Bartodziej, Mewes, Siegmund, Karl - aber eben vor allen Dingen Uhrlau. Und da steht der bemerkenswerte Satz - - Also, es geht erst um die leitungsvermittelten - - Aber das ist eigentlich Schnee von gestern. Und dann kommt:

Handlungsbedarf besteht hinsichtlich der Darlegung des Vorhabens zur Überwachung paketvermittelter Verkehre gegenüber ...

- ist geschwärzt, ich vermute mal, Telekom -
und der G 10-Kommission.

Und jetzt kommt es:

In der Diskussion wurden die Optionen „Erstellen eines Gutachtens durch BK“ und „Herbeiführen eines förmlichen Beschlusses der G 10-Kommission ausgeschlossen“.

Ausgeschlossen! Und dann kommt der noch bedenkenwertere Satz:

Eine Änderung des G 10-Gesetzes wäre nicht vermittelbar.

Und jetzt würde ich Sie gern mal fragen: Was für Diskussionen sind denn diesen bedeutungsschwangeren Sätzen vorausgegangen? Warum hat man denn die G 10-Kommission nicht informiert?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich habe zwar gesehen in der Vorbereitung im letzten Jahr, dass es eine solche Sitzung gegeben hat. Ich habe versucht, das nachzuvollziehen, ob und wie lange ich bei dieser Sitzung dabei gewesen bin. Ich kriege das



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht zusammen und habe auch nur das Ergebnis, was Sie eben vorgetragen haben. Aber an die Besprechung und an die Argumentation habe ich keine Erinnerung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht an die Diskussion, dass man an das Gesetz nicht ranwollte? Hinterher ist man ja immer klüger; aber von heute aus ist es völlig klar: Man hätte bei dieser geänderten technischen Sachlage das Gesetz ändern müssen. Und das hat man damals nicht gemacht. Und eigentlich muss das doch wochenlang bei Ihnen diskutiert worden sein.

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, bei der Frage, welche Gesetze im Bereich der Dienste einschließlich G 10 verändert werden, da bitte ich einfach zu berücksichtigen, wie die Koalitionssituation gewesen ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das nehme ich ausnahmsweise mal so mit.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ernst Uhrlau: Und es ist eine ganz praktische Frage, also - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit der Union wäre das besser gegangen, sagen Sie. Ja, das werden wir ja jetzt die nächsten Monate sehen, aber - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was denn?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Die Zeit ist um.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Ja, dann muss ich noch mal fragen. Aber gut, ja. - Vielen Dank.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Jetzt geht es weiter bei der SPD.

Christian Flisek (SPD): Ist man gar nicht gewohnt, wenn die Union aussetzt, dass man so schnell dran ist. - Herr Uhrlau, wir haben doch noch ein paar - - oder ich habe noch ein paar wenige Fragen. Ich frage es mal so: Die Begriffe „Weltraumtheorie“ und „Theorie des virtuellen Auslands“, die ja in dem Komplex Bad Aibling und „Eikonal“ eine Rolle spielen: Sind die Ihnen erstmals in der Presse untergekommen, durch Lektüre der Presse, der Presseberichterstattung jetzt nachträglich, oder ist Ihnen das schon während Ihrer Tätigkeit im Kanzleramt oder als BND-Präsident untergekommen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Eher in den letzten Jahren, nach Ausscheiden.

Christian Flisek (SPD): Also, nach Ausscheiden, aufgrund von Presseberichterstattung oder - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wenn man sich jetzt mal von diesen Schlagworten löst - - Der Gedanke - - Jetzt nehmen wir mal, bezogen jetzt auf Aibling, das Thema Weltraumtheorie, also diesen Begriff. Was verstehen Sie denn dahinter? Was ist die Idee dahinter?

Zeuge Ernst Uhrlau: Erfassung von Satellitenverkehr.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja; aber das ist ja eine Theorie im Sinne der Anwendung und Auslegung deutschen Rechts. - Wenn Sie es nicht wissen, sagen Sie es auch.

Zeuge Ernst Uhrlau: Das hat damals keine Rolle gespielt. Diese Diskussion, die augenblicklich geführt wird, ist 2011 und davor nicht Gegenstand von Erörterungen mit dem Kanzleramt gewesen.

Christian Flisek (SPD): So. Der Gedanke, der ja, ich sage mal, hinter sowohl virtuellem Ausland als auch Weltraum steckt, ist ja der, dass man versucht, die Erfassung der Daten in der Auslegung des geltenden Rechts, in dem Fall jetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch des BND-Gesetzes beispielsweise, so auszu-
legen, dass man sagt: Es ist nicht innerhalb des
Geltungsbereiches dieses Gesetzes; es ist außer-
halb. - Also, ich fasse das jetzt mal so zusammen.
Und dieser Gedanke, unabhängig jetzt von der
Bezeichnung, sagen Sie, der hat bis 2011 keine
Rolle gespielt.

Zeuge Ernst Uhrlau: Unter rechtlichen Gesichtspunkten nicht. Das frühere Mitglied der G 10-Kommission Jürgen Seifert hat in den Sitzungen immer vom Thema „offener Himmel“ gesprochen. So, und das ist das Verständnis auch gewesen bei den Satellitenverkehren. Es ist erfassbar für auch andere außerhalb Deutschlands, je nachdem, wo dann der Downlink runterkommt. Aber das wurde als offen verstanden, ja.

Christian Flisek (SPD): Ist da ein Unterschied jetzt - also, ich sage mal konkret - zwischen dem, was man als offenen Himmel bezeichnet, und dem, was man als Weltraumtheorie bezeichnet?

Zeuge Ernst Uhrlau: Wahrscheinlich nicht.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Also, die Intention grundsätzlich, wenn ich sage: „Dahinter steckt eine Intention in der Rechtsanwendung und in der Auslegung“, ist ja die, dass man hier bestimmte Erfassungsansätze sozusagen nicht dem deutschen Rechtsregime - BND-Gesetz, Datenschutzgesetz - zuführen möchte. Ist das richtig wiedergegeben?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ob das die Intention gewesen ist, vermag ich nicht zu sagen. Nur, die erfassten Informationen unterlagen sehr wohl dem G-10-Regime; denn die Nutzung dieser Informationen zu verschiedenen Zwecken, ob Routine oder G-10-relevant, ist über die Filterkonstruktion: Was darf der BND zu Grundrechtsträgern nutzen oder nicht nutzen, was darf er weitergeben oder nicht weitergeben, bezogen auf Grundrechtsträger? Also, von daher haben Sie einen eingeschränkten offenen Himmel. So ist das mein Verständnis gewesen.

Christian Flisek (SPD): Wer hat denn sich so was ausgedacht? Sind das die Juristen, die G-10-Juristen beim BND, -

Zeuge Ernst Uhrlau: Das weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): - oder ist das das Kanzleramt gewesen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Ich frage jetzt mal umgekehrt: Gab es in Ihrer Zeit, sei es als Abteilungsleiter, sei es als BND-Präsident, vonseiten der Kanz- - der Leitung des Kanzleramtes jemals eine Vorgabe - ich formuliere es jetzt mal irgendwie so -, dass man gesagt hat: „Ja, deutsches Recht ist einzuhalten, aber geht bitte bei der Anwendung sozusagen an den Rand dessen, was gerade noch irgendwie vertretbar ist!“, also: „Nutzt“, ich sage mal, „den gegebenen Rahmen irgendwie sportlich aus!“, um den Möglichkeitsraum möglichst groß zu machen? Gab es Vorgaben dieser Art?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

(Abg. Christian Flisek
(SPD) blättert in seinen
Unterlagen)

Christian Flisek (SPD): Wo war dieses Zitat noch mal? - Ich habe noch eine Frage zum „Glo“-Komplex, wo Sie ja gesagt haben, dass Sie da eher wenige Kenntnisse haben.

Zeuge Ernst Uhrlau: Null.

Christian Flisek (SPD): Ich habe es freundlicher formuliert. - Kennen Sie aus Ihrer Zeit als Abteilungsleiter 6 einen Sachverhalt, in dem aus - - im *Spiegel* zumindest darüber berichtet wird? Das ist in der Ausgabe 37 aus 2015, Seite 41? Da heißt es - ich zitiere -:

Monate vor dem offiziellen Beginn
der Operation, am 25. Juli 2003,
sandte Hanning einen „Letter of
Authorization“ an George Tenet,
den damaligen CIA-Chef. Darin
versicherte er, dass seine Regie-
rung -

- also Hannings Regierung, unsere Regierung -



Nur zur dienstlichen Verwendung

- der Operation zustimme und sie unterstütze. Es ist unwahrscheinlich, dass der BND-Chef den Brief ohne Absprache mit dem Kanzleramt abschickte.

Also, es geht konkret zum Thema „Glo“ um einen Brief, den der damalige BND-Präsident Hanning, einen sogenannten Letter of Authorization, an den CIA-Chef sendet, 2003. Da waren Sie im Kanzleramt. Und jetzt wird hier es als unwahrscheinlich bezeichnet in der *Spiegel*-Berichterstattung, dass dies ohne Absprache oder Rücksprache mit dem Kanzleramt erfolgte. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein; das ist im letzten Jahr ja schon nachgefragt worden. Und wenn Hanning und Tenet Briefe wechseln - - Und was ist Sinn und Zweck dieses Letters? In welcher Eigenschaft tauschen Hanning und Tenet sich aus? Das sagt mir im Moment noch überhaupt nichts.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich mutmaße mal: eben in der Eigenschaft als BND-Präsident und als Chef der CIA, zweier Nachrichtendienste, die beabsichtigen, ja ein Kooperationsprojekt zu initiieren.

Zeuge Ernst Uhrlau: Es kann was ganz anderes denkbar sein: dass Hanning bestätigt, dass CIA eine Operation eventuell mit einer Inlandsbehörde durchführt, und dass in solchen Fragen dann die Zustimmung des BNDs eingeholt werden muss. Ich weiß es nicht.

Christian Flisek (SPD): Dass Hanning bestätigt, dass die CIA mit einer Inlandsbehörde - - Was für einer Inlandsbehörde?

Zeuge Ernst Uhrlau: Verfassungsschutz.

Christian Flisek (SPD): Mhm. Und dann schreibt der BND-Chef? Ja, ja, ich meine, klar, es ist spekulativ, aber: Dann schreibt der BND-Chef? Also, abgesehen jetzt davon, dass das Beispiel genauso wahrscheinlich spekulativ ist: Aber ich würde es gern trotzdem verstehen jetzt. Warum soll der BND-Chef an den CIA-Chef irgendwas schreiben,

wenn es um eine Kooperation der CIA mit beispielsweise einer anderen Inlandsbehörde Deutschlands geht wie dem Bundesamt für Verfassungsschutz?

Zeuge Ernst Uhrlau: Wenn in der Vereinbarung mit einem Auslandsdienst geregelt ist, dass ausschließlich die Auslandsbehörden untereinander verkehren, und wenn es Abweichungen gibt, dann muss das genehmigt werden. So könnte ich mir dann nur einen Reim daraus machen. Und so was muss das Kanzleramt nicht erfahren.

Christian Flisek (SPD): Sie sagen aber: Das ist spekulativ.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, Sie haben keine Anhaltspunkte dafür, dass es eine Kooperation zwischen CIA und Bundesamt für Verfassungsschutz -

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Christian Flisek (SPD): - tatsächlich gab und dass der Anlass dafür war - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich habe die ganze Zeit immer versucht, herauszufinden, letztes Jahr schon, was denn das für eine Operation ist, von der *Spiegel* und Sie überzeugt sind, dass das Kanzleramt davon wissen müsste. Und als Abteilungsleiter damals hätte ich das dann auch wissen müssen. Und wenn das über 2005 gegangen ist, hätte ich dann davon auch als BND-Präsident etwas wissen müssen. Nur, ich kann Ihnen in dieser Frage ohne Aktenanhaltspunkte überhaupt nicht weiterhelfen. Da können wir uns noch einige Male drehen in dieser Frage.

Christian Flisek (SPD): Na ja, wir drehen uns da gar nicht so lange mehr. - Aber ich greife jetzt zum Schluss noch mal die Formulierungen von Ihnen auf, die Sie jetzt auch in Ihrem letzten Statement gewählt haben, nämlich: hätte ich als BND-Chef in meiner Zeit oder als Abteilungsleiter 6 wissen müssen, hätte wissen müssen.

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Gab es in dieser Zeit, in diesen beiden Funktionen, Vorfälle, an die Sie sich erinnern können, wo Sie sagen: „Das hätte ich wissen müssen, aber ich habe es nicht gewusst“?

Zeuge Ernst Uhrlau: Manchmal die Frage: Zum richtigen Zeitpunkt hätte ich es wissen müssen und habe es dann später erst erfahren. Und das ist dann auch ein Problem.

Christian Flisek (SPD): Also, solche Fälle gab es, wo Sie gesagt haben: Sie sind nicht zu diesem Zeit- - Ich meine, der Herr Schindler weiß auch jetzt, dass er Probleme in seinem Haus in seiner Zeit hatte mit den Selektoren; aber er hat es eben auch nicht zu dem Zeitpunkt erfahren, als er es hätte eigentlich wissen müssen. So etwas haben Sie auch in Ihrer Zeit gehabt?

Zeuge Ernst Uhrlau: Bestimmte Informationen, insbesondere wenn etwas schiefgelaufen ist, behält die jeweilige Abteilung nach Möglichkeit dann erst mal für sich. Und später kommt es dann raus, und Sie haben dann als verantwortlicher BND-Präsident mit den Folgen sich auseinanderzusetzen.

Christian Flisek (SPD): Das klingt aber sehr stark nach einem sehr strukturellen Defizit. Ist das, ich konkre- - Ist das vor allen Dingen vielleicht ein Problem einzelner spezieller Abteilungen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Sie haben - -

Christian Flisek (SPD): Also, ich frage ganz konkret: zum Beispiel Abteilung TA?

Zeuge Ernst Uhrlau: TA ist immer ein Sonderproblem gewesen, eine große Abteilung, verteilt über mehrere Außenstellen. Die Leitung des BNDs nicht in München, sondern in Berlin - - Welche Information erreicht die Leitung, und zwar zunächst auch die Leitung innerhalb der Abteilung TA oder der Abteilung 2? Das ist ein strukturelles Problem. Sie haben sicherlich Entwicklungen in Außenstellen, die von der Zentrale sehr viel schwieriger zu erfassen sind und wo das Meldeverhalten nicht immer sehr stringent ist. Es hat darüber hinaus sicherlich auch in

der sogenannten HUMINT-Abteilung, bevor Auswertung und Beschaffung zusammengelegt worden sind, Vorbehalte gegeben, Schwierigkeiten mit Quellen, die Leitung wissen zu lassen. Also, da gibt es bei einer so großen Organisation mit vielen hierarchischen Stufen Informationsdefizite, und da ist immer die Frage: Wo ist die Holschuld, und wo ist die Bringschuld? Und Sie können versuchen, in Erfahrung zu bringen, wo dann die Tretminen sind; aber Sie haben keine Garantie, dass Sie dauerhaft belastbare Aussagen und Antworten bekommen.

Christian Flisek (SPD): Also, ich stimme Ihnen zu, Herr Uhrlau, dass es Probleme gibt, grundsätzlich, bei der Führung großer Organisationen. Ob das jetzt öffentlich-rechtlich, im öffentlichen Bereich, oder privatwirtschaftlich ist: Die Probleme gibt es. Uns interessiert natürlich, ob es ganz spezifische Probleme gibt bei der Führung einer so speziellen Organisation, so einer speziellen großen Organisation wie beispielsweise eines Nachrichtendienstes. Weil die Problematik liegt ja auf der Hand: Sie haben ja nichts von den allerschönsten und starken, effizienten Aufsichtsinstitutionen und von den noch so interessantesten Parlamentarischen Kontrollgremien, wenn eben dieser Informationsfluss, den wir mal jetzt bezeichnen als besondere Vorkommnisse, nicht gewährleistet ist. Also, wenn Sie - - Sie haben gerade gesagt - das ist jetzt nicht ein Vorwurf, aber - - Sie haben ja gerade gesagt, dass da irgendwo eine Kultur herrscht - ich nenne das jetzt mal eine Fehlerkultur -, die so lautet, dass, wenn was passiert, man erst mal versucht, das irgendwo bei sich unter den Teppich zu kehren. Das ist unser Eindruck auch aufgrund zum Beispiel verschiedener Thematiken mit den Selektoren, die wir hier - - womit wir uns befasst haben. Und die spannende Frage für uns ist auch noch immer: Sind das Einzelfälle, die jetzt abhängig sind mehr von den Personen konkret, die in diesem Zeitpunkt dort Verantwortung getragen haben? Oder ist das tatsächlich etwas, was sich strukturell mit all diesen Abschottungs- und Need-to-know-Prinzipien und Abschirmung und die linke Tür weiß nicht, was die rechte Tür tut, ja - - Ist das eher ein strukturelles Problem? Würden Sie das im Nachgang so sehen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ernst Uhrlau: Wir haben bei Großorganisationen eine Reihe von strukturellen Problemen über die hierarchischen Stufen. Ich habe das im Zusammenhang auch bei der Polizei ja beobachten können. Sie haben eine Informationslehmschicht. Und bevor etwas die Spitze erreicht, ist es gelegentlich ein bisschen zu spät. Sie haben den Zusammenhalt, dass man Konflikte untereinander regelt, aber nicht nach oben meldet, und die Erfahrungen im Umgang mit dem BND, dass eine Reihe von Schwierigkeiten die Leitung, zunächst auch die Abteilungsleitung, nicht oder nicht ausreichend zeitnah erreicht haben.

Das heißt, wenn Sie beim Thema Konfliktmanagement und Informationsmanagement dann ansetzen: Wie kriege ich die erforderliche Transparenz? Wie kann ich sicherstellen, dass ich als Verantwortlicher auf den verschiedenen Ebenen auch weiß, wo im Moment die Sache brenzlich wird? Nachher das oben beim Präsidenten auszukippen, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, das ist dann relativ einfach. Dafür gibt es ja dann auch die Möglichkeit, da die Bestrafung dann durchzuführen. Aber solange Sie nicht die erforderliche innere Transparenz und Kommunikationsbereitschaft haben, vielfach auch der Tatsache geschuldet: Sie sind in Außenstellen - - Und wo kommt dann da die Vorgesetztebene, Abteilungsleiter- oder Unterabteilungsebene, da vorbei? Wie sind die Vorgehensweisen in den Außenstellen? Stellt jeder selber was ein, was er gerade für richtig hält? Oder ist es, wie es eigentlich State of the Art ist: Die Beschaffung wird im Auftrage der Auswertung tätig und steuert für die Beschaffung dann auch die Begriffe und die Schwerpunkte ein? So. Wenn sich etwas über diese Parzellierung verselbstständigt, auch in der Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern, dann kriegen Sie das oben nicht mit, und Sie kriegen es auch im Kanzleramt nicht mit.

Christian Flisek (SPD): Jetzt will ich von Ihnen noch gerne erfahren, warum das, was Sie jetzt geschildert haben, beschrieben haben, nicht gilt im Verhältnis zwischen der BND-Spitze und der Aufsichtsbehörde, Kanzleramt. - Verstehen Sie die Frage? - Ich formuliere es andersrum: Gilt das, was Sie gerade beschrieben haben, unter Umständen auch für das Verhältnis zwischen

BND-Spitze - ich meine das jetzt personenungebunden, ja?

Zeuge Ernst Uhrlau: Eigentlich nicht. Nein.

Christian Flisek (SPD): Warum nicht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also das, was - -

Christian Flisek (SPD): Wie können Sie mir die Sorge nehmen, dass, sage ich mal, dort tatsächlich dann - also, ich formuliere es jetzt mal so - alles, was der Präsident zu sehen, zu hören bekommt, das besonders ist, tatsächlich dann auch dem Kanzleramt gemeldet wird? Wie können Sie mir diese Sorge nehmen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, Ihnen Sorgen zu nehmen, ist sicherlich schwer. Ich kann nur so von meinen Erfahrungen berichten. Das, was mich erreicht hat, mit Schwierigkeiten oder auch mit positiven Dingen, hat das Kanzleramt erreicht. Und Sie haben ja zwei Kommunikationsschienen: einmal vom Kanzleramt in den BND hinein auf der Grundlage der regelmäßigen Berichterstattung und dann vom BND in Richtung Kanzleramt, und zwar nicht nur über die Spitze des BNDs, sondern auch über den Stab, der Anfragen des Kanzleramtes an den BND in die Abteilungen leitet und umgekehrt dann auch in Richtung Kanzleramt zurückmeldet. Darüber hinaus ist das Kanzleramt nun nicht die ganze Zeit immer nur im Haus, sondern besucht den BND, führt Gespräche unter Beteiligung dann auch von Mitarbeitern des Leitungsstabes. Also, Sie haben von daher eigentlich ein Informationsgeflecht zwischen der BND-Spitze - da nehme ich den Leitungsstab da mit hinzu - und der Abteilung 6 im Kanzleramt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fragerunde. - Es beginnt die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir hatten ja vorhin über diese Weisung gesprochen zur Veränderung von Daten oder Zielkoordinaten. Und nun finden wir in unseren Unterlagen zur HBW und ihren Außenstellen noch eine andere Weisung. Da geht es darum, dass man 2006 mitteilt, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

die AND-Befrager nicht mehr allein die Quellen befragen sollen. Können Sie sich an diese Weisung auch erinnern?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Die steht ja nun zeitlich im Zusammenhang mit der Diskussion, die wir vorhin geführt haben - BND-Untersuchungsausschuss. Kann das auch Ergebnis gewesen sein?

Zeuge Ernst Uhrlau: Weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Erinnern Sie gar nicht?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

Und dann gibt es auch 2006 eine Bitte aus der Leitung, dass man die rechtliche Grundlage der Zusammenarbeit USA, AND und Befra darstellt. Erinnern Sie sich an so etwas? Also, Bearbeitungshinweise: Gibt es MoU, gibt es MoA?

Zeuge Ernst Uhrlau: Sagt mir nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nicht erinnern?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Was war denn aus Ihrer Erinnerung heraus die Rechtsgrundlage für die Zusammenarbeit USA, AND und BND in der Hauptstelle Befragungswesen? Eine Vereinbarung?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie nicht mehr?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Muss es aber gegeben haben - oder?

Zeuge Ernst Uhrlau: Vor meiner Zeit. Vielleicht hat es auch keine Vereinbarung gegeben; ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. - Wie unterscheidet sich denn - Sie waren ja bei der DIA, haben Sie gesagt - dieser Geheimdienst von der NSA?

Zeuge Ernst Uhrlau: DIA ist ein militärischer Nachrichtendienst, und die starke Konzentration auf die Einsatzgebiete und Zusammenarbeit in Fragen des militärischen Nachrichtenwesens.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist mal etwas Kritisches über diesen Geheimdienst gesagt worden, Stichwort „robuste Verhörmethoden“?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein, sagt mir nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. - Und dann waren wir vorhin in der JSA. Und ich - - Wir waren ja dabei, herauszufinden, was Sie wussten zu der tatsächlich faktischen Zusammenarbeit dort der US-Amerikaner und der Mitarbeiter des BND. Nun gibt es dort ja nicht nur die NSA-Mitarbeiter, sondern auch Contractors. Was wussten Sie als Präsident über den Einsatz von Contractors für die NSA auch in der Liegenschaft in Bad Aibling?

Zeuge Ernst Uhrlau: Keine Informationen.

Martina Renner (DIE LINKE): Insgesamt die Contractors-Problematik, -

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - war die Ihnen bekannt?

Zeuge Ernst Uhrlau: Keine Informationen in meiner Zeit als BND-Präsident. Ist nicht - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ist der Begriff überhaupt aufgetaucht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. - Haben Sie etwas gewusst zu Kapazitäten? Also, war zu Ihrer Zeit als Präsident mal davon die Rede, dass man Speicher- und Durchleistungskapazitäten erhöhen muss, für Daten, natürlich jetzt nicht für anderes?

Zeuge Ernst Uhrlau: Wofür?

Martina Renner (DIE LINKE): Für Daten.

Zeuge Ernst Uhrlau: Für welche Daten?

Martina Renner (DIE LINKE): Daten aus der Erfassung.

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): In so Haushaltsplänen, spielt das da eine Rolle: „Wir brauchen mehr Geld, um länger und mehr speichern zu können“?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein. Das wird sicherlich zwischen dem Bedarfsträger und der Haushaltsabteilung dann erörtert und vorbereitet worden sein und geht dann ein in den Wirtschaftsplan.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie irgendwann mal als Präsident der Abteilung TA gesagt: „Ich möchte wissen, wie viel Daten erfasst werden“?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein. Warum?

Martina Renner (DIE LINKE): Weil es einen Unterschied macht, ob ich am Tag 100 000 oder 5 Millionen Daten erfasse.

Zeuge Ernst Uhrlau: Die Frage ist, Frau Abgeordnete, nicht so sehr, wie viel der BND erfasst, sondern, wie viel er auswerten und zuordnen kann. Deswegen ist das Mengengerüst zunächst erst mal nebensächlich, wenn ich es nicht zuordnen kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. - Bei der Datenverarbeitung gibt es auch so Grundsätze - ja? -: Datensparsamkeit, Zweckbindung, Verhältnismäßigkeit. Also, die Exekutive kann nicht so

viele Daten sammeln, wie sie will, weil es ja einen Eingriff in unser aller Grundrechte ist: Recht auf informationelle Selbstbestimmung bzw. Kommunikationsgeheimnis. Deswegen ist es nicht egal, wie viel erfasst wird. Es muss eben bestimmten Kriterien entsprechen. Diese Kriterien - Datensparsamkeit, Zweckbindung -, sind die bekannt im BND?

Zeuge Ernst Uhrlau: Sicherlich. Also, fragen Sie mich nicht zu allen Aspekten, die irgendwas mit BND und Technik zu tun haben. Also, nicht alles, was Sie jetzt wissen wollen, erreicht den Präsidenten oder interessiert ihn, -

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Ernst Uhrlau: - weil dafür dann auch die Zuständigkeiten, ob das nun die Haushaltsabteilung ist, ob das die Verwaltung ist, ob das dann die technische Abteilung ist - - Als BND-Präsident -

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, aber das fällt ja - -

Zeuge Ernst Uhrlau: - bereiten Sie sich nicht die ganze Zeit vor auf Untersuchungsausschüsse, die zu einzelnen Aspekten dann kommen, wo Sie sich dann ganz intensiv in viele Einzelheiten hineinbewegen. Und das muss nicht unbedingt dann etwas sein, was den Präsidenten oder den Abteilungsleiter im Kanzleramt die ganze Zeit ausschließlich beschäftigt hat. Nein, eins von vielen, manchmal auch Delegationen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber der BND ist ja nicht außerhalb der Gesellschaft. Und in der Gesellschaft gibt es Diskussionen zu Videoüberwachung, Funkzellenabfragen, zu Kennzeichen-erfassung von Pkw auf den Autobahnen, zu Datenverarbeitung im Zusammenhang mit Mautsystemen und Ähnlichem mehr. Es ist ja eine gesellschaftliche Diskussion, und die Grundsätze des Datenschutzes gelten ja für alle Behörden.

Zeuge Ernst Uhrlau: Frau Abgeordnete, fragen Sie mich jetzt über die letzten vier, fünf Jahre -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ernst Uhlrau: - oder über die Zeit als BND-Präsident? Weil bestimmte Sachverhalte zu der Zeit technisch überhaupt gar nicht relevant waren bzw. den BND nicht weiter interessierten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber in dem Moment, wo wir im Zeitalter des Internets angekommen - und das war schon zu Ihrer Amtszeit -, spielen alle diese Fragen eine große Rolle. Und -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Also, deswegen habe ich auch nach diesen Speicherkapazitäten und Ähnlichem und Speicherfristen gefragt. Diese Begriffe, zum Beispiel Speicherfristen und Ähnliches, die spielen im BND zu Ihrer Zeit keine Rolle?

Zeuge Ernst Uhlrau: Speicherfristen unter dem Gesichtspunkt Lösungsfristen; in dem Augenblick, wo Sie entsprechend der Lösungsfristen Datensätze ansehen und berühren müssen. Das berührt aber weniger die Frage von Speicherkapazität, sondern -

Martina Renner (DIE LINKE): Das hängt miteinander zusammen.

Zeuge Ernst Uhlrau: - das ist eher die Frage der weiteren Nutzung von gewonnenen Daten.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie waren die Lösungsfristen zu Ihrer Zeit?

Zeuge Ernst Uhlrau: Wie bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Wie waren die Lösungsfristen? Nach wie viel Tagen, Monaten, Jahren mussten die erhobenen Daten aus der paketvermittelten Kommunikation gelöscht werden?

Zeuge Ernst Uhlrau: Also, aus der Routineerfassung kann ich Ihnen das nicht sagen. Die Verarbeitung personenbezogener Daten und die Prüfung der Lösungsfristen, das ist dann - - Nach Datenschutzgesetz, glaube ich, alle fünf Jahre müssen sie angefasst werden. Aber ansonsten,

was mit den sonstig gewonnenen, nicht personalisierten Daten, ob das Metadaten sind oder so, hinsichtlich Speicherfristen vereinbart worden ist, weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen zu den Fragen der Union. Da hätte ich nur noch eine Frage, glaube ich, sonst von den Kollegen keiner mehr. Die ist eben übrig geblieben.

Sie sprachen von den G-10-Anordnungen. Und da ging es auch um die Selektoren. Und bei den G-10-Anordnungen geht es ja um Sachverhalte, die eben Deutsche betreffen, sodass sie eine G-10-Relevanz haben, deswegen eine G-10-Anordnung da sein muss. Und Sie sagten: Dann sind die Selektoren in der G-10-Anordnung aufgeführt. - Ist das immer so, also die Suchbegriffe, alle Suchbegriffe?

Zeuge Ernst Uhlrau: Nein. Also, es gibt ein Kompendium mit Suchbegriffen. Das sind technische Begriffe, das sind Kommunikationsdaten, eventuell E-Mail-Adressen. Und dieses ist die Basis für den G-10-Filter. Und die G 10-Kommission - so kenne ich das aus meiner Zeit - hat immer wieder Stichproben genommen und sich dann vortragen lassen, zu welchen Gefahrengebieten, die nach G 10 dann - - oder unter G 10 abgefragt werden können, nun eine bestimmte chemische Verbindung eine Relevanz spielt für Proliferation oder bestimmte Abmessungen für Geschütze oder sonst was.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm.

Zeuge Ernst Uhlrau: Dieses liegt der G 10-Kommission vor, und sie kann sich in unterschiedlicher Intensität in Tiefe und Breite - wenigstens hat sie es gemacht - zu den verschiedenen Begriffen, ob das aus dem Bereich Proliferation, Migration, Terrorismus oder organisierte Kriminalität geht - - lässt sich vortragen: Welche Relevanz hat das? So. Und bei der nächsten Sitzung erscheint dann ein Vertreter der jeweiligen Abteilung und erläutert das. Und dann ist die G 10-Kommission einverstanden oder hat noch Nachfragen. Und so



Nur zur dienstlichen Verwendung

stellt sie die Plausibilität hinsichtlich der Suchbegriffe, die unter G 10 dann gefiltert werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte jetzt auch gar nicht so viel aus dem Ablauf der Geheim tagenden G 10-Kommission wissen. Mir geht es eigentlich im Kern darum, ob die G-10-Anordnung, die ja quasi im Geschäftsbereich des BMI vorbereitet wird, an die G 10-Kommission geht, ob die die Suchbegriffe beinhaltet, ob die da aufgeführt sind.

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil so hatten Sie es, glaube ich, eben gesagt - ich habe mir das mal aufgeschrieben -: Die G-10-Anordnung enthält die Suchbegriffe.

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder habe ich es da falsch verst- - Vielleicht habe ich - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Dann ist das falsch rübergekommen. Also: In den G-10-Sitzungen lag dann also so ein Stapel, gebunden oder - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay; ich will es jetzt gar nicht so detailliert.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja, ja; ja, ja. So. Und in der Anordnung, da werden dann die jeweiligen Gefahrenbereiche benannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Weil ich fand das eigentlich ganz gut, weil das steht nämlich so in § 10 G-10-Gesetz, Absatz 4, dass „die Suchbegriffe in der Anordnung zu benennen“ sind. Deswegen hätte ich das eigentlich -

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - gut gefunden. Aber jetzt werden sie doch nicht benannt.

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, Sie können - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Soll ich Ihnen das Gesetz mal rübergeben?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein. Brauchen Sie nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Weil das wäre die Voraussetzung jetzt für meine weiteren Nachfragen. Sind sie da drin? Weil ich komme gleich wieder auf unseren Freibrief zu sprechen.

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und entweder sind sie nicht drin - dann müssen wir mal ein Wort mit der G 10-Kommission reden, wenn die einfach so einen Freistapel an Suchbegriffen verwenden als Platzhalter -, oder sie sind drin; dann interessiert mich ja in unserem konkreten Fall gleich was, was da drinstand oder ob das denn mit dem Freibrief zusammenpasst, was als Suchbegriffe dann aufgeführt worden ist. Oder wir haben ein Missverständnis - das könnte jetzt das auflösen - zwischen den Suchbegriffen wie Geschützttyp sowieso, Munitionstyp sowieso, Mörser 120 Millimeter, was weiß ich was, und ganz anders: Telefonnummer +395 12345.

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann das der Dissens hier sein?

Zeuge Ernst Uhrlau: Darf ich Herrn Wolff fragen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gerne. Das Publikum lasse ich nicht zu, Herrn Wolff, ja.

RD Philipp Wolff (BK): Das ist insofern nur ein bisschen missverständlich, weil die bloße Anordnung ist tatsächlich, soweit auch mir erinnerlich, eine Anordnung. Da steht das nicht drin. Aber es gibt Anlagen zur Anordnung, die den entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen entsprechen.

Zeuge Ernst Uhrlau: Und die Anlage - -

RD Philipp Wolff (BK): Das, was ... (akustisch unverständlich).

Zeuge Ernst Uhrlau: Gut.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dies schon individuell dann? Da ist nicht, sagen wir mal, eine Masteranlage: Wir suchen, wenn wir G-10-Anordnung - - haben wir das auf dem Tisch, und dann kommt die dünne - - Also, das ist schon individuell? - Gut. Da habe ich schon mal nicht mehr so die Sorge mit unserem G-10-Gesetz.

Wie war es denn in dem konkreten Fall, wo der Freibrief erstellt worden ist? Was war denn da eigentlich so interessant? Nach was suchte man denn da? Ohne dass ich jetzt konkret die Suchbegriffe benannt haben wollte; sonst kommen wir wahrscheinlich in Kalamitäten. Aber was war denn der allgemein gesprochene Background?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich weiß es nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Weil das wäre die Frage, wie die Deckungsbereiche sind. Weil die These ist ja, dass der Freibrief im Grunde klarmacht: Hier brauchen wir eine G-10-Anordnung, und das, was quasi als Beifang mit dabei war, war halt Beifang und nicht eigentlich der Kern. Deswegen würde mich natürlich interessieren: Was war der Kern? Und der müsste ja eigentlich in der Anordnung benannt worden sein, so wie Sie es zu Recht beschrieben haben und wie es auch § 10 Absatz 4 G-10-Gesetz beinhaltet. Und wenn das alles nicht trifft, dann habe ich oft danebengeschossen. Und ab einer gewissen Intensität von „Fahrkarten“, wie man das beim Schießen so schön sagt, dann ist es blöd. Irgendwo hat es dann geklemmt. Aber das lässt sich jetzt nicht mehr rekonstruieren, also - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch! Das ist der Punkt!)

Lässt sich nicht mehr rekonstruieren, ob jetzt - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Dann gebe ich weiter zur nächsten Fraktion. Das wäre die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wenn ich richtig sehe. Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Vorsitzender, ich wollte genau die Frage auch stellen, die Sie gestellt haben. Sie haben ja jetzt schon damit angefangen. Das ist - - Die drängt sich geradezu auf, weil ich den Zeugen gerade heute immer wieder so verstanden habe, dass er gesagt hat: Wir können ja ganz beruhigt sein; die G 10-Kommission hat ja die Suchbegriffe kontrolliert und genehmigt, geprüft und genehmigt. - Und nun hören wir: Die Suchbegriffe wurden überhaupt nicht von der G 10-Kommission genehmigt, sondern da waren irgendwelche allgemeinen Ausführungen, welche Länder oder welche Gefahrenbereiche erfasst werden sollen. In der Anlage zu dem Antrag auf Erteilung der Genehmigung waren Suchbegriffe - oder nicht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Konkrete?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie auch Ja oder Nein - - Oder wissen Sie es nicht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein, Sie haben - - Also, wenn Sie von dieser Anlage ausgehen, von der Herr Wolff dann auch gesprochen hat, die zu dem jeweiligen Antrag gehört, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ernst Uhrlau: - dann sind das Suchbegriffe, die technische Suchbegriffe, örtliche Suchbegriffe sein können, also ganz unterschiedlich, aber -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Selektoren.

Zeuge Ernst Uhrlau: - oder Selektoren -, die aber in einem Kontext zu den jeweiligen Gefahrenbereichen stehen müssen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Ernst Uhrlau: So.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ernst Uhrlau: Und so haben wir das immer verstanden: Das sind die aktuell für die Maßnahmen relevanten Suchbegriffe. So.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ja. - Und dann, in der Genehmigung steht dann nur drin - also wenn sie genehmigt wird -: Okay, ihr dürft an die und die Leitung ran. - Da steht dann nicht drin: „Ihr dürft nach den und den Suchbegriffen forschen“, -

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern es steht das nur allgemein drin. - Wissen Sie denn, was in diesem konkreten Falle, um den es uns hier geht - also Genehmigung für die Ableitung der Verkehre bei „Eikonal“ -, was da an Suchbegriffen oder Selektoren genannt worden ist?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein, weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das würde uns aber sehr interessieren, weil daraus könnte man entnehmen, ob Sie da die Wahrheit gesagt haben, um was es ging, oder ob Sie - - ob gerade aus den Suchbegriffen, die da drinstanden, die G 10-Kommission vielleicht sehr eingeschränkte Kenntnis nur davon hatte, was Sie ja eigentlich wollten, also der BND, jetzt nicht Sie persönlich. Also, da müssten wir vielleicht mal beim Kanzleramt darauf drängen, dass uns die Anlagen ganz lesbar zur Verfügung gestellt werden, ganz lesbar, auch die dortdrin genannten Selektoren. Dann wissen wir nämlich, was da gemacht worden ist.

Aber ich will da entlang noch eine weitere Frage stellen. Bei „Eikonal“ oder „Granat“ ging es - so haben wir hier von Zeugen gehört und auch der Akte entnommen - ja darum: Der Bundesnachrichtendienst stellt der NSA diese Möglichkeit zur Verfügung. Das Interesse des Bundesnachrichtendienstes, in der es ganz überwiegend oder wie auch immer - - also jedenfalls sehr stark daran, die Technik und das Know-how der NSA zu gewinnen, nutzen zu können, also XKeyscore.

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das richtig? Sehen Sie das auch so? Also, das Interesse des Bundesnachrichtendienstes, jetzt über gute Zusammenarbeit mit NSA hinaus, sondern das konkrete Interesse hier an dieser Operation war so.

Zeuge Ernst Uhrlau: Technische Ertüchtigung über die Zusammenarbeit mit NSA, habe ich gesagt, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ernst Uhrlau: - auch im letzten Jahr: -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, XKeyscore.

Zeuge Ernst Uhrlau: Das ist der Ausgangspunkt gewesen für die Zusammenarbeit mit NSA in Frankfurt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und ist Ihnen bekannt, ob diese Technik auch für den Inlandsgeheimdienst, den deutschen Inlandsgeheimdienst, von Bedeutung gewesen ist?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht. - Ist Ihnen denn bekannt, ob der deutsche Inlandsgeheimdienst solche Operationen - ich frage jetzt eigentlich nach dem BND - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage noch mal: Ist der Verfassungsschutz gemeint?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Okay. Ja, beim MAD ist es ja ein bisschen gemischt, muss man - - weil der nicht nur im Inland tätig ist. - Also, wenn Sie jetzt beim Verfassungsschutz sehen: Ist das so, dass der Verfassungsschutz selber mit der NSA dann in Berührung - - Oder geht das immer über den BND?

Zeuge Ernst Uhrlau: Müsste über den BND gehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immer?

Zeuge Ernst Uhrlau: Glaube schon.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

- Da meldet sich jemand.

RD Philipp Wolff (BK): Ich wollte nur - - Zu Einzelheiten der Kontakthaltung bitte nur in eingestufte Sitzung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich will ja jetzt gar nicht die Einzelheiten. Nur, wenn jetzt gerade in dieser Sache, also Nutzung von XKeyscore, der Verfassungsschutz irgendwie auch interessiert ist und möglicherweise nicht nur interessiert ist, sondern auch was macht, müsste der BND das wissen und auch der Chef des BND.

Zeuge Ernst Uhrlau: Herr Ströbele, auch wenn es Sie enttäuschen mag: X- - Wie heißt das?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): XKeyscore.

Zeuge Ernst Uhrlau: XKeyscore habe ich vorher nicht gekannt, bevor nicht 2013 die Snowden-Geschichte mein Wissen um einiges bereichert hat, was ich nicht kenne, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie gut, dass er das gemacht hat, na, damit Sie auch -

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - jetzt diese Information hatten, ja. Das sehe ich auch so. - Aber genutzt haben Sie es. Also das, was Sie genutzt haben: Vielleicht ist Ihnen das anders erläutert worden und der Name -

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich weiß es nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - nicht genannt worden; aber genutzt haben Sie das. Also, das haben wir hier auch schon gehört.

Eine Frage geht jetzt dahin: Als Sie dann - da haben Sie ja vorher darüber berichtet - zwei so Suchbegriffe genannt bekommen haben, die der BND selber beanstandet hat, und Sie gesagt haben: „Das geht gar nicht“ und so, und dann wurde versichert: „Versehen; machen wir nicht wieder“, haben Sie diesen Vorfall eigentlich weitergemeldet? Also, Sie sind davon informiert worden, dass - - Und Sie haben ja auch hinzugefügt gerade, dass Sie und der BND sehr sensibel waren mit Wirtschaftsspionage. Und diese Begriffe, um die es da ging - wenn das dieselben sind, die ich meine -, da konnte man ja auf den Verdacht kommen, dass es der NSA um Wirtschaftsspionage geht.

Zeuge Ernst Uhrlau: Herr Ströbele, ich habe im letzten Jahr auf diese Frage „Wie ist die Information denn weitergetragen worden?“ ja auch sinngemäß geantwortet: Ich weiß nicht, ob ich das im Kanzleramt Fritsche erzählt habe. Das kann sein; ich kann es aber nicht beschwören. - Es ist zumindest im Jahr 2006 nicht die Situation gewesen, dass alles, was so informell ausgetauscht worden ist, sofort auch verschriftet worden ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das ist später von Fritsche dann auch erbeten worden, dass Sachverhalte schriftlich kommen, die ich im Bilateralen dann mündlich angesprochen habe. Also von daher kann ich Ihnen nicht garantieren, dass Fritsche das von mir gehört hat oder nicht gehört hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber es war ja nun ein sehr gravierender Vorgang - von der Menge her vielleicht nicht, aber von der Art des Selektors, der da gefunden worden ist, oder des Suchbegriffes nicht irgendwas, sondern schon was, was Sie aus guten Gründen mitgeteilt bekamen -

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und was ja vielleicht auch im Kanzleramt von Interesse gewesen wäre, gerade in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den USA, die ja ganz oben auf der Interessenliste steht.

Zeuge Ernst Uhrlau: Mhm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und trotzdem können Sie sich nicht erinnern, dass darüber gesprochen worden ist, dass das ein einmaliger Fall ist, und dass Sie vielleicht nachher auch beruhigt haben: „Ja, jetzt ist mit den Amerikanern gesprochen worden, und die sagen: Machen wir nie wieder“?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn in Ihrer ganzen Zeit, sei es im Kanzleramt, sei es nachher als BND-Chef, jemals überlegt, diese Unmengen von Selektoren, die da eingegeben werden, insbesondere auch von der NSA, dass man da mal nachguckt, was die eigentlich wissen wollen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie nie auf die Idee gekommen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, die Suchbegriffe - wenn wir es hören: 8 Millionen oder so was -: Was suchen die da eigentlich so viel?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, Herr Ströbele, mit den Suchbegriffen kommen Sie ja nicht weiter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ernst Uhrlau: Sie müssen die Treffer sich dann angucken.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Das Interesse der Amerikaner, was sie wirklich wollen oder auch wollen dabei rauskriegen, das kriegen Sie über die Suchbegriffe. Das ist ja die Sache, mit der wir uns jetzt immer rumschlagen. Wenn die solche Suchbegriffe einstellen wie zum Beispiel Eurocopter, dann ist das was anderes, als wenn die jetzt den Namen oder die Telefonnummer von irgendjemandem, den sie im Verdacht haben, Terrorismus zu betreiben oder -

Zeuge Ernst Uhrlau: Aber - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - damit was zu tun zu haben - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Aber, Herr Ströbele, Sie gehen davon aus, dass diese Begriffe, EADS oder Eurocopter oder Airbus oder sonst was, so eingegeben sind, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ernst Uhrlau: - was allerdings - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gehe ich von aus.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja. - Was machen Sie damit, wenn Sie eine ganze Liste mit IP-Adressen haben, E-Mail-Accounts oder sonst was, ohne dass das auf eine Firma zuläuft, und Sie kommen erst dann den Amerikanern auf ihre Interessen, wenn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie die Ergebnisse sich angucken, die über die IP-Adressen oder sonst was generiert worden sind?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Ernst Uhrlau: So. Deswegen geht es um die Ergebnisse und nicht: einfach nur die Listen angucken.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist jetzt Ihre Meinung; die will ich Ihnen auch gar nicht nehmen. Ich habe jetzt gehört, dass die Amerikaner jetzt bei allen Selektoren, die sie liefern, in Zukunft Anhaltspunkte dafür geben müssen, warum die da eingestellt werden. Also, so ganz abwegig ist meine Überlegung da nicht, dass es nur [sic!] auf die Ergebnisse ankommt, sondern es kommt auch drauf an, was sie suchen. Aber -

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - noch mal, Herr Uhrlau: Immer wenn Sie gesagt haben - -

Zeuge Ernst Uhrlau: - nein, nein. Da sind wir im Prinzip gar nicht auseinander, Herr Ströbele. Wenn die Amerikaner jetzt begründen müssen, weswegen sie bestimmte Selektoren eingeben, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Ernst Uhrlau: - so, dann müssen sie die IP-Adresse oder die Telefonnummer -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - - erläutern.

Zeuge Ernst Uhrlau: - oder sonst was klarstellen. So. Wenn das Verfahren vorher gewesen ist, was zum Herausfiltern von EADS oder Eurocopter

oder was auch immer geführt hat, nicht die Eingabe, die Klareingabe von EADS und Eurocopter gewesen ist, sondern irgendwelche IP-Adressen oder Telefonnummern, und Sie kommen dann bei der Prüfung der Ergebnisse dazu: Die Amerikaner haben unter der IP-Adresse sowieso nachgefragt zu EADS oder sonst was - - Das finden Sie, wenn Sie einfach nur sich die Selektoren angucken, wahrscheinlich überhaupt gar nicht, sondern das sind dann technische Daten, und erst bei der Kontrolle stellen Sie fest, wo Sie gelandet sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn mal selber Selektoren sich angeguckt?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So eine Liste?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Haben wir inzwischen viele Stunden mit verbracht.

Zeuge Ernst Uhrlau: Gut.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben sich das nicht - - Das ist Ihnen jetzt erklärt worden, dass das dann so technische Begriffe sind?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, ich versuche, mir einen Reim daraus zu machen. Ich habe mit keinem Experten gesprochen. Also, ich bin manchmal ja auch geneigter Zeitungsleser und versuche, mir das eine oder andere -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ernst Uhrlau: - dann zusammenzureimen. Und die Suchbegriffe des BNDs sind zum Teil ja auch technische Begriffe -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ernst Uhrlau: - oder Zahlenkombinationen oder sonst was.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, jetzt müssten wir - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben in Ihrer ganzen Zeit, als Sie damit, mit der Beaufsichtigung dieser Aktivitäten betraut waren, sich nie so was angeguckt und haben - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann die letzte Frage sein, aber - - Die ist auch kurz beantwortet. - Nach 14 Minuten statt 8 müssten wir zur nächsten Fraktion geben, nämlich zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Ich habe noch mal zu einem anderen Komplex zwei Fragen. Zum einen: Herr Uhrlau, können Sie uns etwas Näheres sagen über die Beratungen innerhalb der Bundesregierung, die im Zusammenhang standen mit den Presseberichten über die Tötung des deutschen Staatsbürgers Bünyamin E. durch einen US-Drohnenangriff am 4. Oktober 2010? - Ist Ihnen der Vorfall gar nicht bekannt?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das wird sicherlich in der Kontrollkommission behandelt worden sein, aber - -

Christian Flisek (SPD): Na, Sie waren ja da - also würde ich jetzt mal mutmaßen - an vorderster Front mit involviert - oder nicht? Das war ein Bericht; das ging ja durch die Presse.

Zeuge Ernst Uhrlau: Aber die Frage ist doch: Auf der Basis welcher Information?

Christian Flisek (SPD): Nein, die Frage ist, ob Sie uns darüber berichten können, wie das Thema damals, als es beispielsweise in der Kontrollkommission Gegenstand der Beratungen war, in der Bundesregierung behandelt wurde und wie Sie

dort eingebunden waren damals, in der Funktion, die Sie hatten.

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, wie das in der Bundesregierung behandelt worden ist, das weiß ich nicht. Da müssten Sie dann das Kanzleramt - -

Christian Flisek (SPD): Wie ist es denn innerhalb der BND-Spitze verhandelt worden?

Zeuge Ernst Uhrlau: Also, die Frage ist: Wo kommen die Informationen her? Und Position des BNDs ist immer gewesen: Wir sind nicht die Zulieferanten für Drohnenangriffe.

Christian Flisek (SPD): Ist die Position.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wie hat man das denn sichergestellt? Einen Datenaustausch gab es ja, eine Datenübermittlung an die Amerikaner. Wie hat man denn sichergestellt, dass Daten nicht beispielsweise für tödliche Drohnenangriffe auf wen auch immer verwendet worden sind?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich kann Ihnen aus der Erinnerung nicht schildern, ob das Daten waren, die vom BND kamen oder nicht. Also deswegen einfach die Nennung 2010, wo ich dann BND-Präsident gewesen bin, und die weitere Behandlung im Parlamentarischen Kontrollgremium oder die öffentliche Behandlung - -

Christian Flisek (SPD): Das war ja auch nicht meine Frage, Herr Uhrlau. Also, meine Frage war jetzt nicht, ob in dem konkreten Fall Sie Kenntnis oder Erinnerung darüber haben, ob da deutsche Daten zugrunde lagen, sondern meine Frage war: Anlässlich dieses Vorfalls, hat das zu Debatten geführt, wo Sie als BND-Spitze mit eingebunden waren? Und die zweite Frage war dann: Wie hat man vorher - und vielleicht nachher anders - sichergestellt, dass keine deutschen Daten zu solchen Zwecken verwendet werden?

Zeuge Ernst Uhrlau: Die Übermittlung von Daten erfolgte mit dem Hinweis, wofür sie benutzt und nicht benutzt werden können.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Also ein Disclaimer.

Zeuge Ernst Uhrlau: Ja.

Christian Flisek (SPD): Hat man den von Anfang an schon eingeführt, oder war das dann eine Maßnahme, die man anlässlich vielleicht besonderer Ereignisse erst nachträglich dann zusätzlich getroffen hat?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich weiß nicht mehr, wann das gekommen ist. Aber das muss vorher, glaube ich, auch gewesen sein.

Christian Flisek (SPD): Also die Einführung des Disclaimers war schon vor Ihrer Amtszeit?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein, nicht vor meiner Amtszeit, sondern vor dem Ereignis 2010.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie haben persönlich so was nie angeordnet, dass ab jetzt bei der Datenübermittlung an die US-Dienste ein solcher Disclaimer hinzuzufügen ist?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich weiß nicht, ob das eine Anordnung gewesen ist von mir oder ob das aus den Gesprächen mit dem Kanzleramt oder innerhalb der Abteilung gewesen ist im Umgang mit der Bundeswehr. Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Christian Flisek (SPD): Hatten Sie denn jemals Anhaltspunkte dafür, dass Datenübermittlungen mit oder ohne Disclaimer von den US-Diensten dafür benutzt worden sind, um solche Angriffe durchzuführen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nie?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Christian Flisek (SPD): Wie haben die Amerikaner denn auf diesen Disclaimer reagiert? Haben die den zur Kenntnis genommen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Wissen Sie nicht?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Christian Flisek (SPD): Das war auch nie ein Thema, das bei Ihnen in der BND-Spitze irgendwann mal aufgeschlagen ist?

Zeuge Ernst Uhrlau: Im Zusammenhang - - Also, Disclaimer nicht. Im Zusammenhang von Sitzungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums, wenn das thematisiert worden ist von einem Mitglied des Gremiums, ist das natürlich Gegenstand gewesen, ob wir da was haben oder nichts haben usw. Und: Wie verhält sich das Innenministerium? Wo kommen die Daten her? Sind die überhaupt aus Deutschland gekommen? Also, das ist immer so der Fragenkranz gewesen.

Christian Flisek (SPD): Und in den Gesprächen, die Sie geführt haben mit Ihren US-amerikanischen Counterparts, war auch das nie Thema?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Christian Flisek (SPD): War Thema die Frage, welche Rolle beispielsweise die Air Base Ramstein in diesem ganzen Komplex spielt?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, Sie wissen, dass das nie Thema war? Ich frage jetzt nach. Das ist jetzt nicht aus der Einstufung, dass Sie sagen: „Ich weiß es nicht mehr“, sondern Sie wissen, dass das nie Thema war?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich habe keine Gespräche mit den Amerikanern zum Thema Ramstein geführt, und das weiß ich.

Christian Flisek (SPD): Okay. Ich wollte ja nur nachfragen, damit wir das haben.

Zeuge Ernst Uhrlau: Manches weiß ich, was ich nicht gemacht habe. Bei anderen Sachen ist es manchmal ein bisschen schwieriger.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Sie hatten auch nie irgendwelche Anlässe dafür gehabt, so etwas zu thematisieren?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Christian Flisek (SPD): Ja gut. - Wir haben dann keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke, Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben im Moment auch keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kommen wir zur Fraktion der Union. Dort gibt es, glaube ich, auch keine weiteren Fragen derzeit. - Dann sind wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Herr Kollege von Notz hat Fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Herr Uhrlau, es gab mal so eine Bewertung innerhalb des BND: die drei riskantesten, risikoreichsten Operationen. Können Sie sich daran erinnern, dass man die mal aufgeschrieben hat?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein. Nennen Sie sie?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Das würde ich gerne machen, aber dann meldet sich Herr Wolff: Die Frage darf ich nicht beantworten. - Auch wenn ich mir in dem Fall gerne von Ihnen Fragen stellen lasse.

Aber ich weiß, welche es sind. Die Frage ist eben, ob Sie das erinnern können, dass Sie das mal haben zusammentragen lassen oder eventuell Empfänger eines solchen Auftrags waren, mal so drei risikoreiche Operationen des Bundesnachrichtendienstes aufzuschreiben im Jahr 2007, 2008. - Keine Erinnerung?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bezüglich „Glotaic“ überlege ich ja die ganze Zeit, warum Sie davon eigentlich nie gehört haben. Hatte denn bei der Operation „Glotaic“ der Bundesnachrichtendienst die Führung?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann stelle ich die Frage anders: Wenn der Bundesnachrichtendienst die Führung bei Operation „Glotaic“ gehabt hätte, müssten Sie von ihr gehört haben - oder?

Zeuge Ernst Uhrlau: Im Kanzleramt oder im BND?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sowohl als auch. Ich hänge immer noch der Hoffnung an, dass diese relevanten Dinge beide Orte der Kontrolle und des Handelns erreichen.

Also beim BND hätten Sie auf jeden Fall davon gehört, weil die CIA ja nicht direkt mit dem BfV kann, und deswegen hätte das über Ihren Schreibtisch gehen müssen. Aber hätte das Bundeskanzleramt davon in Kenntnis gesetzt werden müssen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Wenn der BND in einer Operation von BfV und CIA nur Beifahrer ist, dann -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht?

Zeuge Ernst Uhrlau: - dann nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist interessant. - Und auch - - Also, selbst wenn der BND so ein bisschen praktisch hilft, so eine kleine Operation macht, Sachen installiert und so, aber eigentlich nur als Beiwerk für zwei andere Organisationen, dann müsste man das Bundeskanzleramt nicht informieren?

Zeuge Ernst Uhrlau: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben nie von „Glotaic“ gehört?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das versuche ich seit einem halben Jahr deutlich zu machen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Genau. Verstehe. - Können Sie ungefähr sagen - ich springe etwas, aber ich versuche die letzten offenen Sachen abzuräumen -, wie viele Suchbegriffe für die G-10-Genehmigung im Bereich Terrorismus denn überhaupt im Raum stehen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Kann ich nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff. - Herr Wolff meldet sich.

RD Philipp Wolff (BK): Das wäre auch eine eingestufte Information, wie viele Suchbegriffe laufen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es steht in einem öffentlichen Bericht, Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Suchbegriffsanzahl im Bereich Terrorismus?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): PKGr-Bericht?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): Dann ziehe ich das zurück.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff zieht zurück.

RD Philipp Wolff (BK): Dann ziehe ich das zurück.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Also, sind das 20, 2 000, 200 000?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage es Ihnen: Es sind 700.

Zeuge Ernst Uhrlau: Gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und jetzt muss man sich das mal vorstellen, diese Operation „Eikonol“: Man mau-schelt da um die G 10-Kommission rum in einem Prozedere, bei dem es um 700 Suchbegriffe geht, und flanscht eine Operation hintendran, bei der es um 13 Millionen Suchbegriffe geht. Das muss doch rechtlich irgendwie Fragen aufgeworfen haben. Da muss man doch gesagt haben - - Ich setze darauf, es muss Leute gegeben haben, die gesagt haben: Leute, das können wir nicht machen. - Deswegen frage ich Sie noch mal.

Zeuge Ernst Uhrlau: Sie können sich nicht nur auf die Terrorismus-Suchbegriffe - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Proliferation, wie viele Suchbegriffe?

Zeuge Ernst Uhrlau: Weiß ich nicht; im Zweifelsfall - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 11 000. So, und dann haben wir 11 700.

Zeuge Ernst Uhrlau: Organisierte Kriminalität?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich nicht im Kopf.

Zeuge Ernst Uhrlau: Schleuser?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schleusung: 28 000.

Zeuge Ernst Uhrlau: Gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wir kommen, wenn wir es richtig dehnen, auf 100 000, vielleicht auf 150 000 Suchbegriffe. Und dahinter flanschen wir eine Operation, von der wir der G 10-Kommission nichts sagen, mit 13 Millionen Suchbegriffen. Das ist doch absurd.

Zeuge Ernst Uhrlau: Und wann sind die 13 Millionen Suchbegriffe da gewesen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von 2013; aber ich weiß eben - - Ja gut. Aber wie viele waren es denn, als Sie angefangen haben?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja gut. Okay. Aber es waren halt ein paar Millionen. Vielleicht waren es nur zehn. Ich weiß es auch nicht. Aber es ist doch ein Missverhältnis ohne Ende.

Zeuge Ernst Uhrlau: Aber das ist doch jetzt spekulativ.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, es ist nicht spekulativ.

Zeuge Ernst Uhrlau: Doch, doch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Missverhältnis, Herr Uhrlau - -

Zeuge Ernst Uhrlau: Wenn Sie mit großen Zahlen operieren von 2013 und dann rechnen Sie sie zurück, ohne dass Sie sagen können, wie viele bis 2008 in „Eikonal“ von der amerikanischen Seite eingespeist worden sind - - Sie nennen einfach nur eine große Zahl und haben dafür aber auch keine Basis. Die einzige Basis als Bezugsgröße sind die von Ihnen zusammengerechneten Suchbegriffe, die aus einer Berichterstattung für G 10 oder sonst was entstanden sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): BfDI. - Sie sind zum Glück nicht von mir zusammengerechnet. Herr Uhrlau, ich kann nur mit dem arbeiten, was ich habe. Ich kann nur sagen, dass Ihre Entscheidung, jetzt nicht Ihre persönlich, sondern die Entscheidung, die damals getroffen worden ist, dazu geführt hat, dass man am Ende an der G 10-Kommission vorbei 13 Millionen Suchbegriffe gesteuert hat - im Inland, auf Strecken, von denen man G 10 und Routine erfasst hat. Das ist genau das Problem, dass man damals eben diese Entscheidung getroffen hat, obwohl das rechtlich offensichtlich hochproblematisch war.

Ich will nur sagen - - Sie können die Zahl ja auch nicht nennen, was ich noch bedenklicher finde, als dass ich sie Ihnen nicht nennen kann, weil Sie haben ja damals diese Operation sozusagen irgendwie mit begleitet. Wenn Sie mir sagen könnten: „Das waren damals aber nur 25 000, die die USA in Frankfurt steuern wollten“, dann würde ich sagen: Na gut. - Aber wenn Sie es gar nicht wissen, dann muss ich davon ausgehen, dass das in einem hohen sechsstelligen Bereich war.

Na gut. Sie haben vorhin gesagt, den Begriff XKeyscore hätten Sie gar nicht gekannt. Wie hieß denn XKeyscore im BND-Deutsch?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ach, das weiß ich nicht mehr. Sie gehen immer davon aus, dass ich alle technischen Aktivitäten und Begriffe und Operationen kennen muss - heute noch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Davon gehe ich nicht aus. Aber ich nehme ernst, dass Sie gesagt haben, Sie sind ein interessierter Zeitungsleser. Und ich glaube, wenn Sie mit Ihrer Biographie *Spiegel* lesen und Snowden, *Die Deutschlandakte* lesen, dass Sie denken: Das ist ja mal richtig interessant. Weil Sie das abgleichen können mit Ihren Erfahrungen, die Sie gesammelt haben. Da guckt man ja praktisch in ein geöffnetes Buch eines anderen Nachrichtendienstes, und da erklärt sich ja so einiges. Daraus ergibt sich gleich noch eine andere interessante Frage.

Deswegen: Bei XKeyscore, gab es da nicht so einen Moment bei Ihnen, dass Sie gesagt haben: „Ach so, Operation Wühlmaus, das ist also XKeyscore“, oder so? Das würde mich wirklich sehr interessieren. Hat es da - - Wie war der BND-Begriff für diese interessante amerikanische Technik, die man ab 2007 eingesetzt hat?

Zeuge Ernst Uhrlau: Da habe ich keine Erinnerung dran.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch eine spekulative Frage, so halb Sachverständigenfrage: Wenn die Snowden-Unterlagen zu Ihrer Zeit als BND-Chef



Nur zur dienstlichen Verwendung

aufgetaucht wären, hätten Sie eine Taskforce zusammengestellt, oder wie wäre das abgelaufen? Wie hätte man die Informationen, die man jetzt öffentlich zugänglich hat, mit dem abgeglichen, was man eigentlich intern macht und was problematisch sein könnte? Also, um es präziser zu sagen: Wir haben nur Akten über Parlamentarische Anfragen und so Dinge, Parlamentarier, die ganz viele Fragen stellen, alles im Bundestagswahlkampf 2013, politisch total aufgeladen und so. Aber muss sich nicht ein Bundesnachrichtendienst mit drei, vier Leuten hinsetzen und sagen: „Das gucken wir uns mal genauer an, was die da veröffentlichen und gleichen das mal mit dem ab, was wir hier mit den Amerikanern machen. Werden wir hier eigentlich hinter die Fichte geführt?“? Müsste es da nicht irgendwie Berichte geben nach Ihrer Meinung? Zugegebenermaßen spekulativ, aber: Wären Sie BND-Chef gewesen, wäre so etwas erstellt worden? - Fragezeichen.

Zeuge Ernst Uhrlau: Das ist wirklich spekulativ.

(Christian Flisek (SPD): Das ist richtig!)

Ich kann Ihnen auch nicht sagen, was mein Nachfolger unternommen hat, intern. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Weiß ich nicht. Ich habe nur eine Erfahrung mit einer etwas komplizierten Geschichte. Das ist wieder das Thema BND in Bagdad, wie in kurzer Zeit Klarheit benötigt wurde, innerhalb von zwei bis drei Tagen, am Wochenende. Und die habe ich zusammengekriegt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich sehe jetzt noch die Fraktion Die Linke mit Fragen. Damit kommen wir direkt zu Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Diskussion zu „Glotaic“ hat mich doch noch dazu gebracht, noch eine Frage zu stellen. - Wenn das eine Kooperation zwischen der CIA und dem BfV war und der BND nur formal im Geschäft war, weil das BfV mit der CIA keine Kooperation eingehen

kann - „Beifahrer“ sagten Sie -: Wie sehen Sie das rechtlich? Darf das Bundesamt für Verfassungsschutz in Deutschland bei einem US-Anbieter Routineverkehre abgreifen?

Zeuge Ernst Uhrlau: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, weil ich auch nicht weiß, ob der Sachverhalt so gewesen ist. Deswegen keine Antwort auf diese Frage.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann verallgemeinere ich sie: Kann das BfV außerhalb von G-10-Anordnungen Telekommunikationsüberwachung betreiben?

Zeuge Ernst Uhrlau: Ist mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Mir auch nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich sehe jetzt keine Fragen der Fraktionen mehr. Wenn es keine Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, frage ich in die Runde. Ich habe drei Fraktionen eben gefragt. Da bestand kein Bedarf an einer eingestuften oder nichtöffentlichen Sitzung. Jetzt frage ich die Fraktion, die eben mit Fragen beschäftigt war. Das ist jetzt nur noch eine Fraktion.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, heute nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Dann gibt es keine Fragen mehr, die in heutiger Sitzung geklärt werden können.

Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen, Herr Uhrlau, für die Bereitschaft bedanken, uns so lange Rede und Antwort zu stehen. Sie kennen das: Nach Erstellung des Protokolls wird Ihnen dieses von der heutigen Vernehmungssitzung zugesandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, etwaige Korrekturen oder Veränderungen, wenn etwas falsch wiedergegeben worden ist, vorzunehmen und uns dann zurückzusenden.

Die Sitzung ist damit geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg, alles Gute und nochmals ganz herzlichen Dank, dass Sie bei uns waren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Damit auch für alle anderen einen schönen
Abend und einen guten Heimweg. Die Sitzung ist
geschlossen.

(Schluss: 18.47 Uhr)

ANLAGE 1

Zum Vortrag 8. Sitzung

Georgii Harald PA25

Von:	Ernst Uhrlau [REDACTED]
Gesendet:	Montag, 1. Februar 2016 14:28
An:	Georgii Harald PA25
Betreff:	Stenografisches Protokoll von 14.01.2016

Sehr geehrter Herr Georgii,
bezugnehmend auf unser Telefongespräch der letzten Woche, dass es nicht um stilistische Verbesserungen geht, habe ich nur eine Anmerkung zu Seite 92, rechte Spalte, vorletzte Zeile "Typproliferationen" gibt es nicht, gibt nur "Proliferation" oder "Proliferationen".
Mehr habe ich nicht anzumerken.
Mit besten Grüßen
Ernst Uhrlau